

historisch-politische bildung
Themendossiers zur Didaktik von Geschichte,
Sozialkunde und Politischer Bildung

Österreich und die Ostöffnung 1989

IMPRESSUM

historisch-politische bildung
Themendossiers zur Didaktik von Geschichte,
Sozialkunde und Politischer Bildung
N° 8, 2015

Edition Fachdidaktikzentrum Geschichte und Politische
Bildung

Herausgegeben vom Schwerpunkt: Fachdidaktik Geschich-
te, Sozialkunde und Politische Bildung der Universität
Wien.

Herausgeber/innen
Alois Ecker, Klaus Edel, Bettina Paireder, Hanna-Maria
Suschnig
alle: Schwerpunkt: Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde
und Politische Bildung der Universität Wien
Berggasse 7, 1090 Wien
T: +43-1-4277-40012, F: +43-1-4277-40014
fdzgeschichte@univie.ac.at
<http://fdzgeschichte.univie.ac.at>

Wissenschaftlicher Beirat
G. Diendorfer, I. Ecker, P. Dusek, A. Germ, G. Heiß,
T. Hellmuth, P. Hladschik, A. Ivanisevic, O. Rathkolb,
H. Sickinger, A. Sperl, B. Steininger, S. Tillinger-Deutsch,
C. Vielhaber, B. Weninger, F. Wenninger

Vertrieb & Bestellung für Lehrkräfte
Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
service@politik-lernen.at
www.politik-lernen.at



Herausgabe und Redaktion dieser Nummer
Andrea Brait (Hg.), Alois Ecker, Klaus Edel, Bettina
Paireder, Hanna-Maria Suschnig

Gestaltungskonzept
Vinzenz Luger, www.vinzenz-luger.com
Katharina Ralser, www.katharinaralser.at

Gestaltung
Marianne Oppel, Weitra

Lektorat
Julia Müller, Gerasdorf

Cover
© Katharina Ralser, www.katharinaralser.at

Online-Version
<http://www.didactics.eu/index.php?id=2899>

Anmerkung der Herausgeber/innen
Die Texte, Unterrichtsmaterialien und Kopiervorlagen
wurden von den Autorinnen/Autoren in Eigenverant-
wortung erarbeitet und spiegeln deren persönliche Grund-
haltungen sowie wissenschaftliche und didaktische Zugänge
wider.



Die wissenschaftliche Vorarbeit zur vorliegenden Broschüre
wurde aus den Mitteln des BM:BF und des Zukunftsfonds
der Republik Österreich finanziert.

ISBN 978-3-902783-08-0

INHALTSVERZEICHNIS

- 4 **Editorial**

- 6 **Fachwissenschaftlicher Teil**
 - Michael Gehler*
 - 7 **Die revolutionären Ereignisse 1989 in Mittel- und Osteuropa. Ursachen – Anlässe – Strukturen – Verläufe – Wirkungen**
 - Oliver Kühnschelm*
 - 15 **Handeln, Investieren, Erobern. Österreichische Unternehmen in Ostmitteleuropa**
 - Andrea Brait*
 - 22 **Kulturbeziehungen im Umbruch**
 - Andreas Pudlat*
 - 29 **Schengen**
 - Marcus Gonschor*
 - 34 **1989 in den Memoiren zentraler Akteure**

- 42 **Fachdidaktischer Teil**
- 43 **Umbrüche und Grenzöffnungen 1989 im Unterricht**
- 43 **1. Konzeptive Überlegungen zur Gestaltung didaktischer Szenarien**
- 44 **2. Implementierung des Kompetenzmodells**
- 45 **3. Lernziele**
- 45 **4. Lehrplanbezug**

- 46 **Unterrichtsbeispiele**
 - 46 *Wovon sprechen wir? Oder: Prag liegt westlicher als Wien*
 - 47 *Von der Zeitleiste zum Spiel: Die Revolutionen von 1989*
 - 48 *Der Fall des Eisernen Vorhangs: Fotoanalyse*
 - 49 *Tableau Vivant zum Paneuropäischen Picknick*
 - 50 *Worldcafé: Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa*
 - 51 *Tagebuch zur „Wende“*
 - 52 *Werbung für eine fiktive Ausstellung: „Akteure 1989“*
 - 53 *Oral History-Projekt zum Fall des Eisernen Vorhangs*
 - 54 *Motive von Kulturkontakten*
 - 55 *Ostöffnung – Zurück zur Monarchie?*
 - 56 *Podiumsdiskussion: Grenzüberwindung über Kultur?*
 - 57 *Wirtschaftliche Eroberung des Ostens*
 - 58 *Projekt: Ausstellung zum Thema „1989“*
 - 60 *Reden analysieren: Michail Gorbatschow zum 10. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer*
 - 61 *Radiobeitrag zum Fall des Eisernen Vorhangs*
 - 62 *Grenze – Was ist das?*
 - 63 *Schengener Übereinkommen*
 - 64 *Dekonstruktion eines Werbefilms zu Schengen*
 - 65 *Schengen in der Karikatur*
 - 66 *Österreich – Mittel-/Ost- und Südosteuropa*
 - 67 *From the Iron Curtain to the European Green Belt*
 - 68 *Der Fall des Eisernen Vorhangs in Dokumentationen auf Youtube*
 - 69 *Analyse von Sekundärtexten*
 - 70 *Gedenkkulturen zum Fall des Eisernen Vorhangs*
 - 71 *Europa 2025*

- 72 **Material**
 - Kopiervorlagen und Lösungsvorschläge*

- 94 **Literatur**

- 95 **Autorinnen und Autoren**

- 99 **Glossar**

- 100 **Bildquellen**

- 100 **Grafiken und Tabellen**

EDITORIAL

Neue Themenfelder für die Zeitgeschichte

Die österreichische Zeitgeschichtsforschung war lange Zeit auf die Zwischenkriegszeit und den Nationalsozialismus fokussiert. Erst mit Öffnung des Blickwinkels auf die Nachkriegszeit sind viele Entwicklungen beachtet worden wie etwa die der Migration nach Österreich (Rupnow 2013), die die österreichische Gesellschaft zweifelsohne verändert hat. Während in Deutschland schon in den frühen 1990er-Jahren begonnen wurde, die Geschichte der DDR zu erforschen, und während die Osteuropaforschung die „Geschichte des stalinistischen Imperiums als Teil des gesamteuropäischen Geschehens zu verstehen“ versuchte (Golz 2005, 2), setzten sich in Österreich neue Forschungsfelder nur zögerlich durch. Die Epoche nach 1989/90, die von Hans-Peter Schwarz als „neueste Zeitgeschichte“ (Schwarz 2003) bezeichnet wird, ist in Österreich lange Zeit kein Thema für die Zeitgeschichtsforschung gewesen.

Das Auflösen des bipolaren Systems, das sich Ende des Jahres 1989 abzeichnete, war aber nicht nur für Deutschland und die Staaten Mittelosteuropas von großer Bedeutung. Österreichs außenpolitische Stellung, die seit 1955 wesentlich durch die Bedingungen des Kalten Krieges geprägt war, änderte sich infolge der weltpolitischen Ereignisse in den Jahren 1989 bis 1991 massiv. Diese neu entstandene Situation erleichterte den angestrebten Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG, später Europäische Union), der im Juli 1989 mit dem „Brief nach Brüssel“ offiziell gemacht wurde.² Außerdem wird immer wieder betont, dass das Ende des bipolaren Systems eine „Rückkehr“ Österreichs „in die Mitte Europas“ bedeutet hat.³ Doch sind für Österreich in weiterer Folge auch die hinzugekommenen „Bedrohungsformen und Gefahrenpotentiale“ zu bedenken, die „eine Umorientierung der bisher vorliegenden militärpolitisch bestimmten Strategien in Richtung auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff hin erforderlich“ gemacht haben. (Höll 1994, 393)

Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten

Diese Überlegungen wurden zum Ausgangspunkt für das vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderte und bei der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek (Salzburg) angesiedelte Forschungsprojekt „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten. Österreich, seine Nachbarn und die Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989“ (Projektleiter: Michael Gehler),⁴ aus dem mittlerweile neben einigen kleineren Publikationen ein Sammelband (Brait & Gehler 2014) und ein Themenheft der Zeitschrift „Zeitgeschichte“ (Nr. 3/2014) hervorgegangen sind. 2015 werden neben dem vorliegenden Themendossier noch eine Aktenedition sowie ein Band mit Zeitzeuginnen-/Zeitzeugeninterviews erscheinen.

Das Themendossier bietet einen Überblick über zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts. Michael Gehler zeigt in seinem einleitenden Beitrag anhand der Revolutionen in den verschiedenen osteuropäischen Staaten gemeinsame Ursachen sowie unterschiedliche Verläufe und Resultate auf. Im zweiten Beitrag dieses Heftes verweist Oliver Kühschelm einerseits auf die Entwicklung des Osthandels und dessen Bedeutung für Österreich und andererseits auf die Tradierung von gängigen Narrativen zur Ostöffnung. Andrea Brait umreißt in ihrem Text die Entwicklung der bilateralen Kulturbeziehungen zu einigen ehemaligen Ostblockstaaten nach 1989. Während die Texte von Kühschelm und Brait zeigen, wie sich Österreich nach 1989 um neue bzw. intensivere Verbindungen zum ehemaligen Ostblock bemüht hat, verweist der Beitrag von Andreas Pudlat auf gleichzeitig aufgebaute Abgrenzungsmechanismen. Als die Grenzen zum „Osten“ durchlässiger wurden, „sicherte“ Österreich bis Ende 2011 die Grenzen zusätzlich durch den sogenannten Assistenzeinsatz des Bundesheeres. Der von Marcus Gonschor verfasste Beitrag zeigt schließlich einerseits die Involvierung Österreichs in die Ereignisse des Jahres 1989 auf, andererseits wie wenig Bedeutung ihr von zentralen politischen Akteuren im Nachhinein beigemessen worden ist.

¹ Christoph Kleßmann meinte bereits 1998, dass die DDR „in absehbarer Zeit zu den am besten beforschten Feldern der Zeitgeschichte gehören“ werde. (Kleßmann 1998, 38)

² Vgl. hierzu u.a.: Gehler 2005, 605–615.

³ Vgl. u.a. ÖVP-Spitzenkandidat Othmar Karas im Zuge der Werbekampagne für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014, Online unter: <http://www.othmar-karas.at/de/schwerpunkte.php?cat=8&id=1451> (15/06/2014). Für eine kritische Analyse vgl. u.a.: Schwell 2012, 21–39.

⁴ Vgl. die Projektwebsite <https://www.univie.ac.at/offenegrenzen> (01/05/2015).

Unterrichtsbeispiele

Bei den Unterrichts Anregungen liegt der Schwerpunkt auf Zeitgeschichte und Politischer Bildung, sie bieten vielfältige Ansätze zur De- und Rekonstruktion von Entwicklungen und Wahrnehmungen. Abgestimmt auf die Beiträge des wissenschaftlichen Teils des Themendossiers finden sich zunächst einige Unterrichtsbeispiele, die in das Thema einleiten. Hierzu dienen etwa eine Reflexion über bestehende „mental maps“ oder die Erarbeitung eines Lernspiels. Mittels eines Tagebuchs zur Wende und einem Oral History-Projekt können die Schüler/innen individuellen Erfahrungen auf den Grund gehen. Weitere Unterrichtsbeispiele sind der Kulturaußenpolitik gewidmet, die von den Schülerinnen/Schülern kritisch beurteilt werden soll. Auch zur wirtschaftlichen Ostöffnung finden sich Vorlagen, die eine Dekonstruktion von Narrativen ermöglichen. Bei der Erstellung einer Werbung zu einer fiktiven Ausstellung und der Analyse einer politischen Rede können sich die Schüler/innen mit den Rollen von Einzelpersonen befassen. Außerdem finden sich einige Unterrichtsbeispiele, die dazu geeignet sind, die Bedeutung von Grenzen und des Schengenabkommens kritisch zu analysieren. Als abschließende Unterrichtsbeispiele zu diesem Themenkomplex eignen sich jene, bei denen die Schüler/innen über die Beziehungen Österreichs zu verschiedenen Staaten Mittel-/Ost- und Südosteuropas reflektieren bzw. Dokumentationen, Sekundärtexte oder Gedenkkulturen analysieren sowie Szenarien für künftige Entwicklungen in Zentraleuropa bis 2025 entwickeln.

Aufbau der Themendossiers

Die Themendossiers werden von interdisziplinär zusammengesetzten Teams (Historikerinnen/Historikern und Fachdidaktikerinnen/Fachdidaktikern) nach einem einheitlichen didaktischen Konzept entwickelt. Sie bieten den Schülerinnen/Schülern vielfältige Möglichkeiten strukturelles Denken zu entwickeln, darüber zu reflektieren und eigenverantwortlich in neuen Situationen anzuwenden. Sie sind theorie- und forschungsgeleitet, prozessorientiert, medial unterstützt sowie von der 8. bis zur 13. Schulstufe modular einsetzbar.

Entsprechend dieser Konzeption enthält das vorliegende Themendossier zum einen fachwissenschaftliche Einführungstexte für Lehrer/innen zu den Umbrüchen, die 1989 ihren Ausgang genommen haben. Zum anderen eröffnen fachdidaktische Anregungen Möglichkeiten zur Thematisierung einzelner Teilaspekte im Unterricht. Neben der

prozesshaften Beschreibung eines möglichen Unterrichtsablaufs wird in jedem Beispiel eine Möglichkeit der Ertragsicherung und der Rückkoppelung angeboten. Auf genaue Vorgaben von Stundenbildern ist bewusst verzichtet worden, die Unterrichtsvorschläge zeigen vielmehr exemplarisch Wege auf, wie die Themenbereiche und Arbeitsaufgaben an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden können. Dabei ist großer Wert auf Praxisnähe gelegt worden. Ein Teil der Materialien wird auch als Kopiervorlage (teilweise inklusive Lösungsblätter) angeboten.

Die Redaktion hofft, dass das vorliegende achte Heft der Themendossiers eine sinnvolle Bereicherung für die Planung und Durchführung des historisch-politisch bildenden Unterrichts darstellt. Über Ihre Anregungen und kritischen Ergänzungen freut sich die Redaktion (p.A. hanna-maria.suschnig@univie.ac.at).

Andrea Brait

LITERATUR

Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.) (2014). Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 49). Wien/Köln/Weimar.

Gehler, Michael (2005). Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts. Innsbruck.

Golz, Hans-Georg (2005). Editorial. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2/2005, 2.

Höll, Otmar (1994). Das internationale System im Umbruch. In: Vranitzky, Franz (Hg.). *Themen der Zeit*. Wien, 391–399.

Kleßmann, Christoph (1998). *Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. Stuttgart.

Rupnow, Dirk (2013). Deprovincializing Contemporary Austrian History. In: *Zeitgeschichte* 1/40, 5–21.

Schwarz, Hans-Peter (2003). Die neueste Zeitgeschichte. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51, 5–28.

Schwell, Alexandra (2012). Austria's Return to Mitteleuropa. A Postcolonial Perspective and Security Cooperation 1/42, 21–39.

LINKS

<http://www.othmar-karas.at> (24/06/2015)

<https://www.univie.ac.at/offenegrenzen> (24/06/2015)

Fachwissenschaftlicher Teil

Österreich und die Ostöffnung 1989

Die revolutionären Ereignisse 1989 in Mittel- und Osteuropa. Ursachen – Anlässe – Strukturen – Verläufe – Wirkungen

Michael Gehler

1. Vorbemerkungen

Im Revolutionsjahr 1989 gaben die kommunistischen Herrschaftssysteme in Europa allesamt ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Rasanz nacheinander auf. (Saxonberg 2001; Mueller, Gehler & Suppan 2015 mit der neuesten Literatur) Die gesellschaftliche und ökonomische Dauerkrise des Staatssozialismus sowie die Entspannungspolitik des KSZE-Nachfolgeprozesses hatten daran maßgeblichen Anteil. (Berend 1996, 222–253; Peter & Wentker 2012, 1–14) Die Reformbestrebungen in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow gaben seit Mitte der 1980er-Jahre den Andersdenkenden in den sozialistischen „Bruderstaaten“ politische Motivation und moralische Legitimation. Das „Umbruchjahr“ 1989 war Ergebnis der „*erfolgreich gescheiterten Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung*“, wie Ludger Kühnhardt betont. (Kühnhardt 1994, 243, 250)

Die Deutschen, auf die sich die österreichische Medienberichterstattung im Gedenkjahr „25 Jahre 1989–2014“ konzentrierte, machten bei den Umsturzbewegungen nicht den Anfang, sondern folgten Polen und Ungarn. Der „Fall“ der Mauer am 9. November 1989 – konkret die Öffnung der Grenzanlagen an der Bornholmer Straße in Berlin – entwickelte dann eine eigene Dynamik und Schubkraft für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und in Rumänien.

2. Ursachen der Umbrüche

Die sich abzeichnende Niederlage der UdSSR in Afghanistan, die Entlassung der alten Garde von Leonid Breschnew, der schleichende ideologische Erosionsprozess, das Entstehen „zweiter“ oder sogenannter Schatten-Wirtschaften, die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit Zunahme des Handels und der Auslandsschulden, die Unmöglichkeit, die von der „dritten industriellen Revolution“ ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen sowie das Anwachsen einer *civil society* als „zweite Gesellschaft“ führten zu einem Problemstau, der sich in den politischen Umstürzen 1989 äußerte. (Fowkes 1994, 183–190; Karner, Kramer, Rugenthaler & Wilke 2014)

Für alle Staaten gilt insbesondere: Ohne Michail Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität gebrochen hatte, wären die Um-

sturzbewegungen nicht möglich gewesen. Er war der Motor des Wandels, wenngleich er diesen weder steuern konnte noch dessen Resultate wollte. Die deutsche Einigung, voll eingebettet im atlantischen Bündnis, das Ende der Sowjetunion und die NATO-Mitgliedschaft aller ehemaligen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa sind Beispiele unbeachteter Wirkungen seiner Politik.

Angesichts notwendiger Reformen stellte sich für die Sowjetunion und ihre Verbündeten Ende der 1980er-Jahre immer mehr die Frage der Existenzfähigkeit und Überlebensmöglichkeit ihrer Systeme. 1989 zeigten sich die Wettbewerbsunfähigkeit der gestürzten Regime und gleichzeitig der Überlebenswille der beherrschten Völker. (Szabad 1992, 29–30) Eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und ihrer Kommandowirtschaften gab es Ende der 1980er-Jahre nicht. Die kommunistischen Diktaturen waren von „Selbsterneuerungsunfähigkeit“ (Ludger Kühnhardt) gekennzeichnet: Mit permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen und langfristig Systemzerfall verbunden. (Kühnhardt 1994, 213, 219)

Das Jahr 1989 ist auch im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* 1981 zu sehen. (Kühnhardt 1994, 213) Die unterschiedliche vorrevolutionäre Erfahrung und das gemeinsame kollektive Erlebnis der Niederwerfung der Volksbewegungen durch den sowjetischen Totalitarismus prägten 1989 sowohl das Handeln der Opposition als auch das Reagieren der Regime. (Fowkes 1994, 183–184)

3. Unterschiedliche Strukturen und Verläufe

Timothy Garton Ash sprach auf Polen und Ungarn bezogen von „*Refolutionen*“, historischen Vorgängen ausgehend von einem Mischungsverhältnis von „Revolutionen“ als Druck der Straße („von unten“) und „Reformen“ des Systems („von oben“). Pointierter nannte er den Zusammenbruch der DDR eine Kombination „*aus gesundem Menschenverstand und Schlamperei der neuen Parteiführung*“. (Ash 1993, 505) Das alles habe den gewaltfreien und folgerichtigen Paradigmenwandel erst ermöglicht. Daneben agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator der Informationen. TV-Berichte hatten einen „Demonstrationseffekt“, der die Bewegungen in Gang brachte. Ben Fowkes hat die „sogenannten Revolutionen“ 1989/90 nicht als eine gleichzeitige Katastrophe,

sondern eher als eine Kettenreaktion bezeichnet. (Fowkes 1994, 204) Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der Umsturzbewegungen. Die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierten von ihren Freiheitsbestrebungen. Rumänien eilte der Entwicklung schließlich gewalttätig nach und in Jugoslawien setzten blutige Bürgerkriege ein. DDR und ČSSR erlebten demokratische Revolutionen mit einer starken nationalen Dimension: In der DDR hatte sie die Einigung mit Westdeutschland und in der ČSSR eine Sezession in die Tschechische und die Slowakische Revolution zur Folge. Im ersten Fall gab es rasche und substantielle Hilfe von der Bundesrepublik, in den anderen Fällen fehlte zunächst ein „großer helfender Bruder“.

3.1 Polen: Langanhaltende und versandete „Revolution“

Die 1980 gegründete und dann verbotene Gewerkschaft *Solidarność* wurde nach landesweiten Streiks 1988 wieder zugelassen und erreichte, dass sich das unter Druck stehende Regime unter General Wojciech Jaruzelski zu Gesprächen mit der Opposition bereitfand. Von Februar bis April 1989 fanden am „Runden Tisch“ Gespräche zwischen der neuen Regierung Mieczyslaw Rakowski (1989–1990), (Pradetto 1992; Rakowski 1995) Kirche und Opposition statt, an dem die Kommunisten die Macht teilen und dann abgeben mussten. Mieczyslaw Rakowski wollte – im Gegensatz zu Michail Gorbatschow – wirtschaftliche vor politischen Reformen durchführen. (Kühnhardt 1994, 225) Am 4. und 18. Juni fanden halbfreie Parlamentswahlen statt. Sie führten zu einem großen Sieg der Opposition: Das Bürgerkomitee *Solidarność* bekam im Sejm alle 161 Sitze der Opposition und in der zweiten Kammer 99 von 100. Gemeinsam mit ihr bildeten die Vereinigte Bauernpartei und Demokratische Partei eine Koalition. (Maćków 1989; Fowkes 1994, 193) Am 24. August 1989 wurde der katholische Publizist und Oppositionspolitiker Tadeusz Mazowiecki als Nachfolger des Generals Czesław Kiszczak erster nichtkommunistischer Regierungschef Osteuropas seit vierzig Jahren. Parallel konstituierten sich neue Parteien. Antisowjetische Gewaltakte nahmen zu. Am 29. Dezember wurde die „führende Rolle“ der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, kommunistische Partei der „Volksrepublik Polen“) bei einer Gegenstimme aus der Verfassung gestrichen und die Staatsbezeichnung „Republik“ wieder eingeführt. Die Begriffe „links“ und „rechts“ blieben unklar, (Wnuk-Lipiński 1992, 119) wodurch die Entstehung eines bipolaren Parteienspektrums erschwert wurde. Der Zusammenhalt schwand dann mit Staatspräsident Lech Wałęsa und der Spaltung von *Solidarność*. (Rychard 1992, 122 f.) Dem raschen Systemwechsel 1989 folgte in den 1990er-Jahren ein langanhaltender Systemwandel ohne durchgreifende Erfolge.

3.2 Ungarn: Rasche, stille und paktierte „Revolution“

Bereits vor Michail Gorbatschow existierten ungarische reformkommunistische Bestrebungen. Sie bestanden aus Anpassung der Preispolitik an das Weltmarktniveau 1980, aus der Aufnahme des Landes in den Internationalen Währungsfonds und in die Weltbank 1982 sowie der Begründung einer ungarisch-dänischen Joint Venture 1984 und aus der Reform des Bankwesens 1987. Durch Glasnost und Perestroika organisierten sich zivilgesellschaftliche Kräfte stärker. Das Regime versuchte diese zu konterkarieren. 1988 nahm Ungarn als erster kommunistischer Staat Beziehungen mit Südkorea auf. Unter Ministerpräsident Károly Grósz kam es zu einer Steuerreform 1988 und zur Öffnung des politischen Systems. (Dalos 1986)

Parallel zur Reformpolitik von oben entwickelte sich die Reformbewegung von unten weiter, die durch ihre Eigendynamik die Bemühungen der Regierung überflügelte. (Kurtán 1993; Tölgyessy 1992, 37) Aufgrund der schrittweise durchgeführten Reformen seit 1987/88 konnte der Transformationsprozess zwischen Regime und Opposition paktiert, der Systemwechsel 1989/90 friedlich und rasch durchgeführt, gesetzlich und verfassungsmäßig mit Menschenrechten, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit abgesichert sowie daraus entstehende wirtschaftliche Probleme reduziert werden. (Berend 1996, 321–322) Die ökonomische Lage sollte sich dadurch aber mittelfristig nicht entscheidend verbessern. Nach dem erzwungenen Rücktritt János Kádárs als Generalsekretär der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) am 22. Mai 1988 übernahm Károly Grósz die Parteiführung, musste jedoch aufgrund seiner mangelnden Reformbereitschaft sein Amt an Miklós Németh, den Chef der letzten Regierung des kommunistischen Ungarns, abtreten. (Fowkes 1994, 195)

Bereits am 27. September 1987 war das Ungarische Demokratische Forum (UDF) begründet worden; weitere Parteien sollten rasch folgen. Im Januar 1989 verzichtete die USAP auf ihre Führungsrolle im Staat und in der Gesellschaft. Ihre Machtstellung war vorher bereits gebrochen. (Tölgyessy 1992, 38) Der „Oppositionelle Runde Tisch“ sammelte die Kritiker und löste das Regime ab. Der „Nationale Runde Tisch“ führte Opposition und Kommunisten zusammen, um am 18. September 1989 die Republik zu proklamieren sowie die gesetzlichen Grundlagen für ein Mehrparteiensystem zu schaffen. Der Kompromiss ermöglichte auch die Direktwahl eines interimistischen Präsidenten, des Reformsozialisten Imre Pozsgay. (Kónya 1992, 50–52) Der Transformationsprozess kam auf dem Weg politischer Verhandlungen und Pakte zwischen Regierung und Opposition zustande. (Tölgyessy 1992, 43; Kónya 1992, 46 f., 53) Die Demokratielegalisierung erfolgte durch Elitenübereinkünfte. (Pozsgay 1992, 59) Der Über-

gang zum Verfassungsstaat verlief auf parlamentarischem Wege der Gesetzgebung so geräuschlos, dass von einer „stillen Revolution“ gesprochen wird. Vor dem Hintergrund des zerfallenden Satellitenstaaten-systems orientierte sich das Land stärker am Westen. Ab 2. Mai 1989 setzte der Abbau der Sperranlagen an der Grenze zu Österreich ein. Am 27. Juni folgte die symbolische Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn und Alois Mock, die vor laufenden Kameras beide mit Drahtscheren den Zaun durchschnitten. Das Bild ging um die Welt und wurde zur Ikone des ausklingenden Kalten Krieges. Horn ließ am 10./11. September 1989 offiziell die Grenze zur freien Ausreise öffnen, was binnen weniger Stunden rund 12.000 Ostdeutschen die Ausreise ermöglichte und den politischen Zusammenbruch der DDR einleitete. (Oplatka 1990; Fowkes 1994, 197; Brait & Gehler 2014)

3.3 DDR: „Revolution“ nach Dienstschluss mit gesamtstaatlicher Einheit

Die bereits lange spürbaren gesellschaftlichen Spannungen verstärkten sich im Verlauf des Jahres 1989 immer mehr. Im Mai 1989 registrierten Bürgerrechtler/innen massive Fälschungen bei Kommunalwahlen. (Schröder 1992, 146) Unzufriedenheit mit dem sozialistischen Alltag, wirtschaftlicher Niedergang und Unmut gegen zusätzliche Beschränkungen der Reisefreiheit zählten zu den Auslösern des Protests, der sich zu einer breiten und gewaltlosen Bewegung auswuchs. Bestärkt durch Michail Gorbatschow und die Veränderungen in den sozialistischen Nachbarstaaten führten die Demonstrationen zur Staatskrise und Demontage der SED. Vorentscheidend für die „Wende“ war die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger sowie der Massensexodus zehntausender DDR-Flüchtlinge zunächst über Ungarn und dann die ČSSR, die von dort ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwangen. Flankiert wurden diese Vorgänge durch den disziplinierten Massenprotest bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen größeren Städten. Die „Urlaubs-Revolution“ außerhalb war begleitet von der „Feierabend-Revolution“ innerhalb der DDR. (Kühnhardt 1994, 260) Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung in Berlin/Ost am 8. und 9. Oktober 1989 waren überschattet von vehementen Protestaktionen und brutalem Polizeieinsatz. (Schröder 1992, 146 f.) Erich Honecker trat aufgrund wachsender Kritik in der Parteiführung am 18. Oktober zurück. Nachfolger Egon Krenz kündigte eine „Wende“ an. Es gelang jedoch keine Stabilisierung der Verhältnisse. Am 21. Oktober demonstrierten in Leipzig 250.000 Menschen und am 4. November 500.000 auf dem Alexanderplatz in Berlin. Der Staatssicherheitsdienst war nicht mehr in der Lage, die Proteste einzudämmen. Die



1) Grenzöffnung im November 1989 am Autobahnkontrollpunkt Helmstedt

überraschende Maueröffnung in Folge der bekannten Pressekonzferenz von Günter Schabowski am 9. November, der eine neue großzügige Regelung für Reisen ins westliche Ausland für DDR-Bürger ankündigte und meinte, dass diese „sofort“ gültig seien, war die „unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates“ (Hertle 1999) und die „wirklich entscheidende Niederlage“ für die DDR. (Fowkes 1994, 199–200)

Die zahlreichen menschlichen Begegnungen führten zwar zu einer zwischenzeitlichen Entlastung des massiv unter Druck geratenen Regimes, nahmen aber gleichzeitig die staatliche Einheit vorweg. Zunächst war es der Ruf nach mehr Bürgerrechten und freien Wahlen sowie die Forderung nach Auflösung des SED-Regimes („Wir sind *das* Volk“). Nach dem 9. November folgten die Leitsprüche „Deutschland einig Vaterland“ und „Wir sind *ein* Volk“. Die politischen Forderungen wurden von nationalen Motiven überlagert und abgelöst – eine Parallele zum 17. Juni 1953. Weder das seit 13. November amtierende DDR-Übergangsregime unter Hans Modrow noch die zunächst vorsichtig agierende Regierung in Bonn konnten sich der nationaldemokratischen Sogwirkung entziehen. Bundeskanzler Helmut Kohl schlug am 28. November in einem „Zehn-Punkte-Plan“ eine Konföderation vor, die in zehn bis 15 Jahren die Wiedervereinigung ermöglichen sollte. (Kühnhardt 1994, 261; Teltchik 1991, 54–58)

Der zunehmende Druck von der Straße und der Mauerfall bewirkten aber schon die Öffnung des Tors zur Einheit. Die Initiative ging von den Menschen im Osten aus, die Umsetzung erfolgte durch die Politik im Westen Deutschlands: Der zur Einheit entschlossene Helmut Kohl nutzte in den folgenden von Dramatik und Ungewissheiten nicht freien Monaten die Chance zur raschen Vereinigung der über vierzig Jahre getrennten Deutschen. Die anfängliche Ablehnung der Staats- und Regierungschefs der übrigen EG-Mitglieder wich einer allmählichen Akzeptanz, die ihren Ausdruck im „Zwei-Plus-Vier“-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland am 12. September 1990 fand. Tei-

le der UdSSR-Führung, die noch im Januar die Neutralität eines geeinten Deutschlands angedeutet hatte, gaben ihren Widerstand gegen eine Einbeziehung des ehemaligen DDR-Territoriums in den NATO-Geltungsbereich auf. (Falin 1993, 482–500; Galkin & Tschernjajew 2011)

3.4 ČSSR: Sanfte „Revolution“ mit staatlicher Sezession

Seit Ende Oktober 1989 hielten in Prag und Brünn die Demonstrationen an. Höhepunkt war die Kundgebung am 17. November 1989 zum Gedenken des 50. Jahrestages der Ermordung des Prager Studenten Jan Opletal durch die Nationalsozialisten, bei der Freiheit, Gerechtigkeit, die Freilassung politisch Gefangener, die Entlassung des Generalsekretärs der KPČ (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) Miloš Jakeš und das Ende der kommunistischen Herrschaft gefordert wurden. Die Polizei knüppelte die Kundgebung nieder. Dies steigerte die Studentinnen-/Studentendemo zum Massenprotest, der zum Generalstreik und schließlich zum Einlenken der Regierung führte. Am 19. November sprach sich das ZK der KPČ für den „Dialog“ aus. Das am 19. November 1989 gegründete „Bürgerforum“ (OF) mit Vertreterinnen/Vertretern der Charta '77 um Václav Havel und die slowakische Partnervereinigung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) wurden zu Plattformen der demokratischen Protestbewegung. Am 20. November trat das Politbüro und am 24. November das gesamte ZK mit Miloš Jakeš zurück. Nachfolger wurde der farblose Apparatschik Karel Urbánek. (Sládek 1993, 118) Das OF begann mit dem als „Reformer“ geltenden Ladislav Adamec (KPČ), dem Ministerpräsidenten der Föderalregierung, zu verhandeln, der versprach, weder Gewalt anzuwenden noch den Ausnahmezustand zu verhängen. Sein Vorschlag vom 3. Dezember einer Regierungszusammensetzung von 15:5 Kommunisten und Vertretern der Opposition wurde jedoch abgelehnt. OF und VPN forderten Neuwahlen bis Juli 1990. Unter dem Druck der Öffentlichkeit trat Ladislav Adamec am 7. Dezember zurück. Die Machtbasis der KPČ war rasch und komplett zerfallen. Der Reformkommunist Mária Čalfa formte am 10. Dezember als Ministerpräsident erstmals eine nichtkommunistisch dominierte Koalitionsregierung der „nationalen Verständigung“. Nach der Reorganisation der nationalen Regierungen ging die Verantwortung vollends auf das OF über. Während die Legislative unangetastet blieb, kam es im Bereich der Exekutive zu Veränderungen. Kompromittierten Abgeordneten wurden ihre Mandate entzogen, führende KPČler wie Miloš Jakeš, Jan Fojtik oder Vasil Bilák von ihren Funktionen entbunden. Am 29. Dezember strich das Parlament den Führungsanspruch der KPČ aus der Verfassung. OF-Sprecher Václav Havel wurde nach dem Rücktritt von Staatspräsident Gustáv

Husák am gleichen Tag vom Parlament einstimmig zu dessen Nachfolger gewählt. (Otáhal 1992, 126–128) Alexander Dubček war bereits am 28. November 1989 zum Parlamentspräsidenten gewählt worden.

3.5 Rumänien: Verspätete und gewaltsame Revolution

Das rumänische Regime unter dem Vorsitzenden des Staatsrats (1967–1974) und Staatspräsidenten (1974–1989) Nicolae Ceaușescu lehnte Michail Gorbatschows Reformen kategorisch ab. (Castellan 1984; Bulei 1998; Völkl 1995) Im Zuge der Umstürzbewegungen in Mittel- und Osteuropa lösten die von der ungarischen Minderheit getragenen und blutig erstickten Aufstände in Temesvar und Arad am 16./17. Dezember 1989 eine Massenerhebung aus. Der Staatspräsident wurde bei einer inszenierten Kundgebung ausgepöfht und mit offenem Aufruhr bedroht. Große Teile der Armee stellten sich auf die Seite der Protestierenden. Am 21. Dezember kam es in Bukarest zu blutigen Straßenkämpfen mit der Securitate. Tags darauf wurde Nicolae Ceaușescu von einer parteiinternen Gegenelite im Zuge einer Palastrevolte gestürzt, mit seiner Frau Elena am 23. Dezember auf der Flucht verhaftet und am 25. Dezember in Târgoviște von einem Militärgericht verurteilt und hingerichtet. Als neue Regierung fungierte die „Front der Nationalen Rettung“ (FSN), die am 26. Dezember den Putschistenführer und Reformkommunisten Ion Iliescu zum provisorischen Staatspräsidenten ernannte. Die Opfer der Aufstände beliefen sich über 1.000 Personen. (Berend 1996, 285–287; Gabanyi 1990, 1998) Ion Iliescu hob die Umsiedlungsgesetze von Dorfgemein-



2) Revolution in Rumänien

schaften auf und kündigte freie Wahlen an. Der Staat hieß fortan „Republik“. Ende 1989 wurde die Nationale Bauernpartei-Christdemokraten (PNTCD) neu begründet. In Folge entstanden bis zu 150 Parteien. Massenproteste und eine Resolution des „Runden Tisches“, bestehend aus FSN und Opposition, führten zur Einsetzung eines „Provisorischen Rats der Nationalen Einheit“ mit 30 Parteien und Gruppierungen. Politischer Wandel vollzog sich nur ansatzweise. Die neue Verfassung von 1991 bedeutete zwar die formelle Beseitigung der Diktatur, Politik und Ökonomie blieben aber lange in Händen ex-kommunistischer Eliten, während die im Bündnis „Demokratische Konvention“ zusammengeschlossene Bürgeropposition unterdrückt wurde.

3.6 Merkmale der Umbrüche im Vergleich

Die Forderung nach Freiheit und Volkssouveränität war eines der zentralen Anliegen der Protestbewegungen. Sie manifestierte sich durch „runde Tische“, kommunistische pseudo- oder semi-demokratisch legitimierte Parlamente. Über die transitorischen Artikulationsforen führte der Prozess unaufhaltsam zu pluralistischen Erscheinungen westlich-demokratischer Ausprägung. Freiheitserringung bedeutete allerdings nicht automatisch Demokratisierung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens. (Thaysen & Kloth 1992) Die Ancien Régime-Systeme gaben – außer das rumänische – ohne größeren Widerstand auf und teilten die Macht mit der Opposition. Im Wandel von postkommunistischen zu neudemokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen



3) Denkmal zur Erinnerung an die Grenzöffnung 1989 in Raabs an der Thaya

Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre. (Kühnhardt 1994, 227–229)

Im Vergleich zu Polen (Lech Wałęsa) und der ČSSR (Václav Havel) gab es in der DDR keine herausragenden intellektuellen Führungspersonlichkeiten des Widerstands. (Kühnhardt 1994, 263) Personen, die sich dafür geeignet hätten, verweilten entweder in innerer Emigration oder setzten sich in die Bundesrepublik ab. Es gab keine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und auch keine Plattform der Intellektuellen wie die tschechische *Charta '77*. Vielmehr wurden in der DDR vereinzelt Friedens-, Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche zum Träger der Umbrüche. (Schröder 1992, 146)

Im Unterschied zu Ungarn hatte die KPČ-Führung unter Gustáv Husák weder einen Kurs der nationalen Versöhnung eingeschlagen, noch sich von der Politik der Rache gegenüber den Exponenten des „Prager Frühlings“ lösen können. Ohne Integration führte dies zu ihrer internen wie internationalen Isolation. Die Neubewertung der sowjetischen Intervention 1968 markierte den Klimasturz in der ČSSR. Der Versuch einer Achsenbildung Berlin/Ost-Prag-Bukarest konnte nicht mehr gelingen. Im Unterschied zu anderen Ländern war die kommunistische Partei der ČSSR gleich am Anfang des Transformationsprozesses als politischer Faktor ausgeschaltet und kam als Verhandlungspartner mit der Opposition nicht mehr in Frage. (Otáhal 1992, 125–127)

Wenngleich als Revolutionen umstritten, ein Prinzip traf zu: Die „Refolution“ (Timothy Garton Ash) fraß sowohl in Polen als auch in der ČSSR und in der DDR ihre Kinder: Die polnische *Solidarność* zerbrach in Einzelparteien, das tschechoslowakische „Bürgerforum“ zerfiel noch vor der Sezession der Slowaken von den Tschechen und das „Neue Forum“, die führende Bürgerbewegung der Wendezeit in der DDR, war im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie. 1989 hat die Macht der Aufbegehrenden in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestanden: In der erreichten Delegitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche. (Kühnhardt 1994, 236) Polarisierungen um Personen verhinderten die Profilierung und Schärfung von Programmen.

4. Folgen der Umbrüche

Aus der „Augenblicks-“ und „Freiheitsrevolution“ (Kühnhardt 1994, 212, 262, 300), einer Ereignisverdichtung mit „*Folgen einer unerhörten Begebenheit*“ (Lepenies 1992), wurde ein Transitori-

um mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde ein Jahrhundert abgewählt. (Ash 1990) Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An die Stelle des alten Kommunismus trat neuer Nationalismus, der scheinbar vom sozialistischen Sowjetuniversalismus befriedet worden war. (Kühnhardt 1994, 212) Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder sozialistischer Nostalgie. „1989“ bedeutete eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Die Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus entstandenen Gewohnheiten und Mentalitäten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Stabilisierungs-, Konsolidierungs- und Identitätskrisen. Vor einer Mythologisierung der „Revolutionen“ von 1989 ist daher zu warnen: Es waren weder gewaltsame Umwälzungen noch gab es substantiellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte nicht zwingend ein Elitenwechsel. Es gab aber auch keinen „weißen Terror“: Eine Rückkehr des Ancien Régime fand nicht statt. Es waren Umsturzbewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten. In sehr kurzer Zeit waren die neuen Staatsformen gezwungen, die über Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommandowirtschaft zum Kapitalismus legte ideologische und mentalitätsspezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen. Eng damit verknüpft war das Fehlen einer festgefügtten Ordnung. (Meyer 1993; Friedrich & Menzel 1994)

Die 1990 gegründete Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR) erlebte per 1. Jänner 1993 eine Sezession in die Tschechische und die Slowakische Republik. In Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus, der zu „ethnischen Säuberungen“ (Mazower 2000) ungeahnten Ausmaßes führte. (Berend 1996, 292–299) Die Sowjetunion hatte bereits 1991 ihr Leben ausgehaucht, es folgte die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). 1999 wurden Ungarn, Polen und Tschechien NATO-Mitglieder. Nachdem 1991 Assoziierungen („Europaabkommen“) mit der EG abgeschlossen worden waren, ließ ihr EU-Beitritt noch auf sich warten, erfolgte aber 2004; Rumänien und Bulgarien traten 2007 bei. Wurde 1989/90 der Wandel zwar durch Repräsentation bewirkt, so war „Repräsentation“ als unbestrittenes Prinzip

noch nicht gesichert, wie auch der demokratiepolitische Problemfall Slowakei und der Rechtspopulismus in Polen, Tschechien und Ungarn zeigten. Das einmalige Experiment eines Transformationsprozesses der europäischen Geschichte verlief allerdings weitgehend friedvoll.

„1989“ bedeutete gleichzeitig die Wiederentdeckung Mitteleuropas, die „Rückkehr nach Europa“ (Lemberg 1993) und den „Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung“ (Kühnhardt 1994, Zitat 214, 221). Westeuropa, d.h. die Europäischen Gemeinschaften, reagierten, neben dem Integrationsprogramm, „Vertiefung (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor Erweiterung“, desorientiert, distanziert und hilflos. Sie formten sich 1993 zur Europäischen Union (EU) ohne Mittel- und Osteuropa. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft erwies sich als problematisch. Der Transformationsprozess war von einem ökonomischen Niedergang begleitet. Dem „annus mirabilis“ 1989 folgten „anni miserabiles“ (Berend 1996, 341 f.). Demokratie und Marktwirtschaft liefen Gefahr zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren und aufgrund langsamer oder fehlender Umsetzungsmöglichkeiten fragwürdig zu werden. Daher wurde das Jahr 1989 auch als Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee gesehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates sind deutlicher denn je geworden. (Kühnhardt 1994, 237–238)

Bereits 1989 starteten die Europäischen Gemeinschaften Unterstützungsmaßnahmen für die potentiellen Beitrittskandidatenländer. Das erste Hilfsprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas lautete „Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies“ (PHARE), betraf zunächst nur Polen und Ungarn, wurde dann auf die Tschechoslowakei und weitere Staaten ausgedehnt. Hierbei spielte auch die dafür geschaffene „European Bank for Reconstruction and Development“ (ERBD) in London eine Rolle. Die Weltbank, der IWF und ausländische Konzerne kamen noch hinzu und spielten eine sehr wichtige Rolle beim „Aufbau Ost“. Die EU-Maßnahmen stellten weniger eine „Friedens-“, sondern vielmehr eine „Wohlstandsmission“ dar. Alles zusammengenommen waren diese Prozesse, die einer „nachholenden Modernisierung“ gleichkamen, (Ther 2014, 156–173, 169, 173) einmalige noch nie dagewesene historische Vorgänge. Die seit der EU-„Osterweiterung“ (2004/07) geleisteten Transfers übertrafen bei weitem das amerikanische Wiederaufbauprogramm European Recovery Program (ERP) nach dem Zweiten Weltkrieg (1948–1952/53) in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Empfängerländer. Die europäische Integration war „ein ungeheurer Erfolg“ (Ther 2014, 159), so dass von einem zweiten und verstärkten Marshall-Plan seitens der EU ge-

sprochen werden kann. Dagegen wird im größeren historischen Zusammenhang die EU-„Osterweiterung“ auch als ein „Ausgriff westeuropäischen Kapitals in Richtung Osten“ gesehen, der mit dem „lange geträumten deutschen ‚Drang nach Osten‘“ von der Embargo-Politik der OEEC-Staaten bis zur Auflösung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) 1991 zu deuten wäre. Dieser historische Vorgang wird ebenso mit Blick auf eine großangelegte geoökonomische und geostrategische Konzeption des Westens interpretiert, die mit Deregulierung, Neoliberalismus und der EU vorausseilenden NATO-„Osterweiterung“ zusammenhing. (Hofbauer 2007, 254–289)

5. Bilanz und Gesamtinterpretation

Das Jahr 1989 erfordert und verdient eine globale Betrachtung und Reflexion. Das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) zu verkünden, war vordergründig. Nach einer euphorischen Aufbruchsstimmung über die sich angeblich auflösenden Konfrontationsmuster und Strukturen des Kalten Krieges, zeigten sich differente Auswirkungen und Entwicklungen der Ereignisse dieses Jahres. Während sich der Osten Europas öffnete und die Demokratie mit allen Stärken und Schwächen Einzug hielt, erlebte China nur einen Monat den Traum des Wortes „Freiheit“. Der Herbst der Völker hat eine Realität aufgerollt, die fundamentale tektonische Veränderungen nach sich gezogen hat. Das Jahr 1989 findet keinen Vergleich mit Ereignissen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, wenn man 1919, 1929 oder 1945 heranzieht. Das Jahr 1989 setzte einerseits die Globalisierung der Freiheit, andererseits das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Humanisierung der Welt und der Demokratisierung Afrikas sowie das Bewusstsein für die Klimaerwärmung der Erde in Gang. Das Jahr 1989 förderte gleichzeitig eine Emanzipation älterer Nationalismen und eine Spirale der politisch-militärischen Gewalt mit dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und den Kriegen in Liberia und Somalia sowie den Dschihad unter Führung Bin Ladens, der nach seinem Kampf gegen die Sowjetunion eine neue anti-amerikanische Strategie zu entwickeln begann. Das Jahr 1989 bedeutete nicht nur das scheinbare Ende des Kalten Krieges, der ein Dritter Weltkrieg war, sondern auch das tatsächliche Ende der so genannten bipolaren Welt. Die Hyperdominanz der USA wurde nach einem Jahrzehnt des Übergangs von einer Welt der Multipolarität mit neuen globalen Mächten abgelöst. Die USA ignorierten nach ihrem Siegestriumph des gewonnenen Kalten Krieges die Sicherheitsinteressen Russlands im Osten Europas, was einen neuen Kalten Krieg nach sich zog. Abkommen zwischen Moskau und Washington in

den 1990er-Jahren wurden mit einem neuen Jalta verglichen. Die unmittelbare Vorgeschichte von 1989 reicht zurück bis Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, als sich Höhepunkte der Macht sowie Stärken und Schwächen der Supermächte im Kalten Krieg auftaten. (Grosser 2009, 9–14, 512–563, 565–573) Mit dem Jahr 1989 sind nicht nur demokratiepolitische Aufbrüche und Emanzipation möglich geworden, sondern auch neue nationale Bedrohungen und internationale Risiken entstanden.

LITERATUR

- Ash, Timothy Garton (1990). Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990. München/Wien.
- Berend, Ivan T. (1996). Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the periphery to the periphery. Cambridge.
- Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.). (2014). Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 49). Wien/Köln/Weimar.
- Bulei, Ion (1998). Kurze Geschichte Rumäniens. Bukarest.
- Castellan, Georges (1984). Histoire de la Roumanie. Paris.
- Dalos, György (1986). Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen.
- Falin, Valentin (1993). Politische Erinnerungen. München.
- Fowkes, Ben (1994). Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa. Mainz.
- Friedrich, Clemens; Menzel, Birgit (Hg.) (1994). Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen. Frankfurt/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Gabanyi, Anneli Ute (1990). Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie. Zürich.
- Gabanyi, Anneli Ute (1998). Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation. München.
- Galkin, Aleksandr; Tschernjajew, Anatolij (Hg.) (2011). Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Altrichter, Helmut, Möller, Horst; Zarusky, Jürgen, kommentiert von Hilger, Andreas (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 83). München.
- Grosser, Pierre (2009). 1989. L'année où le monde a basculé. Paris.
- Hertle, Hans-Hermann (1999). Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. Opladen/Wiesbaden.

Hofbauer, Hannes (2007). EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien.

Karner, Stefan; Kramer, Mark; Ruggenthaler, Peter; Wilke, Manfred (Hg.) (2014). Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Innsbruck/Wien/Bozen.

Kónya, Imre (1992). Oppositionelle und Reformen. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 46–54.

Kühnhardt, Ludger (1994). Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang. München.

Kurtán, Sándor (Hg.) (1993). Vor der Wende. Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre. Wien/Köln/Graz.

Lemberg, Hans (1993). Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“. In: Elvert, Jürgen; Salewski, Michael (Hg.). Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart, 15–28.

Lepeniec, Wolf (1992). Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung. Berlin.

Maćków, Jerzy (1989). Polen im Umbruch: Die Wahlen 1989. Politische Hintergründe, Verlauf, Analyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/20 (1989), 4, 561–580.

Mazower, Mark (2000). Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Berlin.

Meyer, Gerd (Hg.) (1993). Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien – Politik, Gesellschaft, Kultur 5). Tübingen/Basel.

Mueller, Wolfgang; Gehler, Michael; Suppan, Arnold (Eds.) (2015). The Revolutions of 1989. A Handbook (Internationale Geschichte 2). Wien.

Oplatka, Andreas (1990). Der Eiserne Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter. Zürich.

Otáhal, Milan (1992). Die „samtene“ Revolution – ohne Alternative. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 125–130.

Peter, Matthias; Wentker, Hermann (Hg.) (2012). Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer). München.

Pozsgay, Imre (1992). Geschichte: Eine Frage der Perspektive. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 55–62.

Pradetto, August (1992). Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen „Realsozialismus“. Wien/Köln/Graz.

Rakowski, Mieczyslaw F. (1995). Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks. Hamburg.

Rychard, Andrzej (1992). Zur Ungleichzeitigkeit wirtschaftlicher und politischer Reformen. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 122–124.

Saxonberg, Steven (2001). The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland. Amsterdam.

Schröder, Richard (1992). Repräsentationsauffassungen und Parlamentarisierung in der DDR: Quellen, Formen und Folgen. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 145–161.

Sládek, Zdeněk (1993). Der tschechoslowakische Realsozialismus. Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch. In: Elvert, Jürgen; Salewski, Michael (Hg.). Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart, 108–120.

Szabad, György (1992). Zukunft aus der Geschichte. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 29–32.

Teltschik, Horst (1991). 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin.

Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden.

Ther, Philipp (2014). Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin.

Tölgyessy, Péter (1992). Die „ausgehandelte“ Revolution zwischen Apathie und Zivilgesellschaft. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 33–45.

Völkl, Ekkehard (1995). Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Regensburg.

Wnuk-Lipiński, Edmund (1992). Polnische Paradoxien. In: Thaysen, Uwe; Kloth, Hans Michael (Hg.). Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, 116–121.

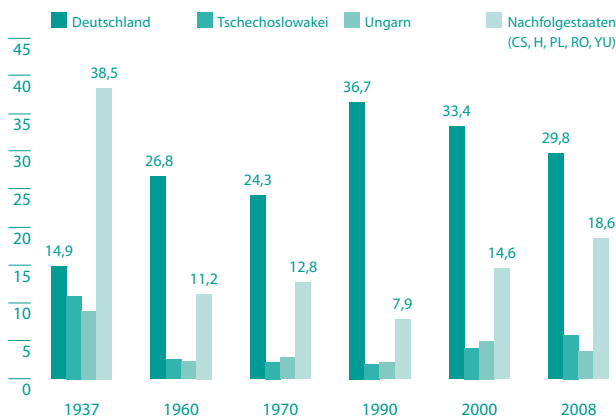
Handeln, Investieren, Erobern. Österreichische Unternehmen in Ostmitteleuropa

Oliver Kühschelm

1. Einleitung

Von der Ostöffnung zu sprechen gehört in Österreich zu den Selbstverständlichkeiten des massenmedialen Diskurses über die politischen und vor allem wirtschaftlichen Veränderungen, die mit der Chiffre 1989 verknüpft werden. Befragt man die Zeitungsdatenbank WISO-Presse nach dem Stichwort, kommt man allerdings zu dem Ergebnis, dass die Rede von der Ostöffnung ein österreichisches Spezifikum innerhalb des deutschsprachigen Raums ist. Deutsche oder Schweizer Medien verwenden den Begriff kaum oder nur, wenn ihre Wiener Korrespondentinnen/Korrespondenten über die Auswirkungen der Transformation in Ostmitteleuropa auf Österreich berichten.

Wie so oft gilt auch hier: Die Selbstverständlichkeit des Phänomens verdampft, sobald man sich ihm zuwendet. Aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland führte der Umbruch 1989 zur Wiedervereinigung und in der Schweiz pflegte man eine nach Westeuropa und Nordamerika orientierte unternehmerische Praxis. Für die Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft hingegen war die Ostöffnung – neben der Perspektive des Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – eine spektakuläre, medial viel kommentierte Veränderung an der Wende zu den 1990er-Jahren. Die Ostöffnung als solche gibt es freilich nicht. Der Blick aus Österreich ist nicht der aus Ungarn oder Polen oder Tschechien. Die Transformation der realsozialistischen Gesellschaften (Eichengreen 2007, 294–334), mehr oder minder schockhaft, ist nicht dasselbe wie der plötzlich geöffnete Zugang zu Märkten, den österreichische und andere westliche Unternehmen erblickten. Die Ostöffnung von ungarischen, tschechischen oder polnischen Konsumentinnen/Konsumenten, denen nun Westprodukte in den Läden angeboten wurden, unterschied sich von jener der Arbeitnehmer/innen, deren Arbeitsplätze die marktwirtschaftliche Therapie zu liquidieren drohte – auch wenn beide Perspektiven oft genug in einer Person zusammenkamen. Die Ostöffnung österreichischer Unternehmer/innen war nicht jene aller Bürger/innen Österreichs, selbst wenn sie indirekten Nutzen aus einem durch die Ostöffnung vorangetriebenen volkswirtschaftlichen Wachstum zogen. Dass sich über die Ostöffnung ganz verschiedene Geschichten erzählen ließen, muss auch deshalb angesprochen werden, weil sich der folgende Beitrag vor allem für eine Perspektive interessiert: die von Unternehmen und hier wiederum jene von Kapitaleignerinnen/-



Grafik 1: Verteilung der österreichischen Exporte (Anteile in Prozent)

eignern, von Managerinnen/Managern; außerdem jene von unternehmeraffinen Wirtschaftsmagazinen. Der regionale Fokus wird auf Ungarn liegen, das sich am raschesten für westliche Investitionen geöffnet hat.

Die ökonomische Relevanz des „Osthandels“ lässt sich anhand des Auf und Abs der Außenhandelsanteile jener Staaten zeigen, deren Territorien zum Teil oder zur Gänze im ehemaligen Herrschaftsgebiet der Habsburgermonarchie lagen: Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien (siehe Grafik 1). Für das Österreich der Ersten Republik hatten diese Staaten in Summe noch die wichtigsten Handelspartner dargestellt. Der größte war auch damals Deutsche Reich (und Italien) heran. In der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre, als ein zerstörtes und besetztes Deutschland vorübergehend als Faktor im internationalen Handel ausfiel, besaß eine Orientierung auf den Absatzmarkt Ostmitteleuropa erneute Aktualität für Österreich. Der Kalte Krieg und die Abschottung zweier auch wirtschaftlich getrennter Systeme machte die Perspektive eines integrierten „Donauraums“ unrealistisch. Die vom Wirtschaftswunder angetriebene Bundesrepublik Deutschland avancierte rasch zum weithin wichtigsten Handelspartner. Nachdem die Blockgrenzen stabilisiert waren und die Phase der „friedlichen Koexistenz“ begann, wurden die Handelsbeziehungen mit den nunmehr sozialistischen Länder im Norden, Osten und Süden Österreichs wieder verdichtet – als „Osthandel“, der die Existenz separater Welten nicht grundsätzlich in

Frage stellte. In den 1970er-Jahren nahm er kreditfinanziert an Fahrt auf, um sich Anfang der 1980er-Jahre stark einzubremsen. Die sozialistischen Länder waren nun in einem bedrohlichen Maß im westlichen Ausland verschuldet. Ein drastisch steigendes Zinsniveau verschärfte die Lage und verringerte den Spielraum für Importe. In Österreich schrumpfte folglich der Exportanteil Ostmitteleuropas wieder. 1990 gingen deutlich über zwei Drittel der österreichischen Exporte nach Deutschland, aber nur 8% in die „Nachfolgestaaten“ der Habsburgermonarchie. Gerade an diesem Punkt wendete sich aber das Blatt.⁵

2. Osthandel

Wenn österreichische Unternehmen sich für den Handel mit den ostmitteleuropäischen Ländern interessierten, stand ihnen ein dicht geknüpftes Netz an Beratungsinstitutionen zur Verfügung und sie konnten auf spezialisierte Medien und Analysen zugreifen. KPÖ-nahe erschien das Handbuch des Osthandels und der Wirtschaftsdienst (OWD), ÖVP-nahe seit 1947 der Donaeuropäische Informationsdienst und ab 1969 das West-Ost-Journal. Die Austria Presseagentur (APA) gab seit 1969 ein Journal Ost-West-Handel heraus und das Wirtschaftsmagazin Trend führte ab 1976 eine kompetent betreute Rubrik unter dem Titel „Ost-Trend“. Als wichtigste Quelle wirtschaftswissenschaftlicher Expertise etablierte sich das Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, das 1973 aus einer Abteilung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung als selbstständiges Forschungsinstitut hervorgegangen war. Die Gesellschaft für Ost- und Südostkunde in Linz und das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut in Wien boten einschlägige Buchbestände, Publikationen und Vorträge. Für die Beratung von Unternehmerinnen/Unternehmern sorgten das Osteuropareferat der Wirtschaftskammer und deren Handelsdelegierte sowie das Evidenzbüro für Außenhandelsgeschäfte. Eine weitere gut etablierte Anlaufstelle war das 1947 gegründete Donaeuropäische Institut, das hier beispielhaft in den Blick genommen werden soll.⁶ Der Verein wollte sich als „Selbsthilfeaktion der österreichischen Wirtschaft“ verstehen. Bei näherem Hinsehen erweist er sich aber als die für Österreich charakteristische Melange aus staatlicher, parastaatlicher und privater Initiative. Diese Mischung wurde in einer Vielzahl von neokorporatistischen Institutionalisierungen umgesetzt. Zwar beteiligten sich

einflussreiche Unternehmer bzw. deren Interessenverbände an führender Stelle: Als Vizepräsidenten firmierten 1948 der namhafte Großindustrielle und Vizepräsident der Industriellenvereinigung Manfred Mautner-Markhof, der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank Franz Bartsch sowie Kommerzialrat Josef Klein, seines Zeichens Präsident der Handelskammer für Oberösterreich. Den Präsidenten des Instituts aber gab Eduard Heidl, der erste Handelsminister der Zweiten Republik. Später wurde diese Funktion viele Jahre hindurch von Fritz Bock wahrgenommen, auch er ein ÖVP-Schwergewicht und als Handelsminister maßgebend. Da das Donaeuropäische Institut somit über beste Verbindungen zu den ÖVP-geführten Bundesregierungen verfügte, entwickelte es sich rasch zu einem Forum für parastaatliche Handelsdiplomatie in Richtung Ostmitteleuropa.

Der Staat, staatliche Industrie und Banken traten als die maßgeblichen Akteure auf, wenn es galt den Osthandel voranzutreiben. Das Muster lässt sich an dem 1968 von der ÖMV geschlossenen Vertrag über die Lieferung von sibirischem Erdgas ersehen, die bis in die Gegenwart fortgesetzt wird. Dem Import des Rohstoffs stand ein Export in die Sowjetunion gegenüber, die Röhren benötigte, um ihr riesiges Pipeline-System auszubauen. Es sei gelungen, „den größten Einzelexportauftrag, der jemals in Österreich abgeschlossen wurde, für die VÖEST unter Dach und Fach zu bringen“, fasste Ludwig Bauer, Generaldirektor der ÖMV, das Ergebnis im West-Ost-Journal zusammen. (Bauer 1968, 9) Aus Sicht der Sowjetunion stellte der Vertrag mit der ÖMV den ersten Erfolg in einer Strategie dar, die darauf zielte sich als Gaslieferant für Westeuropa zu etablieren. Die österreichische verstaatlichte Industrie gab den Türöffner, während in NATO-Ländern wie Italien und Deutschland die Aussicht auf eine Energieabhängigkeit vom Systemgegner ein kontroverses Thema war. Im Rahmen der neuen Ostpolitik von Willy Brandt folgte aber 1970 auch Deutschland mit einem Vertrag Gas gegen Röhren. (Högselius 2013)

Wenn gilt, dass die verstaatlichten Industrien eine zentrale Rolle im Osthandel spielten, so trifft umgekehrt ebenso zu, dass das Geschäft mit dem „Osten“ zu einem wichtigen Teil ihrer Unternehmensstrategien avancierte und diese wiederum bildeten bekanntlich ein wesentliches Element der staatlichen Wirtschafts- und Industriepolitik. (Stiefel 2011) In den 1970er-Jahren wurde das weltwirtschaftliche Umfeld schwieriger, zumal für die verstaatlichten Unternehmen mit ihrem grundstofflastigen Produktportfolio und unter den Bedingungen eines harten Schillings, dessen Bindung an die Deutsche Mark Exporte teuer machte. Die Regierung und die verstaatlichte Industrie bemühten sich daher um die Ausweitung der Geschäfte mit dem sowjetischen Machtbe-

⁵ Ein Abriss der österreichischen Außenwirtschaftspolitik vgl. Höll 2004 und im Hinblick auf Ostmitteleuropa vgl. Resch 2010, Enderle-Burcel, Franaszek, Stiefel & Teichova 2009, Stiefel 2010.

⁶ Vgl. dazu ausführlicher Kühschelm 2014.

reich. Voraussetzung waren die durch die Österreichische Kontrollbank besicherten Kredite. Dass der Staat damit ein erhebliches Risiko übernahm, trat Anfang der 1980er-Jahre deutlich hervor, als hohe Zinsen die Schuldenbelastung der RGW-Länder in die Höhe trieben. (Turnheim 2009, 185 f.) Am Ende des auch für die österreichische verstaatlichte Industrie schwierigen Jahrzehnts eröffnete der Umbruch im Jahr 1989 einerseits neue Perspektiven. Die ÖMV wälzte z.B. rasch Pläne für eine Expansion nach Ostmitteleuropa. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und die deutsche Wiedervereinigung stellten andererseits das Unternehmenskonglomerat, das nun Austrian Industries hieß, vor erhebliche Probleme, da ihm angestammte Geschäftspartner abhanden gekommen waren. (Turnheim 2009, 104)

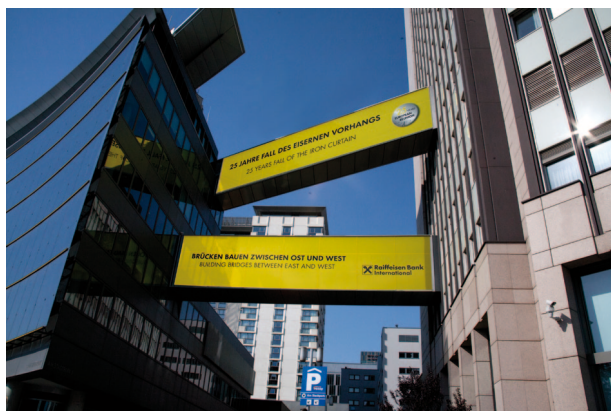
Wie die verstaatlichte Industrie zählten die ebenfalls überwiegend staatlichen Banken zu den Pionieren im Ostgeschäft. Es galt, eine Infrastruktur für finanzielle Transaktionen über die Systemgrenze hinweg zu schaffen. Die Creditanstalt richtete 1975 in Budapest eine Niederlassung ein und beteiligte sich fortan intensiv an der Entwicklung der Finanzdienstleistungen in Ungarn. Neben der Creditanstalt waren die Girozentrale und die Länderbank früh jenseits des Eisernen Vorhangs aktiv, zunächst mit Handelsfirmen, um sukzessive in immer weitere Bereiche des Bankgeschäfts einzusteigen. Auch die Raiffeisen Zentralbank betrieb den Osthandel sehr erfolgreich und stellte noch vor 1989, mit einer Beteiligung an der Unicbank in Ungarn, einen Fuß in die Tür. Die Erste Österreichische Sparkasse folgte hingegen erst nach ihrer Fusion mit der Girozentrale in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre. (Eigner 2005; Mooslechner 2005; Hager 2008; Cikovska 2012) Bis weit in die 1980er-Jahre waren die Perspektiven, mit Ausnahme Ungarns, allerdings auf den „Osthandel“ beschränkt, d. h. auf den Warenaustausch mit Ländern, de-

ren Gesellschafts- und Wirtschaftssystem kein privates und schon gar kein „westliches“ Eigentum an Produktionsmitteln vorsah. Die sozialistischen Staaten wickelten ihre Handelsbeziehungen zentral über Außenhandelsgesellschaften ab und erst seit den frühen 1970er-Jahren in konvertiblen Währungen. Zu den Reizen des Osthandels gehörte es, dass Österreich der geeignete Ort schien, um aus den Handelshindernissen, die zwischen „Ostblock“ und „Westen“ bestanden, Profit zu schlagen. So hatten die NATO-Staaten 1949 das Coordinating Committee for Multilateral Export Controls, kurz CoCom, geschaffen. Das Ziel des Ausschusses war es, Exporte von avancierter Technologie an sozialistische Staaten zu unterbinden. Als neutraler Staat konnte sich Österreich dem CoCom nicht anschließen, musste sich aber aufgrund seiner westorientierten Politik und Wirtschaft Beschränkungen im Technologieexport auferlegen. Österreich geriet trotzdem ins Visier der USA, als unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan der Kalte Krieg wieder intensiviert und der Technologieboykott verschärft wurde. Es war auch nicht von der Hand zu weisen, dass österreichische Unternehmen CoCom für lukrative Geschäfte nützten. So wusste der Trend 1976 von einem Wiener Büromaschinenhersteller, der aus in den USA hergestellten Bauteilen Converterstationen fabrizierte, mit denen sich Daten von Musiktonbandkassetten auf Computer überspielen ließen. Die Stationen verkaufte er an den ungarischen Elektronikonzern Videoton. Dieser wäre zwar auch selbst in der Lage gewesen, die Bauteile zusammenzusetzen, doch CoCom verhinderte den direkten Zugriff auf US-Produkte. (Trend 1976/9, 82)

Die Wirtschaftsberichterstattung führte die Osthändler oft als eine Gruppe von Unerchrockenen vor, die am Insider-Stammtisch ihre Erfahrungen austauschten und geheimnisvollen Geschäften nachgingen. Eine einschlägige Coverstory des Trend erläuterte, dass den Osthandel „nur eine auserwählte Rasse von Edelkeilern voll in den Griff“ bekomme. Man benötigte also eine spezifische Befähigung, um im „Wilden Osten“ voranzukommen, dessen Mühen und Verheißungen das Magazin kontrastreich ausmalte:

„Gespräche in lehmfarbenen Kojen unter nackten Neonröhren, ein bizarres Protokoll, überquellende Aschenbecher und lauwarmes Mineralwasser – das steht am Anfang eines Ostgeschäfts. Händeschütteln und Kaviar, Violinen und Wodka aus Achtelgläsern, Kalinka, Powidltatscherln und Joi-Mama – das gibt's am Ende, wenn ein großer Vertrag unterzeichnet ist. Dazwischen liegen die rauhe Praxis des Ostgeschäfts, ein Mysterium für Uneingeweihte und für Neulinge ein Martyrium.“ (Trend 1976/5, 67)

Die ethnographische Skizze steht in der Tradition von Projektionen, die Larry Wolff als die Erfindung Osteuropas



4) „Brücken zwischen Ost und West“: Werbung der Raiffeisen-Bank in Wien

bezeichnet hat. (Wolff 1994) Begleitet wurde sie von einer Karikatur, die ein skurriles Gewühl von Männern versammelte. Diese gaben sich durch Nationaltrachten als Allegorien der Völker eines imaginären Raums zu erkennen, den man als Kombination aus „Osten“ und „Balkan“ umreißen kann. Verweise auf den Sozialismus legten nur eine dünne Schicht über eine stereotype Wahrnehmung, die älteren Datums ist. Deutlich lehnte sich die Illustration an Bildtraditionen des 19. Jahrhunderts an, genauer gesagt an Typenkarikaturen und die ethnographische Darstellung von Völkertrachten. (Suppan 1991; Wingfield 2003)

3. Ostöffnung

Für private und mittlere Unternehmen aus Österreich bot vor allem Ungarn schon lange vor 1989 ein Betätigungsfeld, das (geografisch) nahe lag. In den späten 1960er-Jahren hatte die Regierung von János Kádár einen wirtschaftlichen Kurs eingeschlagen, der das Konsumniveau hob, ohne die Produktivität zu steigern. Die Kehrseite war eine hohe Auslandsverschuldung, doch der sogenannte Gulaschkommunismus funktionierte leidlich, bis hin zur vergleichsweise reibungslosen Selbstdemontage des Regimes 1989. (Kornai 1997) Für ausländische Unternehmen eröffneten sich bereits in den 1970er-Jahren Exportmöglichkeiten. Ab der ersten Hälfte der 1980er-Jahre ließen sich Kontakte, die noch im Rahmen des Osthandels angebahnt worden waren, in Direktinvestitionen ummünzen. Die Interessen beider Seiten trafen sich in Joint Ventures. Dem westlichen Investor gestattete diese Beteiligungsform einen ansonsten schwer zugänglichen Markt zu bedienen, während aus ungarischer Sicht der Aufbau von Knowhow und Produktionskapazitäten für die Kooperation sprach. Zudem zogen Joint Ventures weniger Devisen ab als Importe. Nachdem etwa der österreichische Dachziegelhersteller Bramac zuvor seine Produkte gegen Devisen ins östliche Nachbarland exportiert hatte, schloss die Firma 1984 ein Joint Venture mit einem großen ungarischen Bauträger, um eine Fabrik in Veszprém einzurichten. Für einen Minderheitsanteil von 49% brachte Bramac die Fertigungsanlage ein, die primär für den ungarischen Markt erzeugte. Nach Österreich wurde gerade so viel exportiert, dass Ersatzteile und Betriebsmittel bezahlt werden konnten. (Lang 1989, 244–247) Im Rückblick zeigt sich die Investition als Probelauf für eine Expansion, die seither auf weitere Länder in Ostmittel- und Südosteuropa ausgedehnt wurde. Die Julius Meinl AG hatte seit den 1960er-Jahren ihre Fühler in diese Region ausgestreckt, in der sie bis 1945 als Lebensmittelproduzent und -händler vertreten gewesen war. Anfang 1982 begann Meinl mit der ungarischen Handelskette Csemege zu kooperieren. Auf ein 1989 geschlosse-

nes Joint Venture folgte schließlich die Komplettübernahme. Meinl war zu einem wichtigen Faktor im ungarischen Einzelhandel geworden. Dasselbe gelang dem Konzern auch in der Tschechoslowakei. Julius Meinl International, die für die Auslandsaktivitäten geschaffene Gesellschaft, wurde schnell ertragsstärker als das Unternehmen im Stammland Österreich. (Kühschelm 2005) Dem Management von Henkel Austria diente das Osteuropaengagement wiederum als ein Mittel, um sich gegenüber der Zentrale des Düsseldorfer Chemiekonzerns zu positionieren. Auch Henkel begann die Expansion nach Ostmitteleuropa in Ungarn. Hier gründete der Konzern 1987 ein Produktions-Joint Venture, um am Nachholbedarf im Konsumgüterbereich mit Marken wie Persil und Fa teilzuhaben.

Wenn Unternehmen überlegen, im Ausland Fertigungsstätten aufzubauen und Knowhow zugänglich zu machen, ist Rechtssicherheit ein entscheidendes Kriterium. Klar war, dass es von der Sowjetunion abhing, wie weit die Reformen in den ostmitteleuropäischen Staaten reichen konnten. Die Sowjetunion hatte mit der von Michail Gorbatschow initiierten Perestrojka selbst einen Veränderungskurs eingeschlagen. Unabsehbar war allerdings, ob nicht wieder einmal auf eine reformkommunistische Phase die Rücknahme privatkapitalistischer Elemente folgen würde. Für ausländische Unternehmen implizierte das die Ungewissheit, ob ihnen bei einem neuerlichen Politikwechsel die Enteignung ihrer Betriebsanteile, womöglich gar ohne adäquate Entschädigung, drohen könnte. Virulent war mittelfristig auch die Frage des Gewinntransfers ins Ausland, selbst wenn viele Unternehmen davon ausgingen, dass sie vorerst die erzielten Profite im Land reinvestieren mussten, um das Geschäft aufzubauen. Anfangs waren außerdem nur Minderheitsbeteiligungen erlaubt, eine wesentliche Einschränkung für die Kontrolle, die westliche Investorinnen/Investoren ausüben konnten. Das ungarische Parlament entschied aber die drängendsten Fragen Ende 1988 zugunsten der Ausländer/innen. Ihren Einlagen wurde gesetzlich „volle Sicherheit“ garantiert. Außerdem bedurften nur mehr Beteiligungen über 50% einer Genehmigung, auch Alleineigentum war möglich. Der Gewinntransfer unterlag keinen Einschränkungen. (Lang 1989, 119–124)

Die Beschleunigung der Entwicklung lässt sich an der Zahl der insgesamt registrierten Joint Ventures ablesen (siehe Tabelle 1, S. 19). Ende 1986 waren es 86 an der Zahl; zwei Jahre später hatte sie sich mehr als verdreifacht, um sich in der ersten Hälfte des Jahres 1989 bei verbesserten Rechtsgrundlagen neuerlich zu verdoppeln. Bis Ende 1990 stieg die Zahl explosionsartig auf rund 5000 Joint Ventures. Bei

	Ende 1986	Ende 1987	Ende 1988	Mitte 1989	Ende 1989	Ende 1990	davon Ö
Ungarn	66	144	282	632	900	5000	1200
Polen	0	13	53	256	866	2616	178
UdSSR	0	23	191	685	1274	2600	156
CSFR	0	2	11	28	70	1700	430
Rumänien	7	7	5	5		600	30
Bulgarien	8	15	21	35	40	70	20
gesamt	81	204	563	1641	3150	12586	2014

Tabelle 1: Joint Ventures in Ostmitteleuropa 1986–1990

1200 handelte es sich um Aktivitäten, die von österreichischen Unternehmen ausgingen. Nicht alle kamen über das Projektstadium hinaus und wurden große Erfolge, eine eindrucksvolle Dynamik zeichnete sich trotzdem ab. Ungarn war zu diesem Zeitpunkt das Hauptziel westlicher Direktinvestitionen in den RGW-Staaten: Es konnte rund 30% des bis Ende 1994 in Osteuropa investierten Kapitals an sich ziehen. (Androsch 1996, 112)

4. Inszenierungen

Um die Ostöffnung zu erfassen und medial zu vermitteln, wurde auf lange etablierte Topoi zugegriffen, die mehrere Regimewechsel und die Ablösung imperialer Ökonomien (Habsburgermonarchie, NS-Großraumwirtschaft) durch nationalstaatliche überdauert hatten. Das schon erwähnte Donaueuropäische Institut trug einen solchen Topos im Namen. Personell und in seinen Anliegen, die sich in der Namensgebung ausdrückten, reichte das Institut in die 1920er- und 1930er-Jahre zurück. Damals versuchten österreichische Wirtschaftspolitiker, für das ehemalige Kerngebiet der Habsburgermonarchie möglichst viel Einfluss im Bereich der übrigen Nachfolgestaaten zu halten oder wiederzuerlangen. Als ideologische Instrumentarien dienten eine sich betont harmlos gebende Mitteleuroparhetorik und das Beschwören des Donauraums, der den Nachbarn als natürliches Wirtschaftsgefüge und Gebot der Vernunft angetragen wurde. (Matis 1995) „Mitteleuropa“ hatte, propagiert vor allem im Umfeld der ÖVP, auch in den 1980er-Jahren wieder Konjunktur und versprach herrschaftsfreie Kommunikation und Kooperation. (Marjanović 1998) Den dazugehörigen Reminiszenzen an die Habsburgermonarchie war allerdings der Blick des früheren Zentrums auf die ehemaligen Peripherien eingeschrieben. Die Wirtschaftsmagazine griffen diesen Diskursstrang auf, indem z.B. Cashflow (1990/4) die Investitionen österreichischer Unternehmen

in Ostmitteleuropa mit der Frage quittierte: „Zurück zur Monarchie?“

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime vollzog sich 1989 innerhalb weniger Monate und doch wiesen die Entwicklungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Merkmale auf. (Judt 2005, 671–728) Aus Perspektive des Westens war das Entscheidende allerdings, dass es sich um einen Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft handelte. Die Geschichte schien an ein glückliches Ende gekommen, wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukoyama 1992 ausführte und damit die Stimmung der veröffentlichten Meinung traf. Das österreichische Wirtschaftsmagazin Cashflow hatte zum Jahreswechsel 1990 „Die 80er von A-Z“ resümiert. Dem Buchstaben S entsprach der Eintrag: „Siegesszug des Kapitalismus“ (Cashflow 1989/12, 80). Vor „Triumphgeheul“ warnte hingegen Hannes Androsch, der gerade im Begriff war, sich erfolgreich als Consulter für die Expansion nach Ostmitteleuropa zu positionieren. Im Wirtschaftsmagazin Gewinn mahnte er: „Städte wie Prag, Budapest, Brünn [...] müssen wir als ‚gleichwertig‘ akzeptieren“ (Gewinn 1990/1, 14). Die Redaktion oder der Autor relativierte indes durch die Setzung von Anführungszeichen subtil die postulierte Gleichwertigkeit.

Die Wirtschaftsmagazine stilisierten die westlichen Unternehmer als Konquistadoren des wilden Ostens: „Wie Österreichs Unternehmer Ungarn erobern“, lautete der Titel eines Artikels im Trend (1990/7, 192 f.). Er begann mit einer illustrierten Doppelseite. Die Zeichnung zeigte Geschäftsleute, die in Fallschirmen über dem Territorium des Nachbarlands absprangen. Militärische Konnotationen gehören zum festen Bestand von Inszenierungen unternehmerischen Handelns. Nicht nur deshalb ging die Wirtschaftsberichterstattung über die Ostöffnung mit einschlägigen visuellen und verbalen Metaphern unbekümmert um. Deutlich wirkte auch die Rhetorik des Kalten Kriegs fort und das Hochgefühl des Sieges spülte Anklänge an nationalsozialistische Herrschaftsansprüche gegenüber dem Lebensraum im Osten bzw. dem Ergänzungsraum Südost an die mediale Oberfläche.

Die Ostöffnung lässt sich anhand quantifizierbarer Daten rekonstruieren, doch greift man zu kurz, wenn man die Geschichte von Unternehmensstrategien und Wirtschaftspolitikern nur auf eine solche Weise zu erfassen sucht. Unternehmen reagieren auch im marktwirtschaftlichen Rahmen nicht auf Gewinnerwartung als einen unmittelbaren Reiz. Symbolische Dimensionen spielen eine Rolle, ebenso soziale Praktiken abseits einer eng gefassten ökonomischen Logik. Eine treibende Kraft hinter der „Ost-Expansion“ von Henkel Austria war Generaldirektor Franz Kafka. In einem Nachruf hieß es über ihn: „Seine Arena waren auch die wechselsei-

tigen Beziehungsgeflechte zwischen Unternehmenswirtschaft, Wirtschaftspolitik, Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit

(Henkel Report 4/1990, 2).

Man muss solche Zuschreibungen ernst nehmen, ohne deshalb einen verklärten Blick auf die Person oder das von ihr geleitete Unternehmen zu werfen. Trotz und wegen der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionen besetzt soziales Handeln immer wieder Zwischenpositionen. Henkel pflegte bei seiner Expansion in Ostmitteleuropa Rituale der staatlichen Diplomatie, benützte Formate der Wissenschaftskommunikation (Tagungen und Symposien) und integrierte Kollektivsymbole und weitgreifende historische Narrative – etwa indem das Joint Venture in Ungarn als ein Wandeln „auf nostalgischen k.u.k.-Spuren“ (Henkel Revue Juli 1987, 7) präsentiert wurde.

5. Bilanz

Die Ostöffnung resultierte in einer beschleunigten Internationalisierung der österreichischen Unternehmen. Jahrzehntlang war Österreich primär selbst Zielland von ausländischen Direktinvestitionen gewesen. Nun stiegen auch die österreichischen Investitionen jenseits der Grenzen an. 2003 übertrafen erstmals die – aus österreichischer Betrachtung – aktiven Direktinvestitionsbestände die passiven. Auch in anderer Hinsicht verschoben sich die Relationen: Beliefen sich die Bestände an aktiven Direktinvestitionen 1990 auf 2,9 % des BIP, betrug sie 2004 schon 23,3 %. (Sieber 2006, 614) Ostmitteleuropa avancierte zum wichtigsten Zielgebiet von Auslandsengagements. 1990 waren 11 % der Direktinvestitionen in diesen Raum geflossen, zehn Jahre später belief sich der Anteil auf 30 %. 2006 übertraf er mit 46 % bereits jenen der Investitionen in Westeuropa. (Oberhuber 2009, 10 f.) In allen ostmitteleuropäischen Staaten zählt Österreich dadurch zu den wichtigsten Herkunftsländern von Auslandskapital. In Ungarn, Slowenien und der Slowakei entsprach das zeitweise einem Marktanteil von gut einem Viertel der Direktinvestitionsbestände. (Sieber 2006, 617)

Um das so rasche „Go East“ österreichischer Unternehmen zu erklären, kann man die Aussichten auf neue Märkte

und hohe Gewinnmargen ins Treffen führen, ebenso die räumliche Nähe, die Position des neutralen Österreichs als Drehscheibe im Ost-West-Handel sowie die damit verfügbaren politischen und wirtschaftlichen Kontakte. Ob sich die Märkte erschließen und die Gewinne einstellen würden, war jedoch nicht von vornherein klar. Historisch aufgeladene Ostfantasien spielten eine wichtige Rolle als Anreiz Unwägbarkeiten in Kauf zu nehmen.

Die Erfolgsstory hat einige Dellen erhalten, seit 2008 die globale Wirtschaftskrise ihren Anfang nahm. Als der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman 2009 in einem Vortrag die „Eastern European exposure“ der österreichischen Banken ansprach, wiesen Bankenvertreter und Politiker die Einschätzung empört zurück. Was hohe Margen im Bankensektor unter anderem bedeuten, kann man daran ersehen, wie bedenkenlos Raiffeisen in Ungarn Fremdwährungskredite bewarb – ein einschlägiger Fernsehspot ist auf Youtube ein Renner. Für ungarische Kreditnehmer/innen sind die Folgen mindestens so unerfreulich wie für ihre Gläubigerbank. (Theer 2014, 238–244) Insgesamt hat die Transformation in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften gemischte Resultate gezeitigt. (Orenstein 2009) Auf enorme wirtschaftliche Einbrüche in den 1990er-Jahren folgte zumeist Wachstum, das z.B. in der Ukraine trotzdem nicht über das Niveau hinausführte, auf dem sich die Wirtschaftsleistung schon Ende der 1980er-Jahre befunden hatte. Anderen Staaten wie Polen oder der Slowakei erging es besser. (Tridico 2011) Die im Übergang zur Marktwirtschaft verschärften sozialen Ungleichgewichte sind nirgendwo verschwunden. „*Stuck in Transition?*“ nennt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ihren Bericht für 2013 und propagiert wenig überraschend mehr Markt.⁷ In Österreich kann man die Ostöffnung hingegen als großen Erfolg werten, was die makroökonomischen Kennzahlen betrifft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs seit den 1990er-Jahren stärker als in den übrigen EU-Staaten (EU 15). Der Wirtschaftsforscher Fritz Breuss errechnete Wachstumsimpulse durch die Ostöffnung, die einer Steigerung des realen BIP um 0,2 % pro Jahr entsprachen. (Breuss 2012) Eine andere Frage ist die Verteilung dieses Wohlstandsgewinns.

⁷ Zum Download unter <http://www.ebrd.com> (05/07/2015).

LITERATUR

- Androsch, Hannes** (1996). Investitionsleitfaden Osteuropa. Eine Jahrhundertchance. Wien.
- Bauer, Ludwig** (1968). Der Erdgasimport aus der Sowjetunion. In: *West-Ost-Journal* 1 (1), 9–10.
- Breuss, Fritz** (2012). EU-Mitgliedschaft Österreichs. Eine Evaluierung in Zeiten der Krise. Online unter: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/45578> (10/11/2012).
- Butschek, Felix** (2011). Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Wien/Köln/Weimar.
- Cikovska, Lucia** (2012). Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa am Beispiel Raiffeisen Zentral Bank (RZB) und Raiffeisen Bank International (RBI). Dipl.-Arb. Univ. Wien.
- Eichengreen, Barry J.** (2007). *The European Economy since 1945: Coordinated Capitalism and Beyond*. Princeton, NJ.
- Eigner, Peter** (2005). Ein Schritt nach vorne, zwei Schritte zurück – Die wechselhafte Geschichte des Finanzplatzes Wien im 20. Jahrhundert. In: Rathkolb, Oliver; Venus, Theodor; Zimmerl, Ulrike (Hg.) (2005). *Bank Austria Creditanstalt. 150 Jahre österreichische Bankengeschichte*. Wien, 482–501.
- Enderle-Burcel, Gertrude; Franaszek, Piotr; Stiefel, Dieter; Teichova, Alice** (Hg.) (2009). *Gaps in the Iron Curtain: Economic Relations between Neutral and Socialist Countries in Cold War Europe*. Krakow.
- Hager, Helmut** (2008). Erste Group goes East. In: Berger, Manfred; Schuh, Arnold (Hg.) (2008). *Grow East. Wachstumsstrategien in CEE. Von Beiersdorf bis Henkel, von Hipp bis Erste Bank*. Wien, 76–83.
- Högselius, Per** (2013). *Red gas: Russia and the Origins of European Energy Dependence*. Basingstoke.
- Höll, Otmar** (2004). Österreich (Außenwirtschaftspolitik). In: Neu, Michael; Gieler, Wolfgang; Bellers, Jürgen (Hg.) (2004). *Handbuch der Außenwirtschaftspolitik*. Münster, 738–748.
- Judt, Tony** (2005). *Postwar: A history of Europe since 1945*. London.
- Kornai, János** (1997). Der Preis des Gulaschkommunismus. Ungarns Entwicklung aus wirtschaftspolitischer Sicht. In: *Europäische Rundschau* 25: 75–113.
- Kühschelm, Oliver** (2005). Julius Meinl. Patriarchalisch, (groß)bürgerlich, österreichbewusst. In: Brix, Emil; Bruckmüller, Ernst; Stekl, Hannes (Hg.) (2005). *Memoria Austriae Bd. 3. Unternehmer, Firmen, Produkte*. Wien/München, 43–96.
- Kühschelm, Oliver** (2014). Den „Osten“ öffnen. Das Donaueuropäische Institut als Schnittpunkt von Politik und Unternehmerexpertise, von pragmatischen Kalkülen und großen Erzählungen. In: Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.) (2014). *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*. Wien/Köln/Weimar, 109–132.
- Lang, Dagmar** (1989). *Wirtschaftschance Ungarn. Wegweiser für einen optimalen Einstieg*. Wien.
- Marjanović, Vladislav** (1998). *Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945–1995*. Frankfurt am Main/Wien.
- Matis, Herbert** (1995). Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. In: Plaschka, Richard Georg (Hg.) (1995). *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Wien, 229–255.
- Mooslechner, Peter** (2005). Vom „ruinösen Wettbewerb“ zur wettbewerbsfähigen Position auf einem um Osteuropa erweiterten Heimmarkt. Banken und Bankenpolitik in Österreich seit den 1970er Jahren. In: Rathkolb, Oliver; Venus, Theodor; Zimmerl, Ulrike (Hg.) (2005). *Bank Austria Creditanstalt. 150 Jahre österreichische Bankengeschichte*. Wien, 401–414.
- Oberhuber, Claudia** (2009). *Auslandserfolg österreichischer Unternehmen in Zentral- und Osteuropa*. Masterarbeit Univ. Graz.
- Orenstein, Mitchell A.** (2009). What Happened in East European (Political) Economies?: A Balance Sheet for Neoliberal Reform. In: *East European Politics & Societies* 23 (4): 479–490.
- Passweg, Miron** (1990). Joint-ventures in Osteuropa. In: *Informationen über multinationale Konzerne* (4): 17–18.
- Resch, Andreas** (2010). Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. In: Rauchensteiner, Manfred (Hg.) (2010). *Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich*. Wien, 497–556.
- Sieber, Susanne** (2006). Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in Ost-Mitteleuropa. In: *Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung* (8): 613–626.
- Stiefel, Dieter** (Hg.) (2010). *Der „Ostfaktor“ die österreichische Wirtschaft 1989–2009*. Wien/Köln/Weimar.
- Stiefel, Dieter** (2011). Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich. Illusion und Wirklichkeit. Wien/Köln/Weimar.
- Suppan, Arnold** (1991). Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa. In: Wolfram, Herwig; Pohl, Walter (Hg.) (1991). *Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung*. Wien, 259–283.
- Ther, Philipp** (2014). *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin.
- Tridico, Pasquale** (2011). *Institutions, Human Development and Economic Growth in Transition Economies*. Basingstoke.
- Turnheim, Georg** (Hg.) (2009). *Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der Österreichischen Industrie von 1918 bis 2008*. Wien.
- Wingfield, Nancy M.** (Hg.) (2003). *Creating the Other. Ethnic Conflict and Nationalism in Habsburg Central Europe*. New York, NY.
- Wolff, Larry** (1994). *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford, Calif.

Kulturbeziehungen im Umbruch⁸

Andrea Brait

1. Österreichs Kulturbeziehungen zu den sogenannten „Ostblockstaaten“

Während des Kalten Krieges war Österreich aufgrund verschiedener Umstände wie der verbreiteten Kenntnis der deutschen Sprache und der Vertrautheit mit den Medien in vielen Ostblockstaaten sehr attraktiv. Wie Peter Kampits betont, stellte Österreich für viele dieser Länder „*das einzige Fenster zum Westen*“ (Kampits 1991, 784) dar. Dem entsprach eine Schwerpunktsetzung der österreichischen Auslandskulturarbeit in Zentral-, Ost- und Südosteuropa.⁹

Die kommunistischen Nachbarstaaten bemühten sich bereits in den 1950er-Jahren um den Abschluss von Kulturabkommen. Österreich wartete jedoch zunächst ab, um nicht auf eine bestimmte (von ideologischen Motiven dominierte) Kulturpolitik festgelegt zu werden.¹⁰ Diese Haltung wurde in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre aufgegeben. Auf ein Kulturabkommen mit der Sowjetunion 1967 (1969 in Kraft) folgten solche mit Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Außerdem wurden in Budapest und in Zagreb Kulturinstitute eingerichtet. (Brait erscheint 2015)

2. Auswirkungen der Umbrüche in den „Ostblockstaaten“ auf die österreichische Kulturnachpolitik

2.1 Bemühungen um eine Intensivierung der Kulturkontakte über die Kulturabkommen

Der Rahmen des staatlichen österreichischen Engagements wurde durch Arbeitsprogramme definiert, die immer für ein paar Jahre auf Basis der Kulturabkommen vereinbart wurden. Kurz nach den politischen Umbrüchen in den östlichen Nachbarstaaten Österreichs gab es sowohl von Österreich als auch von den jeweiligen Vertragspartnern Bemühungen, die Kontakte zu intensivieren. (Brix 2013)

Mit Ungarn wurden 1990 sowohl ein neues Arbeitsprogramm zum Kulturabkommen¹¹ als auch eines zum Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik ausverhandelt¹² – beide bedeuteten einen Ausbau der Kontakte. Allerdings gab es bereits Ende der 1980er-Jahre zahlreiche Kontakte, die über die Vereinbarungen der Arbeitsprogramme hinausreichten.¹³

Mit der Tschechoslowakei war bereits im November 1988 im Zuge der 5. Tagung der Gemischten Kulturkommission ein Arbeitsprogramm für die Jahre 1989 bis 1991 ausgearbeitet worden. Auch hier war eine Steigerung der Aktivitäten vorgesehen.¹⁴

Mit Jugoslawien war ebenfalls 1988 das IV. Kulturübereinkommen abgeschlossen worden, dessen Ausverhandlung sich aufgrund diverser Streitigkeiten, unter anderem betreffend der Nennung von Kärntner Ortsnamen in slowenischer Sprache im deutschsprachigen Vertragstext, fünf Jahre gedauert hatte. 1990 standen die nächsten Verhandlungen an. In Anbetracht der politischen Entwicklungen sowie aufgrund der nach wie vor ungelösten Frage der Bezeichnung von Ortsnamen beschloss das Außenministerium jedoch, keine Initiative zur Aufnahme von Verhandlungen zu setzen.¹⁵ 1991 fanden aber zahlreiche Staatsbesuche sowie Kontakte auf Beamtenebene statt, um über den Ausbau der Kulturbeziehungen weiter im Gespräch zu bleiben. Außenminister Alois Mock betonte in dieser Phase, dass „*Österreich allen Republiken für Kontakte zur Verfügung stehe. [...] In diesem Zusammenhang habe man keine historischen Vorurteile, wenngleich mit den unmittelbaren Nachbarn natürlicherweise engere Beziehungen bestünden.*“¹⁶ Bald wurde

¹¹ Vgl.: Vortrag an den Ministerrat vom 26. 2. 1990 mit Beilage, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.01-V/90, Zl. 222.11.01/16-V.1/90.

¹² Vgl.: Information betreffend „Ungar.-österreich. Gemischte Kommission für Wissenschaft und Technik; 9. Tagung 5. 1990, Budapest; Abschlußbericht“, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.02-V/90, Zl. 222.11.02/28-V.5/90.

¹³ Vgl.: Interview von Andrea Brait mit Gertrude Kothanek, geführt am 19. 9. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

¹⁴ Vgl.: Informationsbeitrag der Sektion V anlässlich des offiziellen Besuchs des csl. Ministerpräsidenten Dr. Ladislav Adamec in Österreich am 23./24.10.1989, BMeiA, 35.13.01-35.17.01 / 1989 / 21, GZ 35.14.06-V/89, Zl. 35.14.06/9-V.1/89.

¹⁵ Vgl.: Information für den Herrn Bundesminister vom 11. 10. 1990 mit Beilagen, BMeiA, Kt. 101.06.02-101.14.06 / 1990 / 56, GZ 101.11.01-V/90, Zl. 101.11.01/14-V.1/90.

¹⁶ Aktenvermerk des BMaA: Gespräch des HBM mit dem Präsidenten von Mazedonien, Kiro Gligorov, am 18.11. in Wien; Zusammenfassung, 4, BMeiA, Kt. 101.13.02-101.21.04 / 1991 / 42, GZ 101.14.06-V/91, Zl. 101.18.41/2-II.3/91. (Hervorhebung im Original)

⁸ Der Text basiert auf Brait 2014.

⁹ Vgl.: Österreich-Slowenien; Besuch des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, 2, BMeiA, Kt. 101.13.02-101.21.04 / 1991 / 42, Grundzahl (GZ) 101.14.06-V/91, Geschäftszahl (Zl.) 101.14.04/27-V/1/91. Dies änderte sich erst mit Blick auf die angestrebte EG-Mitgliedschaft, wodurch seit den 1990er-Jahren im westlichen Europa und in Nordamerika neue Akzente gesetzt wurden.

¹⁰ Das Konzept der Kulturabkommen wurde später tatsächlich als Korsett empfunden, vgl.: Burka 2012, 79 mit Bezug auf ein Gespräch mit Christa Sauer vom 1. 3. 2002.

jedoch klar, dass Österreich Mühe hatte, die Beziehungen zu allen Teilrepubliken gleichermaßen zu pflegen. 1992 kam der ohnehin sehr geringe Kulturaustausch mit Serbien-Montenegro völlig zum Erliegen.¹⁷

Mit der DDR war auf Basis des Vertrages über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft¹⁸ im April 1988 ein zweijähriges Arbeitsprogramm ausverhandelt worden. 1990 standen demnach die nächsten Verhandlungen an. Trotz der geänderten politischen Verhältnisse wurde im Rahmen der 7. Tagung der Gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von 5. bis 7. Juni 1990 ein Arbeitsprogramm für die Zeit von 1. Juli 1990 bis 30. Juni 1992 verabschiedet, im Rahmen dessen nicht nur ein jährlicher Expertenaustausch vereinbart wurde, sondern auch die Fortführung von 34 Forschungsprojekten; für neun weitere Projekte wurde eine Inangriffnahme im gegenseitigen Einvernehmen empfohlen.¹⁹ Auf Basis des Kulturabkommens war seit Mai 1988 das 4. Kulturübereinkommen für die Jahre 1988 bis 1991 in Kraft,²⁰ doch strebten beide Staaten einen Ausbau der bereits vereinbarten Projekte an. Noch im Juli 1990 wurden anlässlich eines Besuches von DDR-Kulturminister Herbert Schirmer bei Hilde Hawlicek (Ministerin für Unterricht, Kunst und Sport) neue Kulturaustauschprojekte vereinbart, die noch bis Jahresende verwirklicht werden sollten. Gegenüber Journalisten meinte Schirmer, dass die Vereinbarungen „*ungewöhnlich schnell ‚vor Torschluss‘ getroffen*“²¹ worden seien. Jedoch zeigte sich zu diesem Zeitpunkt bereits, dass die DDR kaum mehr in der (finanziellen) Lage war, die Vereinbarungen zu erfüllen: Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR bat darum, dass künftig der jeweils entsendende Staat alle Kosten für vereinbarte Maßnahmen übernehmen sollte.²² Das österreichische Außen-

ministerium spielte auf Zeit und reagierte darauf nicht,²³ bis sich die Frage von selbst erledigt hatte. Man bemühte sich jedoch darum, dass die mit der DDR geschlossenen Abkommen von der Bundesrepublik übernommen wurden. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland stellte allerdings 1992 per Note offiziell fest, dass das Kulturabkommen und auch das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Herstellung der Einheit Deutschlands erloschen seien.²⁴

2.2 Erhöhung der finanziellen Mittel

Um seine Position zu verdeutlichen und um „*im nun einsetzende[n] Wettbewerb in den Beziehungen zu diesen Staaten*“²⁵ mithalten zu können, zeigte sich Österreich durchaus bereit, mehr finanzielle Mittel einzusetzen: Das operative Kulturbudget des Außenministeriums wurde von 23 Millionen ATS im Jahr 1989 für 1990 auf 33 Millionen ATS erhöht;²⁶ bis 1995 war es auf 86,3 Millionen ATS angewachsen.²⁷ Allerdings räumte Außenminister Alois Mock im Rahmen einer Nationalratsdebatte ein, dass „*die finanzielle Dotierung in keiner Weise dem Gewicht entspricht, das die Außenkulturbeziehungen gerade im österreichischen Fall haben*“.²⁸ Das Ministerium gab an, dass die zusätzlichen Mittel zu einem beträchtlichen Teil in den „*östlichen Nachbarländern*“ eingesetzt worden waren.²⁹

Auffällig ist, dass diesbezüglich parteiübergreifend Einigkeit herrschte. Auch wenn etwa der Nationalratsabgeordnete Herbert Fux von den Grünen unter anderem das Fehlen von klaren Schwerpunktsetzungen im kulturellen Programm sowie die ressortmäßige Zuordnung dieses Politikbereichs zum Außenministerium scharf kritisierte, stimmte er doch mit den anderen Parteien in der generellen Forderung überein, dass Österreich sein kulturelles Engagement in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten verstärken

¹⁷ Vgl.: Außenpolitischer Bericht 1992, 408.

¹⁸ Vgl.: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (BGBl. 237/1979).

¹⁹ Vgl.: Protokoll der 7. Tagung der Gemischten Kommission zur Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Wien, 5. bis 7. 6. 1990), BMeiA, Kt. 43.01.05-43.11.02 / 1990 / 25, GZ 43.11.02-V/90, Zl. 43.11.02/26-V.5/90.

²⁰ Vgl.: Viertes Übereinkommen über ein Arbeitsprogramm zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1988 bis 1991 (BGBl. 311/1988); Aktennotiz betreffend „Informationsbeitrag der Sektion V anlässlich der Arbeitsgespräche des HGS mit dem stv. AM der DDR; Kurt Nier“, BMeiA, Kt. 43.13.01-43.19.01 / 1989 / 26, GZ 43.14.06-V/89, Zl. 43.14.06/8.V.1/89.

²¹ „VorTorschluss“: Kulturkontakte Österreich-DDR, APA-Meldung vom 18. 7. 1990.

²² Vgl.: Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an die Botschaft der Republik Österreich in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. 7. 1990, Beilage zu Schreiben der ÖB Berlin an das BMAA vom 18. 7. 1990, BMeiA, Kt. 43.01.05-43.11.02 / 1990 / 25, GZ 43.11.01-V/90, Zl. 43.11.01/4-V.1/90.

²³ Vgl.: Schreiben der ÖB Berlin an das BMAA vom 17. 8. 1990, BMeiA, Kt. 43.01.05-43.11.02 / 1990 / 25, GZ 43.11.01-V/90, Zl. 43.11.01/7-V.1/90.

²⁴ Vgl.: Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend das Erlöschen von Verträgen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik (BGBl. 220/1994).

²⁵ Kulturpolitischer Teil des Außenpolitischen Berichtes 1989, 2.

²⁶ Vgl.: Ebd., 1.

²⁷ Vgl.: Außenpolitischer Bericht 1995, 324. In den folgenden Jahren sollte es weiter anwachsen, für den kulturellen Bereich steht jedoch bis heute nur ein geringer Anteil des Budgets des Außenministeriums zur Verfügung (2013: 1,6 %, was 6,442 Mio. EUR entspricht), vgl.: Außen- und Europapolitischer Bericht 2013, <http://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/aussen-und-europapolitischer-bericht/> (30/12/2014), 299.

²⁸ Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock, in: Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, 15388.

²⁹ Vgl.: Kulturpolitischer Teil des Außenpolitischen Berichtes 1990, 1.

sollte. „Wir brauchen eine Kulturinitiative gerade jetzt für den Osten“, lautete sein unmissverständlicher Appell.³⁰

Unter den zumindest etwas verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen versuchte Österreich die Gunst der Stunde zu nutzen, um die kulturellen Beziehungen zu den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten auszubauen und zu institutionalisieren. Mit diesem Ziel wurde ein Generalkonsulat in Krakau eröffnet, das auch Kulturagenden betreute, und man entsandte zusätzliche Kultur- und Wissenschaftsbeauftragte nach Bratislava, Budapest, Ljubljana und Moskau.³¹ Zusätzliche Finanzmittel ermöglichten auch eine deutliche Anhebung von Lektorenstellen: von 130 im Jahr 1989 auf 170 im Jahr 1990, wobei der Zuwachs vor allem auf die ehemaligen sozialistischen Staaten entfiel. (Gellert-Novak 1993, 20–22) In die Tschechoslowakei wurden 1990 überhaupt zum ersten Mal österreichische Lektoren entsandt, obwohl schon das Kulturabkommen von 1978 diese Möglichkeit vorgesehen hatte.³²

2.3 Kulturinstitute

Das Kulturinstitut in Budapest, das mit dem Kulturabkommen 1977 gegründet worden war,³³ war im Botschaftsgebäude untergebracht, das sich in „peripherer Lage“ befand. Das entsprach, wie die Botschaft 1991 in einem Bericht erklärte, „in keiner Weise einer repräsentativen österreichischen kulturellen Vertretung“.³⁴ Mit Verweis auf die geplante EXPO 1995 (die zwar nie verwirklicht werden sollte, doch für einige Jahre als wichtigstes Austauschprojekt zwischen den beiden Staaten galt) betonte die Botschaft, dass eine „optimale kulturelle Präsenz Österreichs in Budapest eine Notwendigkeit“ sei. Sie setzte sich dafür ein, ein „Österreich-Haus“ einzurichten, das Wirtschaft, Politik und Medien verbinden und damit eine zusätzliche Attraktivität bringen sollte. Über die Anmietung oder den Kauf eines entsprechenden Objekts konnte jedoch längere Zeit keine Einigkeit erzielt werden – weder innerhalb des Außenministeriums noch mit den verantwortlichen Stellen der Stadt Budapest.³⁵ Wie bereits die



5) Gebäude des Österreichischen Kulturforums in Budapest

Bemühungen der 1960er- und 1970er-Jahre scheiterte auch dieser Vorstoß und so ist die kulturelle Vertretung – heute als Kulturforum geführt – bis heute im Botschaftsgebäude untergebracht.³⁶

Neben der ungelösten Frage einer endgültigen Unterbringung klagte das Kulturinstitut über fehlende technische Gerätschaften für die tägliche Arbeit. Die Direktorin des Kulturinstituts Gertrude Kothanek gab zu bedenken, dass „es für das ho. [hierortige, Anm.] Institut sehr schwierig sein wird, mit den anderen Instituten Schritt zu halten“³⁷, und

³⁰ Abgeordneter Fux (Grüne), in: Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, 15387.

³¹ Vgl.: Kulturpolitischer Teil des Außenpolitischen Berichtes 1990, 2.

³² Kulturbeziehungen Österreich – CSFR. Offene Fragen, 1, BMeiA, Kt. 35.11.01-35.13.02 / 1990 / 20, GZ 35.11.01-V/90, Zl. 502.16.35/7-IL3/90.

³³ Vgl. § 2 Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (BGBl. 519/1977).

³⁴ Schreiben der ÖB Budapest an das BMAA vom 23. 5. 1991, BMeiA, Kt. 222.01.03-222.03.01 / 1991 / 70, GZ 222.02.11-V/91, Zl. 222.02.11/28-V.6/91.

³⁵ Schreiben der ÖB Budapest an das BMAA vom 10. 4. 1991, BMeiA, Kt. 222.07.02-222.17.01 / 1991 / 71, GZ 222.09.06-V/91, Zl. 222.09.06/3-V.6/91. Information für den

BM vom 17. 6. 1992, BMeiA, Kt. 218.01-224.01.04 / 1992 / 47, GZ 222.18.01-II/92, Zl. 222.18.01/12-II.3/92.

³⁶ Vgl.: <http://www.bmeia.gv.at/Kf-budapest> (24/07/2015).

³⁷ Schreiben des ÖKI Budapest an das BMAA vom 7. 12. 1990, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.04-V/90, Zl. 222.11.04/2-V.5/90.

verwies auch auf die schlechte Ausstattung der Bibliothek im Vergleich zu den Kultureinrichtungen anderer Staaten.

Das Kulturinstitut Agram (Zagreb) kämpfte (ebenso wie jenes in Budapest) mit räumlichen Problemen. Das Generalinspektorat stellte im Mai 1990 fest, dass die Räumlichkeiten „sowohl von der Größe als auch von der Funktionalität her [...] in keiner Weise mehr den Anforderungen“ entsprachen und empfahl, nach einer geeigneten Unterbringung zu suchen.³⁸ Die Einrichtung hatte jedoch bald andere Sorgen, denn der innerjugoslawische Konflikt führte auch in Zagreb zu Kampfhandlungen. Das Kulturinstitut hielt dennoch offen, während jenes der Bundesrepublik „wegen Renovierung“ geschlossen, das British Council, das Institut Français sowie der US Reading Room gesperrt wurden. Die Handlungsfähigkeit war freilich eingeschränkt, insbesondere aufgrund der Fliegeralarme ab Mitte September 1991. Zahlreiche Veranstaltungen wurden so unmöglich gemacht, wobei der Direktor des Kulturinstituts Leopold Melichar aber meinte, dass die Künstler „äußerst mutig und voller Verständnis“ seien.³⁹ Das Gebäude erlitt im Oktober 1991 schließlich auch kleinere Kriegsschäden an Fenstern und Türen, als eine Rakete rund 100 Meter vom Gebäude entfernt einschlug.⁴⁰ Erst im Verlauf des Jahres 1992 konnte eine „Normalisierung“ des Betriebes erreicht und dem „Nachholbedarf an Wissen über österreichische Kultur“ Rechnung getragen werden.⁴¹

In der Tschechoslowakei gab es Ende der 1980er-Jahre noch kein Kulturinstitut, aber in der Botschaft Prag wurde eine Kulturabteilung aufgebaut, „die praktisch die Aufgaben eines Kulturinstituts“ übernahm.⁴² Nach Bratislava wurde ein Kulturattaché entsandt, da die Kulturagenden der beiden Landesteile autonom verwaltet wurden und man der Ansicht war, dass die Slowakei ein anderes kulturelles Profil aufweise.⁴³ Im Dezember 1988 wurde mit der Tschechoslo-

wakei schließlich ein Abkommen zur Errichtung von gegenseitigen Kulturinstituten in Wien und Prag unterzeichnet, das mit 1. Juli 1990 in Kraft trat.⁴⁴ Der Abschluss des Abkommens wurde als besonderer Erfolg gefeiert, zumal es schon zuvor zahlreiche Versuche gegeben hatte, diese aber „immer wieder an dem hinhaltenden Widerstand der damaligen Machthaber in der ČSSR gescheitert“⁴⁵ waren. Jedoch gestaltete sich die Umsetzung des Abkommens schwierig: Die Österreichische Botschaft wies das Außenministerium im Juni 1989 darauf hin, dass Österreich das „erste westliche Land“ sei, „mit dem die CSSR einen Vertrag über die Errichtung eines KI unterzeichnet hat.“ Jedoch sei ein entsprechender Vertrag mit der Bundesrepublik „demnächst unterschriftsreif“ und Verhandlungen mit Italien und Frankreich seien im Gange. Die Botschaft meinte daher: „Der noch vorhandene Vorsprung Österreichs sollte nicht verloren gehen und werbewirksam genutzt werden.“ Da noch kein Gebäude für das Kulturinstitut gefunden war, schlug die Botschaft andere „öffentlichkeitswirksame Maßnahmen“ vor wie beispielsweise die Ernennung eines Direktors oder eine Grundsteinlegung durch Außenminister Mock. Um die Position Österreichs abzusichern, wurde ein „sondierendes Gespräch an zuständiger Stelle im cs. Außenministerium“ geführt. Es ergab, dass „man dem österr. Wunsch nach Erhaltung der Priorität für das erste KI eines westlichen Landes aufgeschlossen und wohlwollend“ gegenüberstand.⁴⁶ Das Außenministerium konnte sich schließlich nur für eine Grundsteinlegung erwärmen, nannte als Voraussetzung aber den Abschluss von Preisverhandlungen und eine Eintragung im Grundbuch,⁴⁷ was nicht umgesetzt werden konnte. Der tschechische Außenminister Jiří Dienstbier sagte schließlich zu, die Suche des österreichischen Außenministeriums zu unterstützen.⁴⁸ Das Finden eines repräsentativen Gebäudes gelang jedoch erst dem österreichischen Kulturrat Valentin Inzko, der aufgrund persönlicher Beziehungen die Nutzung von Räumlichkeiten des Franziskanerklosters am Jung-

³⁸ Dienstzettel betreffend „KI Agram; Prüfungsbericht“ vom 25. 5. 1990, BMeiA, Kt. 101.06.02-101.14.06 / 1990 / 56, GZ 101.09.02-V/90, Zl. 101.09.02/6-V.SL/90.

³⁹ Vgl.: Schreiben des ÖKI Agram an das BMAA vom 20. 9. 1991, BMeiA, Kt. 101.03.01-101.13.02 / 1991 / 41, GZ 101.09.02-V/91, Zl. 101.09.02/3-V.1/91. Die Leistung der Mitarbeiter des Kulturinstituts erscheint umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass diese aufgrund der Stellung der Institution über keine Notifizierung verfügten, vgl.: Aktennotiz betreffend „Notifizierung von Angehörigen des ÖKI Agram“, BMeiA, Kt. 101.03.01-101.13.02 / 1991 / 41, GZ 101.09.02-V/91, Zl. 101.09.02/1-V.1/91.

⁴⁰ Vgl.: Schreiben des ÖKI Agram an das BMAA vom 28. 10. 1991, BMeiA, Kt. 101.03.01-101.13.02 / 1991 / 41, GZ 101.09.02-V/91, Zl. 101.09.02/6-V.1/91.

⁴¹ Außenpolitischer Bericht 1992, 407.

⁴² Aktennotiz betreffend Österreich-Tschechoslowakei; Fragen der Heimatvertriebenen, BMeiA, Kt. 35.11.01-35.13.02 / 1990 / 20, GZ 35.11.05-V/90, Zl. 35.11.05/18-V.1/90.

⁴³ Vgl.: Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock, in: Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, 15389.

⁴⁴ Vgl.: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Errichtung und Tätigkeit eines Österreichischen Kulturinstitutes in Prag und eines Kultur- und Informationszentrums der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Wien (BGBl. 310/1990).

⁴⁵ Abgeordneter Dr. Höchl (ÖVP), in: Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, 15384.

⁴⁶ Vgl.: Schreiben der ÖB Prag an das BMAA vom 12. 6. 1989, BMeiA, Kt. 35.04.09-35.12.06 / 1989 / 20, GZ 35.11.01-V/89, Zl. 35.09.03/22-V.SL/89.

⁴⁷ Vgl.: Schreiben des BMAA an die ÖB Prag vom 23. 6. 1989, BMeiA, Kt. 35.04.09-35.12.06 / 1989 / 20, GZ 35.11.01-V/89, Zl. 35.09.03/22-V.SL/89.

⁴⁸ Vgl.: Resuméprotokoll: Besuch des cs. AM Dienstbier in Österreich, Delegationsgespräch am 22.11. 1991, 2, BMeiA, 35.13.03-35.17.03 / 1991 / 18, GZ 35.14.06-V/91, Zl. 35.14.06/28-V.1/91.

mannovo náměstí erreichte, in die das seit 1993 selbstständige Österreichische Kulturinstitut Prag 1996 übersiedeln konnte.⁴⁹

2.4 Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland

Obwohl das Österreichische Kulturinstitut Budapest, wie oben dargestellt, schlecht ausgestattet war, hatte das Außenministerium „Vorbehalte [...] gegen eine Zusammenarbeit mit dem bundesdeutschen Goetheinstitut“, die für das Außenministerium weiterhin bestehen blieben, „wenn das Goetheinstitut und das Kulturzentrum der DDR nunmehr als Partner oder auch als ‚alldeutsche‘ Kulturvertretung auftreten.“⁵⁰ „Veranstaltungen im Zweigespinn mit Goethe-Instituten“ seien, so das Außenministerium, „im Sinne der Identifikation der eigenständigen Kultur Österreichs [...] nicht erwünscht.“⁵¹

Dass es solche Vorbehalte von deutscher Seite nicht gab, zeigt eine Anfrage des Leiters der Veranstaltungsabteilung des Kultur- und Informationszentrums der DDR, der eine Kooperation mit dem Österreichischen Kulturinstitut bei einigen Veranstaltungen vorschlug, in deren Rahmen auch österreichische Vortragende eingeladen waren.⁵² Im Gegensatz zu einer Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut begrüßte das Außenministerium eine Kooperation mit dem Kulturinstitut der ČSFR⁵³ bei verschiedenen, beide Staaten betreffenden Veranstaltungen, wie von letzterem Ende 1990 vorgeschlagen worden war.⁵⁴ Auslandskulturarbeit war – dies zeigt diese Einstellung sehr deutlich – also auch eine Abgrenzung von Deutschland zum Zweck der Förderung einer eigenständigen nationalen Identität Österreichs.⁵⁵

2.5 Österreich-Bibliotheken

Als Paradebeispiel einer erfolgreichen Auslandskulturpolitik Österreichs infolge des „Wendjahres“ 1989 gelten die Österreich-Bibliotheken. Es handelt sich um eines der nachhaltigsten der zahlreichen begonnenen Projekte, was insbesondere deshalb erstaunt, zumal die ersten Bibliotheken innerhalb weniger Monate quasi aus dem Boden gestampft wurden. Die erste Bibliothek wurde schon 1986 in Krakau eröffnet, 1989 folgte eine weitere in Udine. Der Boom begann jedoch erst nach dem „Fall“ des Eisernen Vorhanges: 1990 wurden Bibliotheken in Bratislava, Brno, Maribor und Poznań eröffnet, 1991 in Przemysł, Sofija, Szeged und Tallinn. Das Netzwerk konzentrierte sich zunächst auf die Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie, (Strebl 1999, 48) später folgten aber auch Städte außerhalb Europas.⁵⁶

Diese Initiative ging auf Überlegungen des damaligen Vorsitzenden der Gesellschaft für österreichische Literatur Wolfgang Kraus zurück.⁵⁷ Ziel war es, wie Mock im Oktober 1990 bei der Eröffnung der Bibliothek in Maribor meinte, dass „eine Symbiose entsteht: Einerseits soll die Verbreitung österreichischer Literatur über die Grenzen hinweg gefördert werden; andererseits erwarten wir uns, daß sich [...] ein Impuls für einen kulturellen Dialog zwischen Österreich und dem Gastland ergibt.“⁵⁸ Die Vorgehensweise war bei allen Bibliotheken mehr oder weniger ident: Zur Einrichtung der Leseräume wurden jeweils lokale Partnerinstitutionen gewonnen. Ein Bereich der bestehenden bibliothekarischen Einrichtung wurde vom Außenministerium mit Austriaca (hauptsächlich Belletristik, aber auch landeskundliche und historische Werke) ausgestattet und an lokale Bibliotheksmitarbeiter/innen wurden Stipendien vergeben. Das Außenministerium legte durchgehend Wert darauf, dass die Bestände nicht im allgemeinen Bestand der jeweiligen Bibliothek aufgingen, sondern separat geführt wurden.⁵⁹ Die Leseräume verlangten nach speziellen Finanzmitteln, die jedoch nur zu einem geringen Teil vom Außenministerium aufgebracht wurden.⁶⁰

Die Leseräume sind ein zentrales Element eines allgemeinen Wandels der Kulturaußenpolitik, der 1989 eingeleitet

⁴⁹ Vgl.: Interview von Andrea Brait mit Christine Dollinger, geführt am 30. 8. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁵⁰ Aktennotiz betreffend KI Budapest / Zusammenarbeit mit Goetheinstitut / Kulturinstitut der DDR vom 2. 4. 1990, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.07.01-V/90, Zl. 222.07.01/3-V.6/90.

⁵¹ Schreiben des BMAA an das ÖKI Budapest vom 29. 10. 1990, BMeiA, Kt. 222.19.01-224.02.01 / 1990 / 95, GZ 222.21.04-V/90, Zl. 222.21.04/4-V.6/90. Das KI Budapest behalf sich jedoch damit, dass ein ungarischer Veranstalter gewonnen wurde, womit es gemeinsam mit dem Goetheinstitut an einer Veranstaltung mitwirken konnte, vgl. dazu: Interview von Andrea Brait mit Gertrude Kothanek, geführt am 19. 9. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁵² Vgl.: Schreiben des ÖKI Budapest an das BMAA vom 13. 3. 1990, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.07.01-V/90, Zl. 222.07.01/3-V.6/90.

⁵³ Vgl.: Schreiben des BMAA an das ÖKI Budapest vom 14. 12. 1990, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.04-V/90, Zl. 222.11.04/4.V.SL/90.

⁵⁴ Vgl.: Schreiben des ÖKI Budapest an das BMAA vom 7. 12. 1990, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.04-V/90, Zl. 222.11.04/4.V.SL/90.

⁵⁵ Vgl. hierzu auch: Interview von Andrea Brait mit Paul Leifer, geführt am 16. 10. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁵⁶ Mitte 2015 werden 64 Österreich-Bibliotheken betreut, vgl.: <http://www.oesterreich-bibliotheken.at> (07/06/2015).

⁵⁷ Vgl.: Interview von Andrea Brait mit Gertrude Kothanek, geführt am 19. 9. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁵⁸ Rede von Alois Mock anlässlich der Eröffnung des Leseraumes in Marburg, 16. 10. 1990, BMeiA, Kt. 101.02.02-101.05.03 / 1990 / 55, GZ 101.02.02-V/90, ohne Zl.

⁵⁹ Vgl. etwa: Schreiben des ÖKI an das BMAA vom 24. 4. 1990, BMeiA, Kt. 222.01.03-222.04.01 / 1989 / 97, GZ 222.02.02, Zl. 222.02.02/2-V.6/89.

⁶⁰ Vgl.: Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock, in: Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, 15390.



6) Österreich-Bibliothek in Budapest



7) Österreich-Bibliothek in Warschau

wurde: Es zeigte sich, wie das Außenministerium im Jahresbericht bilanzierte, eine „Verschiebung des Akzents vom künstlerischen auf den wissenschaftlichen Sektor.“⁶¹

3. Fazit

Versucht man allgemeine Trends in den bilateralen Kulturbeziehungen zwischen Österreich und seinen „(süd)östlichen Nachbarn“ auszumachen, so ist zunächst festzuhalten, dass diese von Kontinuität geprägt waren. Das Außenministerium bemühte sich, überall bisherige Kooperationen, Vorgehensweisen und Strategien fortzusetzen (auch wenn man sich im Fall von Jugoslawien zunächst für eine Unterbrechung der Kulturübereinkommen entschied). Bereits in den 1980er-Jahren hatte Österreich, wie Emil Brix betont, „ein außen- und kulturpolitisches Interesse an den Mitteleuropakonzepten der osteuropäischen Dissidenten entwickelt, die als Chance für pragmatische Zusammenarbeit und für gesellschaftliche

Reformen in den Staaten östlich des Eisernen Vorhangs gesehen wurden.“ (Brix 2012, 457) Mit Mock sei, so Brix, eine „Repositionierung der österreichischen Außenpolitik“⁶² eingeleitet worden. Aus der Wahrnehmung eines gemeinsamen historischen Kulturraumes ergab sich ein verstärktes Bemühen um kulturelle Zusammenarbeit, das 1989 fortgesetzt wurde.

Von einer Wende kann aber hinsichtlich der Quantität gesprochen werden. Wie Stillfried betont, habe der Umbruch in den Staaten des ehemaligen Ostblocks „Österreich die einmalige Chance gegeben, seine Präsenz in diesem Raum zu erhöhen.“ (Stillfried 1993, 137) Es ergaben sich neue Formen der Kooperationen, die ausgehend von den Veränderungen, die 1989 eingeleitet wurden, die Kulturbeziehungen bis heute prägen. Allerdings erfolgte in vielen Bereichen kein Austausch auf gleicher Ebene. Insbesondere die Maßnahmen im wissenschaftlichen Bereich hatten lange Jahre mehr den Charakter eines „Carepakets“ denn einer echten Kooperation. Beispielhaft seien an dieser Stelle Förderprogramme für die wissenschaftliche Forschung erwähnt, die als „Aktion Österreich-Ungarn“⁶³ und „Aktion Österreich-Tschechoslowakei“⁶⁴ begonnen haben.

Österreich sah sich nach den politischen Umbrüchen von 1989 in einem „Wettbewerb“ zu anderen Staaten und war daher sehr bemüht, möglichst intensive Beziehungen zu seinen (süd)östlichen Nachbarn zu pflegen. Als besonderer Konkurrent wurde die Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen. Daraus ergab sich eine bewusste Abgrenzung zur bundesdeutschen Sprachen- und Kulturpolitik. Kooperationen mit Goethe-Instituten waren daher nicht erwünscht, ebenso wie die Österreich-Bibliotheken als dezidiert österreichische Einrichtung geführt werden sollten und die Lektoren neben der deutschen Sprache auch österreichische Landeskunde zu vermitteln hatten.⁶⁵ Die Betonung der Eigenständigkeit der österreichischen Sprachvarietät und Kultur, gehört bis heute zu den Prioritäten der Außenkulturpolitik.⁶⁶

⁶² Interview von Michael Gehler mit Emil Brix, geführt am 3. 5. 2004, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁶³ Vgl. u. a.: Dienstzettel betreffend „Ungarn; Arbeitsprogramm ‚Aktion Österreich-Ungarn – Wissenschafts- und Erziehungskooperation‘ für die Jahre 1990–1996“, BMeiA, Kt. 222.05.01-222.11.08 / 1990 / 93, GZ 222.11.08-V/90, Zl. 222.11.08/19-V.5/90.

⁶⁴ Vgl. u. a.: Aktion Österreich-Tschechoslowakei; neuer Vertragstext, BMeiA, Kt. 35.09.01-35.13.01 / 1991 / 17, GZ 35.11.08, Zl. 35.11.08/8-V.5/91.

⁶⁵ Wir können dies als Vorboten einer Diskussion um die Gleichrangigkeit der österreichischen Sprachvarietät deuten, die sich im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt noch deutlicher zeigen sollte.

⁶⁶ Vgl.: Interview von Andrea Brait mit Christine Dollinger, geführt am 30. 8. 2013, Transkript bei der Autorin. (Gehler & Brait erscheint 2015)

⁶¹ Kulturpolitischer Teil des Außenpolitischen Berichtes 1990, 3.

Die Kulturpolitik wurde vom Außenministerium in den Umbruchjahren als ein Mittel verstanden zur Demokratisierung beizutragen. Argumentiert wurde das kulturelle Engagement mit einer „gemeinsamen“ Vergangenheit, aus der, wie Mock es ausdrückte, eine „spezifische österreichische Verantwortung“ abgeleitet wurde. Das Außenministerium sprach davon, dass Österreich „durch die Umwälzungen der letzten Jahre in sein natürliches Umfeld reintegriert wurde“⁶⁷ – Aussagen, die vom Mitteleuropadiskurs (u.a. Busek 1985; Ettmayer 1986; Pribersky 1991; Maier 1993) geprägt waren und auch als Argument für wirtschaftliche Investitionen herangezogen wurden.

Die Kulturpolitik darf jedoch hinsichtlich ihrer Wirkungskraft nicht überschätzt werden. Sie war nicht imstande, die politische Öffnung der südosteuropäischen Nachbarn wesentlich zu fördern. Außerdem galt für Österreich auch in der Kulturpolitik, dass der „europäische Wind [...] nach wie vor Westeuropa [hieß]; und nicht Mitteleuropa.“ (Pelinka 1991, 138) Für die Auslandskulturpolitik bedeutete dies als Folge der Bemühungen um einen EG-Beitritt eine Orientierung nach (West-)Europa.⁶⁸

LITERATUR

Brait, Andrea (2014). Kultur als Grenzöffner? Motive und Schwerpunkte der österreichischen Kulturaußenpolitik im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarstaaten in den Jahren 1989–1991. In: *Zeitgeschichte* 3/41 (2014), 166–183.

Brait, Andrea (erscheint 2015). „Die große Trennungslinie, die an unserer Haustür vorbeiführt, überbauen“. Zur Vermittlerfunktion der österreichischen Kulturaußenpolitik zwischen Ost und West. In: Graf, Maximilian et al. (Hg.). *Österreich ein Akteur im Kalten Krieg? Analysen und Perzeptionen im internationalen Kontext 1955 bis 1991*, Tagungsband.

Brix, Emil (2012). Die Mitteleuropapolitik von Österreich und Italien im Revolutionsjahr 1989. In: Gehler, Michael; Guiotto, Maddalena (Hg.), *Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart* (Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 8). Wien/Köln/Weimar, 455–467.

Brix, Emil (2013). Austrian Cultural and Public Diplomacy After the End of the Cold War. In: Bischof, Günter; Karlhofer, Ferdinand (Hg.). *Austria's International Position after the End of the Cold War* (Contemporary Austrian Studies 22). Innsbruck, 95–107.

Burka, Alexander (2012). Was blieb vom Fenster in den Westen? Zur Auslandskulturpolitik Österreichs in Ostmitteleuropa seit 1945 am Beispiel Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens (Politik und Demokratie 23). Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien.

Busek, Erhard (1985). Besinnung auf Mitteleuropa. In: *Europäische Rundschau* 2/13 (1985), 3–13.

Ettmayer, Wendelin (1986). Mitteleuropa. Eine Aufgabe an die österreichische Außenpolitik. In: *Österreichisches Jahrbuch für die österreichische Außenpolitik* 1985. Wien/München, 339–365.

Gehler Michael; Brait, Andrea (Hg.) (erscheint 2015). Österreich und die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1985–1991. Teilband 2: Erinnerungen von Akteuren aus Politik und Diplomatie (Historische Europa-Studien 17).

Gellert-Novak, Anne (1993). Europäische Sprachenpolitik und Euroregionen. Ergebnisse einer Befragung zur Stellung der englischen und deutschen Sprache in Grenzgebieten (Giessener Beiträge zur Fremdsprachendidaktik). Tübingen.

Kampits, Peter (1991). Die Wandlung in Ost- und Mitteleuropa als Herausforderung für die Österreichische Kulturaußenpolitik. In: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hg.). *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1990. Wien, 783–791.

Maier, Charles S. (1993). Whose Mitteleuropa? Central Europe between Memory and Obsolescence. In: Bischof, Günter; Pelinka, Anton (Hg.). *Austria in the New Europe* (Contemporary Austrian Studies 1), New Brunswick, 8–18.

Pelinka, Anton (1991). Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien.

Pribersky, Andreas (Hg.) (1991). *Europa und Mitteleuropa? Eine Umschreibung Österreichs*, Wien.

Stillfried, Bernhard (1993). Österreichs Rolle in Ostmittel- und Osteuropa. In: Kohl, Andreas (Hg.). *Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. Ergebnisse des Symposiums der Politischen Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 19. Oktober 1992* (Standpunkte 28). Wien, 135–144.

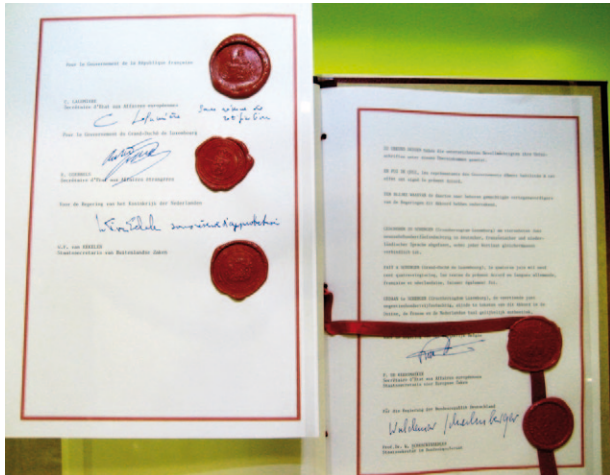
Strebl, Magda (1999). „Österreich-Bibliotheken“. Eine neue kulturpolitische Initiative Österreichs im neuen Europa. In: Schneider, Birgit; Heinzer, Felix; Heiner, Vera (Hg.). *Bücher, Menschen und Kulturen. Festschrift für Hans-Peter Geh zum 65. Geburtstag*. München, 381–389.

⁶⁷ Außenpolitischer Bericht 1991, 369.

⁶⁸ Vgl.: Österreich-Slowenien; Besuch des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, 2, BMeiA, Kt. 101.13.02-101.21.04 / 1991 / 42, GZ 101.14.06-V/91, Zl. 101.14.04/27-V/1/91.

Schengen

Andreas Pudlat



8) Schengener Übereinkommen, unterzeichnet am 14. Juni 1985

Drei Jahrzehnte Schengen. Was am 14. Juni 1985 von fünf Staaten vereinbart worden ist, ist 2015 europäische Realität: Regelmäßige Grenzkontrollen sind innerhalb eines Raumes, der 26 Vollanwender-Staaten umfasst, abgeschafft. Mehr als 500 Millionen Europäer/innen profitieren davon, die europäische Integration hat ein Erfolgssymbol. Sich mit den entsprechenden Übereinkommen und ihrer Geschichte zu befassen, erscheint angesichts der Wirkung, die sie entfalten, fast schon als ebenso anachronistisch wie die betroffenen Grenzen. Dabei lohnt sich der Blick auf Schengen und ermöglicht in mehr als einer Hinsicht historisch-politisches Lernen.

Da wäre zunächst der ereignisgeschichtliche Zugriff. Dieser bedarf einer Annäherung an den Begriff „Grenze“, der – auf historischem Vorwissen und ggf. eigenem Erleben aufbauend – facettenreich hinsichtlich der verschiedenen Arten, Bedeutung, Funktion und Manifestation in der geschichtlichen Entwicklung, vor allem aber hinsichtlich seiner Ambivalenzen erarbeitet werden kann. Abgeleitet ist er aus dem slawischen Wort für „schützen“ bzw. „bewahren“: „granica“. Dasselbe fand über das Lateinische schließlich als „grenitza“ ins Deutsche Eingang und wird seit dem 17. Jahrhundert, als sich Territorialstaaten bildeten, für Linien zur Definition von physischen Räumen gebraucht. In diesem Verständnis trennen dieselben Hoheitsgebiete souveräner benachbarter Staaten und sind völkerrechtlich anerkannt. Als Staatsgrenzen sind sie damit, etwa in Abgrenzung zu

natürlichen Grenzverläufen, Konstrukte, mithin veränderbar und das Ergebnis von politischen Prozessen, hängen also mit Machtverhältnissen ebenso zusammen wie mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten und Übereinkommen. Sie dienen verschiedenen Zwecken: der Wahrung der Souveränität nach außen ebenso wie der Aufrechterhaltung der jeweiligen Rechtsordnung im Inneren. Sie haben eine raumordnende und identitätsbildende Wirkung. In diesem Zusammenhang manifestieren sie sich nicht nur durch Grenzsymbole wie Grenzpfähle oder Schilder, durch die die Staatsgrenze direkt als solche markiert ist, sondern auch durch Grenzkontrollen, die allein wegen des beabsichtigten Grenzübertritts durch eigens zu diesem Zwecke eingesetzten Personals und mit Hilfe entsprechend geschaffener Infrastruktur, etwa Grenzübergangsstellen, stattfinden (können). Grenzen werden damit erfahrbar und zur Erhebung von Steuern und Abgaben sowie zur Überwachung von Personen und Sachen instrumentalisiert. In diesem Zusammenhang sind sie bzw. die durchgeführten Kontrollen vor allem für die Steuerung von Migration und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zu unterschätzen. Als Ergebnis und Ausdruck von Politik ermöglichen Grenzen Identifikation ebenso wie In- und Exklusion, wirken befriedend oder rufen Konflikte hervor, trennen und einen – sind also sehr ambivalent.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ungeachtet der scharfen Profilierung des Eisernen Vorhangs als Systemgrenze, die von östlicher Seite militärisch und von beiden Seiten ideologisch erfolgte, Grenzen als Ausdruck jenes Nationalismus gedeutet, der in die beiden Weltkriege führte. Darüber hinaus wurden zunehmend die Kosten sowie die wirtschaftshemmende Wirkung thematisiert, die sich durch Wartezeiten und bürokratische Prozeduren entfaltete und später zu einem Hauptmotiv des Schengen-Prozesses werden sollte.

Die Einigung der „Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“ von 1985 hat also eine Vorgeschichte, die bereits in der Nachkriegszeit beginnt und sich nicht auf das Streben nach erleichterten Grenzkontrollen und einer Passunion in den 1970er-Jahren begrenzen lässt. Dahinter stand die Absicht, das Wirtschafts- und Elitenprojekt der europäischen Einigung bürger/innennäher im Sinne eines freizügigen „Europas der

Bürger“ zu gestalten. Die Vorhaben scheiterten gleichwohl wiederholt aufgrund von Bedenken und Fragen der konkreten Umsetzung.

Daher wird Schengen auch häufig als direkte Folge des 1984 geschlossenen Saarbrücker Abkommens gesehen. Darin vereinbarten Frankreich und Deutschland bilateral, allerdings mit Wirkung für alle Bürger/innen von Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, den sukzessiven Abbau der Kontrollen an ihren Grenzen. Sie waren nicht die ersten in Europa. Seit den 1920er-Jahren gab es bereits die Common Travel Area (CTA), auch die Nordische Passunion von 1957 zwischen Dänemark, Finnland und Schweden und die BeNeLux-Passunion von 1960 waren Jahrzehnte etabliert. Allerdings erzeugten François Mitterrand und Helmut Kohl mit ihrer Absprache – die der deutsche Bundeskanzler, den zu erwartenden Widerstand antizipierend, sogar über die Köpfe der zuständigen Ministerien einging – eine Sogwirkung. Die ging auch an Österreich nicht spurlos vorüber. Auf Initiative von Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) kam es zu Erleichterungen bei den Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen zu Italien und Deutschland, allerdings nur für die jeweiligen Staatsbürger/innen. Am wenige Monate später geschlossenen Schengener Übereinkommen indes konnte Österreich trotz Interesses nicht partizipieren. Es war kein EG-Mitgliedstaat, ein Kriterium des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) von 1990. Erst 1994 erhielt die Republik den Beobachterstatus, im Folgejahr trat sie dem SDÜ bei, das für Österreich im Dezember 1997 in Kraft gesetzt wurde. Seitdem gibt es auch an dessen Grenzen zu den anderen Schengen-Mitgliedern reguläre Kontrollen nur noch im Ausnahmefall (z.B. Fußball-EM 2008). Mit der sogenannten „Schleierfahndung“ wurde daher die polizeiliche Arbeit im Grenzraum gestärkt und auch die Ausgleichsmaßnahmen nach dem SDÜ griffen. Diese sehen insbesondere vor:

- allgemein eine stärkere polizeiliche Zusammenarbeit;
- mit dem Schengener Informationssystem zum verbesserten polizeilichen Informationsfluss ein gemeinsames EDV-gestütztes Einsatzmittel, in dem Fahndungsdatensätze zu Personen und Sachen einliegen;
- die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen des Schengen-Raumes zu Lande sowie in Flug- und Seehäfen nach gemeinsamen Standards;
- eine Harmonisierung des Visa- und Ausländerrechts über eine gemeinsame Sichtvermerks- und Aufenthaltspolitik;
- den Rahmen für grenzüberschreitende Observationen und Nacheile (Verfolgungsfahrten).

Weitere Übereinkommen, z.B. das Dublin-Übereinkommen mit Festlegungen der Zuständigkeit für Asylverfahren und bilaterale Polizeiverträge, regeln bzw. konkretisieren die Ausgleichsmaßnahmen. Mit dem Vertrag von Prüm von 2005 „über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration“, auch Schengen III genannt, wurde die Vernetzung weiter gestärkt. Den Unterzeichnerstaaten, zu denen Österreich gehört, ist der zeitnahe Zugriff auf Fahrzeug- und DNA- sowie daktyloskopische Daten gewährleistet. Weiterhin wurden Vereinbarungen hinsichtlich der Prüfung von Dokumentenechtheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Luftsicherheit und Abschiebung sowie auf Ersuchen gefahrenabwehrender Maßnahmen bei Großereignissen getroffen. Damit werden für die Sicherheitsbehörden Grenzen überwunden, die auch das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit betreffen – ein sensibler Punkt, der zur Diskussion einlädt und die historische Urteilskompetenz fordert.

Das gilt auch für den Umgang bzw. die Wahrnehmung von Grenzen hinsichtlich ihrer migrations- und kriminalitätsbeeinflussenden Wirkung. Diese zentralen Motive des Grenzschutzes schürten für den Schengen-Prozess Bedenken, Ängste und Widerstände – bei Behörden ebenso wie bei einfachen Bürgerinnen/Bürgern. Zwischen realem Straftatenaufkommen und unberechtigter Kriminalitätsfurcht, zwischen starkem Migrationsdruck als Herausforderung für die Integrationskraft des Staates und Ressentiments gegen Ausländer/innen aus irrationalen oder niedrigen Beweggründen etablierte sich eine nicht widerspruchsfreie Politik mit extrem populistischen Zügen. Als der Eiserner Vorhang fiel, arbeitete die Schengen-Maschinerie bereits auf Hochtouren an der Umsetzung des Übereinkommens. Der Kollaps der autoritären Regime in den mittel- und osteuropäischen Staaten wurde politisch-ideologisch als Sieg der Freiheit verstanden. Der Wegfall hochgerüsteter Grenzsicherungsanlagen hierfür symbolisch, wie das berühmte Bild von Alois Mock und Gyula Horn beim Zerschneiden von Stacheldraht unterstreicht. Die enormen Leistungen der österreichischen Bevölkerung und Regierung bei der Betreuung und Unterstützung von DDR-Flüchtlingen erschöpften sich indes schnell. Die neue Reisefreiheit führte in Verbindung mit dem angesichts der politischen Vorzeichen nun laschen Grenzkontrollen seitens der OME-Staaten zu einem massiven Anstieg der Migrationszahlen. Nun ließ Österreich Militär aufmarschieren. Wurden Schleuser früher undifferenziert als „Fluchthelfer“ gedeutet und teil-

weise gefeiert, waren sie nun im Diskurs „Schlepper“. Die Möglichkeiten der Bundesgendarmerie erschienen als nicht ausreichend, weshalb im September 1990 der sogenannte Assistenzeinsatz Grenzraumüberwachung (AssE/GRÜ) des Bundesheers beschlossen wurde. Verfassungsrechtlich alles andere als unumstritten, sollte er zunächst nur wenige Wochen dauern, wurde aber zeitlich und geografisch bis Dezember 2007 fortgeführt.

Der multiperspektivische Blick auf die ersten beiden Jahrzehnte nach 1989/90 zeigt damit mehr als die Erfolge, die eine Hochglanz-Politikgeschichtsschreibung herausstellt. In einer Zeit, in der die Grenzen zwischen den europäischen Staaten zunehmend diffundierten und Zusammenarbeit sowie europäische Einigung und Freiheit propagiert wurden, kam es auch zu unliebsamen Herausforderungen und entsprechend zur öffentlichkeitswirksamen Verschärfung des Grenzschutzes an den Ostgrenzen, obschon angesichts der Migrations- bzw. Schleuserouten und hoher Aufgriffszahlen auch an der Grenze zu Deutschland solche Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Verfassungsmäßigkeit Rechtfertigung gefunden hätten. Seit 1997 erfolgte der Assistenzeinsatz mit ausdrücklichem Verweis auf die besonderen Verpflichtungen im Bereich der Schengen-Außengrenzsicherung. Doch selbst als dieses Argument seit 2007 mit der Erweiterung des Raumes ohne Binnengrenzkontrollen um mehrere OME-Staaten, deren Schengen-Reife nun frappierend offensichtlich wurde, nicht mehr zu halten war, ließ Österreich nicht von der militärischen Unterstützung des Grenzschutzes ab. Bis Dezember 2011 wurde der Assistenzeinsatz Schengeneinsatz (AssE/SchE) gefahren. Es scheint, als ließen sich alte Denkmuster, die zwischen über- und unterlegen, zwischen zugehörig oder eben nicht (ganz), zwischen West und Ost unterscheiden, nicht so einfach abschütteln.

Kontrollfreiheit und Kontrollverschärfung sind dabei zwei Seiten einer Medaille, die sich nicht auf etablierte „Mental Maps“ beschränkte, sondern dem Schengen-Prozess als solchem immanent sind. Grenzkontrollen werden nur zwischen den Mitgliedstaaten abgeschafft, aber eben nicht völlig. De facto werden sie auf Basis eines Vertrauens in die Partner verlagert. Die Ambivalenzen sind da, werden aber zunehmend an die Peripherie des Blickwinkels gedrängt. Nachdem seit 2007 mit Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien die Nachbarn im Osten, kurz darauf mit der Schweiz (2008) und Liechtenstein (2011) auch die Anrainer im Westen zu den Schengen-Vollanwenderstaaten zählen, ist Österreich an seinen Landgrenzen komplett kontrollfrei. Dass gleichzeitig in der Wahrnehmung einiger eine



9) Aufgrund des Wegfalls der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes kann man in der polnisch-tschechischen Doppelstadt Cieszyn-Cesky Tešín (ehemals Teschen) wieder ungehindert über die Brücke spazieren, die über den Grenzfluss Olsa führt.

„Festung Europa“ entstanden ist, kann weniger durch eigenes Erleben als vielmehr durch mediale Berichterstattung oder Partizipation am politischen Diskurs nachvollzogen werden.

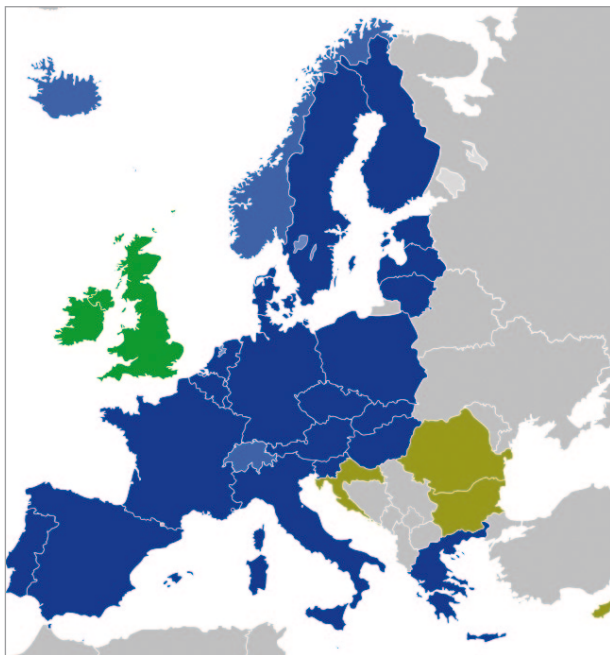
In Zeiten gestiegenen Migrationsdruckes ist die Außengrenzsicherung nicht unumstritten. Einerseits existieren seit Jahren Vorwürfe, dass nicht alle Schengen-Mitglieder ihre Aufgaben hinreichend zuverlässig (und annähernd menschenwürdig) erfüllen. Griechenland und vor allem Italien stehen hier massiv in der Kritik. Als Reaktion gab es wiederholt Forderungen nach der befristeten Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen, kurzzeitig gab es sie vereinzelt sogar. Allerdings standen dahinter Symbolpolitik und Populismus. Andererseits steigen angesichts verunglückter „Bootsflüchtlinge“ und der desolaten Lage in einigen afrikanischen Staaten Forderungen nach einer Hilfs- und Willkommenskultur, die auch auf die Praxis des Grenzschutzes Auswirkungen haben. Indes sind solche Ansprüche primär an die verantwortlichen Behörden in den europäischen Staaten adressiert. Schengen selbst ist davon nur bedingt betroffen, denn es regelt die Durchführung von Kontrollen als Instrument einer Ausländerpolitik, die zwischen Zuwanderungsbedarf sowie mitmenschlicher Asylgewährung auf der einen und den Grenzen der Integrationskraft auf der anderen Seite jongliert. Sie war in vielen europäischen Staaten daher lange eine Abschreckungspolitik, wie etwa auch die Assistenzeinsätze zeigen. An sich ist sie es noch immer und wird es bis zu einem modernen Einwanderungsrecht bleiben.

Das lässt sich auch an der Integration und Weiterentwicklung der Schengen-Bestimmungen ablesen. Seit Inkraftsetzung des SDÜ im März 1995 gibt es nicht nur räumliche Erweiterungen, sondern auch die Überführung des Schengen-Besitzstandes in das Recht und in Teilen in die Zuständigkeit der EU, die durch den Vertrag von Amsterdam (1997, in Kraft 1999) erfolgt ist. Seine Weiterentwicklung wurde etwa mit dem Schengener Grenzkodex (EU-Regeln für den Grenzübertritt) von 2006, jüngst aber auch durch die Reformen von 2013 betrieben. Aufgrund anhaltender Diskussionen und eines Kompetenzgerangels zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten wurden Regeln beschlossen, mit denen die europäischen Institutionen gestärkt wurden. Das Europäische Parlament hat Anrecht auf eine stärkere Unterrichtung, die Kommission wird in die Evaluation der Grenzsicherung einbezogen. Die Mitgliedstaaten indes behalten nach wie vor ihre starke Position. Sind öffentliche Sicherheit und Ordnung in Gefahr

können sie auf vorübergehende Grenzkontrollen zurückgreifen, ebenso ist ihre Zustimmung zu Änderungen der Schengen-Regeln erforderlich. Da das Gewaltmonopol und die Hauptlasten bei ihnen liegen, ist das auch sinnvoll. Am stärksten im Fokus der Öffentlichkeit stand aber eine andere Bestimmung, nämlich die *Ultima Ratio*-Option: Bei einem längerfristigen Versagen der Außengrenzsicherung (mehr als 3 Monate) kann der Ministerrat auf einen Kommissionsvorschlag hin die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen bis zu zwei Jahren zulassen.

Mit der Reform ist vorübergehend vergleichsweise Ruhe eingeleitet. Zuvor waren Forderungen nach Grenzkontrollen schnell Streitthema und eine Spielwiese von Populisten jeglicher Couleur. Die einen wollten sie als vernünftige Reaktion auf objektive Probleme aufgrund eines populistischen *law and order*-Profilierungsstrebens, teilweise gar auch wegen des Fischens von Wähler/innenstimmen am rechten Rand der Gesellschaft oder einer entsprechenden Gesinnung. Die anderen bemühten reflexartig das Bild von der Axt, die an die Schengen-Erreungenschaften oder gar Europa selbst gelegt werde, und verkannten Bemühungen um ein Fortschreiten der Integration und eine Verbesserung der Schengen-Bestimmungen ebenso wie Hinweise auf wirtschaftliche Kosten und eine potentielle Überforderung der Bevölkerung durch Migration.

Es sind diese widerstreitenden Positionen, die Schengen so fruchtbar für den Erwerb und die Vertiefung historischer bzw. politischer Kompetenzen machen. Sie können durch Multiperspektivität und eine geeignete Quellenbasis dekonstruiert werden. Eine Beschränkung auf eine Rekonstruktion des Schengen-Prozesses im Sinne einer einseitigen Erfolgsgeschichte ist jedenfalls weniger vielversprechend als die Nutzung der aktuellen Situation, die von Schülerinnen/Schülern medial oder durch eigenes Reisen erlebt wird: An einigen Grenzen gibt es Schlagbäume, an anderen nicht. Manchmal wird an den Grenzen des eigenen Staates wegen Sport- und Politikereignissen kontrolliert, aber nur vorübergehend. Menschen wollen nach Europa, sind aber teilweise unerwünscht. Menschen brauchen Hilfe, scheitern aber an einem Grenzregime, das einige als „Festung“ bezeichnen. Das fordert die Sachkompetenz ebenso wie die Frage- und Urteilskompetenz heraus und kann für historisch-politisches Lernen nutzbar gemacht werden. Angesichts des vorerst weiter zu erwartenden Anstiegs an Migrantinnen/Migranten und der prognostizierten Reisendenzahlen – um 2030 werden 700 Millionen Grenzübertritte im Jahr erwartet – wird das Thema Grenzsicherheit jedenfalls nicht so schnell an Bedeutung verlieren.



- Fully participating Schengen members (EU member states which have implemented the Schengen Agreement)
- Associated Schengen members (non-EU member states which have implemented the Schengen Agreement)
- Other EU member states (EU member states which have not implemented the Schengen Agreement yet)
- EU member states which apply only some Schengen laws

10) Schengen-Raum 2015

Schengen und Österreich – ein Überblick

1984	Saarbrücker Abkommen (schrittweiser Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze)
1985	Schengener Übereinkommen (schrittweiser Abbau der Kontrollen an den Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und den BeNeLux-Staaten)
1989	Fall des Eisernen Vorhangs
1990	Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ mit konkreten Umsetzungsbestimmungen) Assistenzeinsatz Grenzraumüberwachung (AssE/GRÜ bis 2007)
1995	SDÜ in Kraft, Wegfall von Grenzkontrollen Beitritt Österreichs
1997	Vertrag von Amsterdam (Überführung des Schengen-Besitzstands in EU-Recht) SDÜ für Österreich in Kraft, Wegfall von Kontrollen an den Landgrenzen zu Deutschland und Italien
2005	Vertrag von Prüm (Schengen III)
2006	Schengener Grenzkodex
2007	Schengen-„Osterweiterung“: Wegfall von Kontrollen an den österreichischen Ostgrenzen Assistenzeinsatz nach Schengen-Erweiterung (AssE/SchE bis 2011)
2008/11	Schweiz/Liechtenstein als Schengen-Vollanwender: Wegfall von Kontrollen an Österreichs Westgrenzen
2013	Schengen-Reform

Tabelle 2: Zeitleiste vom Saarbrückner Abkommen zur Schengen-Reform 2013

LITERATUR

Baumann, Mechthild (2006). Der deutsche Fingerabdruck. Die Rolle der deutschen Bundesregierung bei der Europäisierung der Grenzpolitik. Baden-Baden.

Brait, Andrea; Pudlat, Andreas (2012). Mentale Barrieren. Österreich, die EU und der Osten. In: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Vol. 1, 4, 38–45.

Pudlat, Andreas (2015). Kriminalitätsbekämpfung und Migrationskontrolle in Zeiten des Umbruchs. Zum Grenzschutz in Österreich seit 1989. In: Tagungsband zum 26. Österreichischen Historikertag 2012 (erscheint 2015).

Pudlat, Andreas (2014). Kriminalitätsbekämpfung in Zeiten offener Grenzen. Österreichs Grenzräume im kriminalstrategischen Spannungsfeld. In: Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.). Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich. Wien/Köln/Weimar, 263–281.

Pudlat, Andreas (2014). Grenze(n) im Wandel. Zum Grenzschutz und Grenzbewusstsein seit 1945. In: Österreich und der Epochenbruch 1989 in Ostmitteleuropa. Politiken und Wahrnehmungen, Zeitgeschichte Vol. 41, Nr. 3, 136–149.

Pudlat, Andreas (2013). Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa. Hildesheim/Zürich/New York.

Taschner, Hans Claudius (1997). Schengen. Die Übereinkommen zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen von EU-Staaten. Baden-Baden.

1989 in den Memoiren zentraler Akteure⁶⁹

Marcus Gonschor

1. Einleitung

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) spielten während der Phase der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1989/90 als westliche Führungsmacht eine wichtige Rolle. Ausgehend von den autobiografischen Texten der US-Präsidenten Ronald Reagan (Reagan 1990) und George H. W. Bush, der „*A World Transformed*“ (Bush & Scowcroft 1998) gemeinsam mit seinem vormaligen Nationalen Sicherheitsberater Brent Scowcroft verfasst hat, sowie – um eine weitere Perspektive zu erhalten – jener des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl (Kohl 2004; Kohl 2005; Kohl 2007; Kohl 2009), wird im Folgenden einerseits die Wichtigkeit des gegenseitigen persönlichen Verhältnisses der Staatsmänner für die Gestaltung des politischen Prozesses und andererseits die Rolle der USA auf dem Weg zur deutschen Einheit im Kontext der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa rekonstruiert.

Während die Autobiografie Reagans zu einem großen Teil auch die Phasen seines Lebens thematisiert, bevor er im Januar 1981 als 40. US-Präsident inauguriert wurde, beschränken sich die Memoiren Bushs und Scowcrofts ausschließlich auf die Jahre 1989 bis 1991 – also nur einen Teil der bis 1993 dauernden Präsidentschaft. Kohl hat gleich mehrere Bände seiner Erinnerungen vorgelegt, wobei hier nur jener Band, der sich auf die Jahre 1982 bis 1990 bezieht, und jener Sonderband zur deutschen Einheit für die Analyse von Bedeutung sind. Genau diese Bände beziehen sich nämlich wie jener Bushs ausschließlich auf das Leben als Amtsträger und sind daher im Unterschied zu Reagans Autobiografie als Memoiren zu bezeichnen. In letzteren geht es nämlich viel weniger um „*die individuelle Lebensgeschichte*“, sondern um „*Gedanken, Erinnerungen und Beobachtungen meist einer Figur des öffentlichen Lebens zu ihrer Zeit, Begegnungen mit anderen Persönlichkeiten, der von ihr mitgestalteten Politik*“. (Wagner-Egelhaaf 2000, 6) Prinzipiell gilt für Memoiren – weniger für Autobiografien – das Prinzip des Belegens. Die Autoren erstreben „*eine möglichst exakte Rekonstruktion*“ der Vergangenheit. (Neumann 1970, 43–59) Sie verfügten über vielfältige Instrumentarien zur Unterstützung des rein kognitiven Erinnerungsprozesses. Autobiografien und Memoiren entstehen nicht aus der reinen Gedächtnisleistung, sondern gestützt auf zahlreiche Tagebücher, Briefkorrespondenzen, persönliche Aufzeichnungen, Gesprächs-

notizen, Reden, Interviews und auch offizielle Dokumente im Privatbesitz des jeweiligen ehemaligen Amtsträgers.

Die Autoren der in diesem Beitrag untersuchten Werke, also Reagan, Kohl und Bush/Scowcroft verweisen auch explizit im Vorwort ihrer Monografien darauf, dass ihre Darstellungen auf einem umfassenden Quellenkorpus und zuweilen sogar wissenschaftlicher Recherche bzw. Unterstützung beruhen. Persönliche Hilfen werden also nicht verschwiegen. (Bush et al. 1998, ix; Kohl 2004, 11 f.) Es lässt sich daher eine relative Transparenz im Umgang mit der Entstehung dieser autobiografischen Schriften konstatieren. Ob das jeweilige Werk indessen tatsächlich aus der Feder des qua Titel fixierten Autors, also des ehemaligen Akteurs, oder eines sogenannten „Ghostwriters“ oder „Eckermanns“ stammt, ist daher auch weniger bedeutsam. Da die Werke nämlich auf einem umfassenden Quellenkorpus basieren, anhand dessen sich frühere Eindrücke, Einstellungen, Empfindungen usw. rekonstruieren lassen und darüber hinaus die Akteure kraft ihres Namens für die Inhalte stehen – vergleichbar mit einer Rede, die auch nicht immer aus der Feder des Vortragenden Redners stammen muss –, ist die vermeintliche Existenz eines Nebenschreibers in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend. Schließlich ist der konkrete Einfluss eines solchen auch zumeist kaum nachweisbar. (Engelbrecht 1992, 67) Gleichwohl bedürfen die Memoiren natürlich eines quellenkritisch-methodischen Umgangs seitens des Historikers. In dem vorliegenden Beitrag erfolgt daher eine vergleichend-gegenüberstellende Untersuchung der retrospektiven Darstellungen Reagans, Kohls und Bushs/Scowcrofts mit Blick auf die oben angeführten Aspekte.

2. Die persönlichen Beziehungen zwischen Reagan und Kohl sowie Bush und Kohl

Der Aspekt der persönlichen Beziehungen wurde bislang generell aufgrund seiner schwierigen Mess- und Fassbarkeit sowie der mangelnden Operationalisierungsmöglichkeiten in der Forschung vernachlässigt – jedenfalls mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen.⁷⁰ Der Ansatz einer vergleichenden Memoirenanalyse kann hier Abhilfe leisten, da in Memoiren nicht selten wichtige Charakterisierungen und Hinweise auf persönliche Beziehungen zu finden sind.⁷¹

⁷⁰ Eine Studie, die versucht diesem Trend zuwiderzulaufen ist, Aschmann 2005.

⁷¹ Siehe auch die Dissertation des Autors. (Gonschor erscheint 2015)

⁶⁹ Der Text basiert auf Gonschor 2014.

Obleich klar ist, dass in der Frage der internationalen Beziehungen dem Faktor der persönlichen Verbindungen ein im Unterschied zu inhaltlichen Fragen relativer Stellenwert zugerechnet werden darf, gehört der Faktor „Chemie“ und das „miteinander Auskommen“ dennoch dazu.

Nach übereinstimmenden Angaben von Helmut Kohl und Ronald Reagan trafen sich beide zum ersten Mal bereits vor ihren jeweiligen Übernahmen des Präsidenten- beziehungsweise Kanzleramtes. Kohl erinnert sich etwa an ein Treffen im Jahr 1978. Diese Zusammenkunft war aber nicht die einzige, bevor beide Politiker ihr Spitzenamt erreicht hatten. (Kohl 2004, 582) Von Reagan erfahren wir, dass sich die beiden am 15. November 1982 bereits zum fünften Mal trafen. (Reagan 1990, 560) Wie Reagan kannte Kohl auch George Bush bereits persönlich, als dieser als 41. US-Präsident am 20. Januar 1989 ins Weiße Haus einzog. Immerhin amtierte der Texaner schon zwei Legislaturperioden als Reagans Vizepräsident von 1981 bis 1989. Während dieser Phase sind sich der Amerikaner und Kohl verschiedentlich begegnet. (Kohl 2004, 192; Bush et al. 1998, 64)

3. Die USA, die Einheit Deutschlands und die Transformation Europas

3.1 Einschätzungen zu den Umbrüchen in Osteuropa

Die deutsche Frage wurde für den 40. US-Präsidenten erst seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im März 1985 „wieder interessant“, während sie zuvor „zum politischen und deklamatorischen Ritual“ degeneriert war. (Hacke 2001, 44) Ronald Reagan selbst führt den Beginn des Wandels gegen Ende der 1980er-Jahre auf Veränderungen innerhalb der UdSSR zurück. Gorbatschow habe aus Selbsterhaltungstrieb und aufgrund der Erfahrungen mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl einen Wandel angestoßen. (Reagan 1990, 708) Kaum ein Wort verliert Reagan in „An American Life“ hingegen über den von Seiten der Bevölkerung in den Staaten Mittel- und Osteuropas ausgehenden Druck – ganz im Gegensatz zu Bush und Scowcroft. (Bush et al. 1998, 112–126) Insbesondere mit Blick auf die Berücksichtigung der DDR spiegelt Reagans „An American Life“ die grundsätzliche Einstellung Washingtons gegenüber Ost-Berlin: Zumeist bewegte sie sich im „Schatten der Bundesrepublik“⁷² beziehungsweise

in „Bonns Schatten“. (Ostermann 2001, 152–162) Wenn überhaupt verwendet Reagan in seinen Darstellungen Ostdeutschland rein funktional, um den Kommunismus insgesamt zu verdammen.⁷³

Wenige Monate nach dem Ausscheiden Reagans aus dem Weißen Haus hatte Ungarn im Mai 1989 mit dem Abbau der Grenzanlagen zu Österreich begonnen.⁷⁴ Auch in Polen gab es starke Bestrebungen zu mehr Reformen.⁷⁵ Aus Sicht der Bush-Regierung waren diese beiden Staaten die am weitesten fortgeschrittenen und qualifiziertesten Länder im Hinblick auf einen Wandel des kommunistischen Systems. Genau deshalb wurde in Washington beschlossen, dass der Präsident diesen Ländern nicht nur einen symbolischen Besuch im Sommer 1989 abstatten, sondern gleichfalls auch wirtschaftliche Unterstützung in Aussicht stellen sollte. (Bush et al. 1998, 112)

Obwohl Gorbatschow während seiner Rede in Straßburg am 6. Juli 1989 angedeutet hatte, dass Moskau nicht in die Reformen und Transformationsprozesse in den mittelosteuropäischen Staaten eingreifen wolle, zweifelten Bush und Scowcroft nach wie vor an Gorbatschows Aufrichtigkeit, da der sowjetische Generalsekretär sein Bekenntnis zu einer sozialistischen Zukunft Ostmitteleuropas beibehielt. (Bush et al. 1998, 114 f.) Ein sichtbares Zeichen der Entspannung war die mehrfache, wenn auch nicht ganz eindeutige Widerrufung der sogenannten Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow während einer Konferenz des Warschauer Paktes im Juli 1989. (Jones 2009, 256 f.) Die US-Regierung terminierte das Ende der Breschnew-Doktrin auf Sommer 1989, stellte aber gleichzeitig eine tiefe Spaltung des östlichen Bündnisses fest – in reformorientierte Staaten wie Ungarn und Polen auf der einen und reaktionäre Staaten wie die Tschechoslowakei, Rumänien und die DDR auf der anderen Seite. (Bush et al. 1998, 115)

Vom 9. bis 13. Juli 1989 erfolgte schließlich der Besuch des US-Präsidenten in Polen und Ungarn. Wojciech Jaruzelski wurde als Stabilitätsfaktor eingestuft, der eine „smooth transition“ in Polen ermöglichen sollte. (Bush et al. 1998, 117) Dies und die Befürchtung, dass zu rasche Veränderungen zu offenem Widerstand führen könnten, (Bush et al. 1998, 115)

⁷³ Vgl. etwa: Reagan 1990, 555. An der Stelle taucht übrigens Österreich das einzige Mal in seinen retrospektiven Darstellungen auf.

⁷⁴ Bush; Scowcroft 1998, 145 berichten von der Grenzöffnung zwischen Österreich und Ungarn seit Mai 1989.

⁷⁵ Vgl. dazu u.a. den Beitrag von Michael Gehler in diesem Heft, 7-14.

⁷² Ostermann folgert, dass die DDR nur eine „untergeordnete Bedeutung“ für Washington spielte, sie wohl aber ein wichtiger „Faktor“ in der „Deutschland- und UdSSR-Politik“ der Vereinigten Staaten war. (Ostermann 1997, 250)

fürten dazu, dass sich das Weiße Haus für die Präsidentschaftskandidatur des für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 zuständigen Kommunisten General Wojciech Jaruzelski im Sommer 1989 aussprach. Darüber hinaus bot der US-Präsident den Polen „*limited proposals for economic support*“ an, (Bush et al. 1998, 120) was er ebenso während seines anschließenden Aufenthaltes in Ungarn tat. Im Gegenzug für die gesetzliche Regelung der Reisefreiheit in Ungarn sollte Budapest wirtschaftliche Hilfen in der Höhe von mehreren Millionen US-Dollar sowie den bilateralen Handel begünstigenden Status als „*most-favored-nation (MFN)*“ erhalten. (Bush et al. 1998, 125 f.)

Ungarn spielte eine wichtige Rolle mit Blick auf die dorthin und in die Tschechoslowakei geflüchteten DDR-Bürger/innen. Ende August 1989 erfolgte ein Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh in Bonn bei Kanzler Kohl, um über die Möglichkeit der Öffnung der ungarischen Westgrenze zu sprechen. Mit dieser Initiative, die gleichfalls auf wirtschaftliche Unterstützung des Westens abzielte, sei der „*Anfang vom Ende des SED-Regimes*“ eingeleitet worden, konstatiert Kohl in der Retrospektive. (Kohl 2009, 46) Nachdem Budapest am 10. September 1989 tatsächlich die Grenzen zu Österreich geöffnet hatte und die Ostdeutschen die Grenze passieren konnten, verließ dieser Schritt der deutschen Frage auch aus Washingtoner Sicht einigen Aufschwung. Für den Nationalen Sicherheitsberater Scowcroft barg die Massenausreise ostdeutscher Bürger/innen gar die Frage der deutschen Einheit. (Bush et al. 1998, 146) Washington hatte allerdings noch keine konkrete Position in Bezug auf eine eventuelle deutsche Einheit. (Bush et al. 1998, 83) Dass man hier noch keine detaillierte Konzeption entwickelt hatte, passte zudem in das Bild von der Washingtoner Unklarheit über Gorbatschows wahre Absichten und Ziele. (Bush et al. 1998, 114 f.)

Während Bush und Scowcroft die Implikationen der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze mit Blick auf die deutsche Frage reflektieren, äußern sie sich mit keinem Wort zur Rolle der österreichischen Politik und Diplomatie in diesem Kontext. Wie auch in Reagans Autobiografie wird in „*A World Transformed*“ kein einziger österreichischer Akteur namentlich erwähnt. Anders formuliert: Österreichs Rolle während der Umbruchphase 1989 wird in der Rückschau gänzlich marginalisiert. Im Gegensatz dazu wird aber die Bedeutung des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh, ein „*Reformer*“, wie Scowcroft rückblickend meint, positiv bewertet. (Bush et al. 1998, 38) Diese positive Einschätzung der Rolle Ungarns wird auch von Kohl in seinen Erinnerungen geteilt. (Kohl 2009, 47–50) Obwohl der Ludwigshafener im



11) Paneuropäisches Picknick

Gegensatz zu Bush und Scowcroft wenigstens einmal den österreichischen Außenminister Alois Mock im Kontext der symbolischen Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze am 28. Juni 1989 anspricht, geht auch er nicht näher auf die Rolle der Wiener Politik in diesem Kontext ein. Wohl aber thematisiert er kurz die Bedeutung Österreichs für die über Ungarn geflohenen Ostdeutschen in Folge des „*Paneuropäische[n] Picknick[s]*“ vom 19. August 1989. Mit Blick auf Letzteres notiert Kohl:

„*Es war eine großartige Sache, die immer auch mit dem Namen Otto von Habsburg verbunden bleiben wird. Als während des Picknicks – wie vorgesehen – für kurze Zeit der Grenzzaun geöffnet wurde, rannten Hunderte Menschen einfach über die ungarische Grenze nach Österreich. Ermöglicht hatte dies Miklós Németh, der über mehrere Kilometer die Grenzposten hatte abziehen lassen.*“ (Kohl 2009, 39)

3.2 Einschätzungen zur Politik nach dem Mauerfall und zur deutschen Frage

Am 9. November 1989 billigte schließlich auch das SED-Regime in Ost-Berlin den DDR-Bürgerinnen/Bürgern offiziell weitgehende Reisefreiheitsrechte, die zu einem Ansturm auf die Grenzen führten. Infolge des Mauerfalls kam es nunmehr aus übereinstimmender Sicht der Akteure Bush und Kohl darauf an, möglichst deeskalierend zu handeln und einen weiteren Massensexodus von Ost- nach Westdeutschland zu verhindern. (Kohl 2005, 954) Insofern blieb Washington bei der bereits während der Reisen Bushs nach Polen und Ungarn praktizierten Taktik, einerseits kein rhetorisches Öl ins Feuer zu gießen, andererseits aber die demokratischen Bestrebungen in Mittel- und Osteuropa auch nicht zu marginalisieren. (Bush et al. 1998, 148, 150)

Das Ziel der Regierung Bush nach dem Fall der Mauer blieb es, „den Prozeß der Entspannung nicht zu gefährden“, etwa indem man den Reformkommunisten Gorbatschow innenpolitisch nicht in Gefahr brachte. Es galt, offiziell „jeden Triumphruf über den Fall der Mauer und den Zerfall der Sowjetmacht in Europa“ zu unterlassen. (Schwabe 2011, 415 f.) Der Präsident und sein Sicherheitsberater betonten in der Rückschau insbesondere die innenpolitischen Gefahren für Gorbatschow, die sich aus einem Verlust der DDR ergeben konnten. Hier war man sich im Unklaren, was die Zukunft bringen würde. (Bush et al. 1998, 190)

Trotz der offiziellen „strategic silence“ (William Forrest Harlow zitiert nach: Paterson, Clifford, Maddock, Kisatsky & Hagan 2010, 443) der US-Regierung stand für Bush aber außer Frage, dass den Deutschen – wie auch allen Völkern Europas – ein Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt werden müsse. Helmut Kohl hatte nach dem Mauerfall kaum Zweifel an dieser Haltung des US-Präsidenten:

„Bush verstand sehr genau, dass der Westen die Deutschen tief enttäuschen, ja verstören würde, wenn er sich ihre berechnete Forderung nach Selbstbestimmung nicht zu eigen machte. Schließlich hatten die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik genau diese Unterstützung seit Abschluss des Deutschlandvertrages im Jahr 1952 immer wieder für den Tag X zugesichert. Nun war der Augenblick gekommen.“ (Kohl 2005, 989)

Aus den westeuropäischen Nachbarländern der Bundesrepublik wurde Washington aber signalisiert, dass die deutsche Frage nicht von akuter Dringlichkeit sei. Der Faktor Zeit wurde aus Sicht von Bush und Kohl in zweierlei Hinsicht wichtig – Verzögerung und Gelassenheit beziehungsweise Schnelligkeit und Druck. Es kam auf die Balance und die richtige Dosierung an. Aus Kohls Sicht war es von Bedeutung, mit seinem Zehn-Punkte-Plan von Ende November 1989 in die „Offensive“ – also in Richtung deutscher Einheit – zu gehen. (Kohl 2009, 108) Im Kontext der Verkündung dieses Planes war man in Washington damit beschäftigt, den amerikanisch-sowjetischen Gipfel auf Malta, der für Anfang Dezember 1989 angesetzt war, vorzubereiten. Aus Sicht des Weißen Hauses war Kohls „Offensive“ auch als Zeichen für den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gipfel zu verstehen: „It was clear he wanted to be sure that Gorbachev and I did not come to our own agreement on Germany's future, as had Stalin and Roosevelt in the closing months of World War II.“ (Bush et al. 1998, 194) Kohl teilte diese Einschätzung. Er versuchte, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, Bush davon zu überzeugen, „in Malta keinen Festlegungen zuzustimmen, die den Handlungsspielraum unserer



12) Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989

Deutschlandpolitik einschränken könnte“ und versicherte zugleich, dass Bonn friedliche und keine revanchistischen beziehungsweise revisionistischen Ziele verfolge wie es auch keinen nationalen Alleingang anstrebe. (Kohl 2005, 998)

Einen Tag nach einem bilateralen Treffen zwischen Bush und Kohl Anfang Dezember 1989 begann der NATO-Gipfel in Brüssel. Hier wurde öffentlich gemacht, was der US-Präsident und der deutsche Bundeskanzler bereits intern am Tag zuvor festgestellt hatten, nämlich eine deutsch-amerikanische Interessensübereinstimmung in der deutschen Frage. Brent Scowcroft teilt diese Meinung und sieht in dem tags zuvor stattgefundenen Treffen zwischen Präsident und Kanzler einen „turning point“. (Bush et al. 1998, 195) Gemeinsam mit Bush legte Kohl – dieses Bild zeichnen zumindest die Memoiren der Akteure – in der weiteren Folge dann die grundsätzliche Strategie fest: Es sollte eine deutsche Einheit im Rahmen der europäischen Einheit und innerhalb der NATO-Strukturen verwirklicht werden. Auch der Historiker Klaus Schwabe hält fest, dass in Brüssel im westlichen Bündnis eine generelle „Übereinstimmung“ erzielt wurde, bei der die deutsche Seite den amerikanischen Konditionen „für eine schrittweise deutsche Wiedervereinigung“ zustimmte (vor allem NATO-Mitgliedschaft) und die amerikanische Seite den Verbleib von US-Truppen in Europa als Sicherheitsgarantie zusagte. Diese Botschaft war insbesondere an die Adressen von London und Paris gerichtet. (Schwabe 2011, 417)

Mit der konkreten Gestaltung der Einheit Deutschlands konnte erst ab Februar 1990 begonnen werden, was Kohl auf die „dramatische Wende“ von Moskau zurückführt. (Kohl 2009, 190) Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR Hans Modrow hatte Ende Januar 1990 und damit nur wenige Tage vor

einem Besuch Kohls in Moskau der sowjetischen Führung die aussichtslose Lage der DDR geschildert und in seinem Konföderationsplan „Für Deutschland, einig Vaterland“ die „militärische Neutralität“ beider Vertragsstaaten, also Bundesrepublik und DDR, vorgeschlagen. (Görtemaker 2004, 366) Aus westlicher Perspektive war eine Neutralität Deutschlands allerdings vollkommen inakzeptabel. Nur wenige Tage vor der Präsentation des Modrowschen Plans hatte etwa der französische Staatspräsident François Mitterrand dem amerikanischen Präsidenten mitgeteilt: „We cannot allow the neutralization of Germany.“ Auch Margaret Thatcher lehnte eine gesamtdeutsche Neutralität ab, da diese die westeuropäische Sicherheitsarchitektur vollkommen zerstört hätte, wie Bush betont. (Bush et al. 1998, 211 f.)

Der US-Präsident hatte nach eigenen Angaben keinen Zweifel an der absolut loyalen Haltung des deutschen Kanzlers zum Westen: Außer Frage stand für ihn zudem, dass sich Deutschland längst auf dem Weg zur Einheit befand. (Bush et al. 1998, 213) Kurz vor dem geplanten Besuch Kohls bei Gorbatschow war aber noch US-Außenminister James Baker in Moskau zu Gast – und zwar auch um Neutralitätsplänen für ein Gesamtdeutschland, wie etwa kurz zuvor von Hans Modrow lanciert, umgehend eine Absage zu erteilen. (Bush et al. 1998, 214) In einem die Aussprachen in der sowjetischen Kapitale zusammenfassenden Brief an den deutschen Kanzler erklärte Baker, „dass Gorbatschow und Schewardnadse die Einheit Deutschlands nunmehr als unabwendbar ansähen“. Zudem hatte Baker Moskau gegenüber präjudizierend deutlich gemacht, „dass die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der US-Administration eine deutsche Neutralität strikt ablehne“ und „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ angeregt habe. Für Kohl war das Ergebnis seiner anschließenden Besprechungen mit Generalsekretär Gorbatschow auch nicht zu verachten: Zwar konnte (noch) keine Übereinkunft hinsichtlich des militärischen Status eines vereinigten Deutschlands erzielt werden, wohl aber in Bezug auf den „Zwei-plus-Vier-Prozess“ und dahingehend, dass „die inneren Aspekte der deutschen Einheit selbst zu regeln“ sind. (Kohl 2009, 199) Für das Weiße Haus war insbesondere der „Zwei-plus-Vier-Modus“ ein zentraler Aspekt auf dem Weg zur Einheit. Die von britischer Seite etwa vorgeschlagene Lösung im KSZE-Rahmen lehnte Washington dagegen strikt ab. (Bush et al. 1998, 236)

Kurz nach der Rückkehr aus Moskau sah Kohls Terminkalender für Mitte/Ende Februar 1990 ein weiteres Gespräch mit Präsident Bush in Camp David vor. Nicht nur daran zeigt sich die aus amerikanischer Sicht der Bundesrepublik beigemessene zentrale Rolle während der Phase der

Umbrüche von 1989/90. Bush drängte hier auf ein entschiedenes Bekenntnis Kohls zur Unverrückbarkeit der polnischen Westgrenze und zum wiederholten Male auf „a firm commitment from Kohl that the FRG would seek full membership in NATO for a united Germany“. (Bush et al. 1998, 248)

Letzterer Punkt schien dem US-Präsidenten wohl auch deshalb so wichtig zu sein, da in einer publizierten Meinungsumfrage vom 15. Februar 1990 ganze 58 Prozent der Bundesdeutschen eine Neutralität eines vereinten Deutschlands bejaht hatten. (Zelikow & Rice 1997, 286) Von der Frage der künftigen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands hing nämlich auch zu einem großen Teil die militärische Bindung der Vereinigten Staaten an den europäischen Kontinent ab, schließlich lagen (und liegen noch immer) gerade auf bundesrepublikanischem Territorium diverse US-Truppenstützpunkte. (Bush et al. 1998, 230 f.) Während des Treffens in Camp David sollte Kohl aber gewisse Irritationen bei Bush auslösen, weil er gerade jene Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland mit einem eigenen Vorschlag zu gefährden schien. Kohl geht in seinen „Erinnerungen“ im Unterschied zu Bush im Übrigen nicht auf diesen Aspekt ein: In Bezug auf den künftigen militärischen Status des vereinigten Deutschlands hatte der Kanzler die Option zur Sprache gebracht, ob es sinnvoll sei, einen ähnlichen Status wie Frankreich in der NATO anzustreben, das heißt außerhalb der militärischen Strukturen. Das waren schockierende Vorstellungen für Bush, der nichts anderes als eine volle NATO-Mitgliedschaft Deutschlands anstrebte. (Bush et al. 1998, 252 f; vgl. u.a. auch: Zelikow et al. 1997, 302) Kohl hingegen spricht in seinen Darstellungen generell davon, dass für ihn „die deutsche Nato-Mitgliedschaft und die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa und Deutschland elementare Voraussetzung für die Sicherheit des Kontinents“ gewesen seien und erwähnt mit keinem Wort seine Gedankenspiele hinsichtlich der Abstinenz eines geeinten Deutschlands in den militärischen Strukturen der NATO – so wie dies vor allem auch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher befürwortet wurde. (Kohl 2009, 217–219) Tatsächlich vertraten Kohl und Bush auf der abschließenden Pressekonferenz dann aber eine gemeinsame, nämlich die amerikanische Position, dass „a united Germany should remain a full member of the North Atlantic Treaty Organization including participation in its military structure“. (Bush et al. 1998, 255)

Scowcroft spricht nach diesem Treffen in Bezug auf die Kooperation zwischen Präsident und Kanzler dann – fast schon glorifizierend – vom „Bush-Kohl train“. (Bush et al. 1998, 257) Aber auch Kohl teilt diese Meinung und erwähnt „eine

gewisse Arbeitsteilung“ zwischen Washington und Bonn: Die USA sollten innerhalb der NATO vor allem London zum Einlenken bewegen, während die Bundesrepublik innerhalb der EG insbesondere auf Frankreich einwirken sollte. (Kohl 2009, 218–220; Zelikow et al. 1997, 302) Washington vertraute des Weiteren auch den mündlichen Zusagen Kohls in der Grenzfrage. (Zelikow et al. 1997, 293) Auf westlicher Seite stand damit hinsichtlich der äußeren Aspekte der Einheit eine weitestgehend gemeinsame deutsch-amerikanische Position, ja eine „Maximalposition“, wie Kohl schreibt, (Kohl 2009, 218) fest.

Der wohl entscheidende Punkt war nun, den neben Bush wichtigsten Akteur hinsichtlich der deutschen Einheit von der westlichen Position – einer vollen NATO-Mitgliedschaft eines Gesamtdeutschlands – zu überzeugen: Michail Gorbatschow. Ein erster Durchbruch gelang während des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens in Washington Ende Mai 1990. Hier wurde Bush zum „Wegbereiter“ für die Einheit Deutschlands, wie Kohl dies zu Recht feststellt. (Kohl 2009, 297) Dramatischer als der Ludwigshafener schildert freilich Bush das Treffen mit Gorbatschow, schließlich hatte der Generalsekretär des ZK der KPdSU eine Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands im westlichen Militärbündnis zuvor noch kategorisch ausgeschlossen. (Bush et al. 1998, 282)

Die finale Übereinkunft mit Gorbatschow konnte Kohl aus seiner Sicht dann während des Treffens im Kaukasus Mitte Juli 1990 erreichen, als die sowjetische Führung um Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse den westlichen Standpunkt der Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO akzeptierte – nicht zuletzt auch im Gegenzug für massive wirtschaftliche Hilfe durch die Bundesrepublik. Bonn gestand Moskau zudem zu, „dass sich die Nato-Strukturen auch nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland nicht auf dieses Gebiet erstrecken dürften“, (Kohl 2009, 341) was Bush dem Kanzler schon im Februar 1990 als mögliche Option eröffnet hatte.

4. Resümee

Im Hinblick auf die Jahre 1989/90 spielt die deutsche Einheit im Rahmen der Umbrüche in Europa sowohl aus Kohls wie Bushs und Scowcrofts retrospektiver Sicht eine entscheidende Rolle, obgleich die deutsche Frage und die Antwort darauf immer wieder in Interdependenz zu den parallelen Transformationsprozessen in Europa insgesamt gesetzt werden (müssen): Die Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich war mit Blick auf die Beschleunigung der Ereignisse in der DDR von zentraler Bedeutung, wie sich auch

die litauische Unabhängigkeitserklärung im März 1990 auf den Einheitsprozess Deutschlands auszuwirken drohte.⁷⁶ Zunächst nämlich hatte sich Washington vornehmlich auf Polen und Ungarn konzentriert. (Bush et al. 1998, 300)

Die Rolle des neutralen Österreichs in diesem europäischen Transformationsprozess wird derweil sowohl von den US-Präsidenten Reagan und Bush als auch von Bundeskanzler Kohl in deren autobiografischen Darstellungen kaum thematisiert, sondern vielmehr marginalisiert. Stattdessen wird ein Schwerpunkt auf das deutsch-amerikanische Zusammengehen in dieser Phase gelegt. Entscheidend aus amerikanischer Sicht war es nämlich, die bisherige NATO-Sicherheitsarchitektur nicht durch die umwälzenden Veränderungen zu gefährden, sondern sie allenfalls für die eigenen Ziele zu nutzen. Washington konnte sich während dieser Phase auf keine strategische Konzeption stützen, sondern handelte zumeist ad hoc. (Bush et al. 1998, 300)

Was ferner sowohl in Ansätzen in Reagans Darstellungen, als auch vor allem in Bushs und Kohls Erzählungen sehr deutlich wird, ist die Wichtigkeit des ständigen persönlichen Austausches untereinander in dieser schwierigen und bisweilen chaotischen Phase der Umbrüche in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Der ständige Kontakt gründete im Falle Bushs und Kohls wie zuvor auch Reagans und Kohls nach eigenem Dafürhalten zudem auf jahrelangem gegenseitigen Vertrauen, Sympathie und identischer politischer



13) Denkmal „Väter der Einheit“, Rudi-Dutschke-Straße in Berlin-Kreuzberg

⁷⁶ Zu diesem Schluss gelangt auch Wirsching 2008.

Überzeugung. Umgekehrt trug auch der ständige transatlantische Austausch zur gegenseitigen Vertrauensbildung bei. Ausgehend von den Memoiren des Kanzlers und jener der Präsidenten waren die Grundvoraussetzungen für solide persönliche Beziehungen gegenseitige Aufgeschlossenheit, Vertrauen, „Chemie“ und die grundsätzliche politische Übereinstimmung – insbesondere der Glaube an die NATO. Festzuhalten bleibt mit Blick auf die persönlichen Verbindungen dieser Akteure: Alle drei Politiker hatten bereits, bevor sie ihr höchstes Amt erreichten, persönliche Kontakte zu internationalen Akteuren hergestellt, die ihrerseits entweder bereits ein wichtiges politisches Amt innehatten oder es möglicherweise erlangen könnten. All das taten sie, weil sie persönlich-vertrauensvolle Beziehungen zu internationalen Akteuren als wichtiges Element der globalen Politik begriffen.

Es ist in der Tat so, dass die Akteure rückblickend zu meist für sich „die Rolle des eigentlichen Vaters des Erfolgs“ beanspruchen (Wolfrum 2007, 442), allerdings unterlassen sie es auch nicht, die weiteren Akteure, neben Kohl und Bush vor allem Gorbatschow, die jeweiligen Außenminister und so weiter in ihre Geschichten einzuordnen und deren Beitrag (mehr oder weniger) zu thematisieren. Sie schildern ihre Erlebnisse auf der höchsten politischen Ebene. Ausgehend von den vergleichenden Untersuchungen der Memoiren der zentralen Akteure kann somit das bereits von Werner Weidenfeld formulierte Diktum hinsichtlich der Bedeutung von Einzelakteuren im Kontext der deutschen Einheit gestützt werden:

„Erst die strukturellen Rahmenbedingungen ermöglichten die Wiedervereinigung. Zielrichtung und Geschwindigkeit des Prozesses wurden allerdings ungewöhnlich stark vom Zusammenspiel der beteiligten Spitzenpolitiker beeinflusst.“ (Weidenfeld 1998, 638)

LITERATUR

Aschmann, Birgit (Hg.) (2005). Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (Historische Mitteilungen 62). München.

Bush, George; Scowcroft, Brent (1998). A World Transformed. New York.

Engelbrecht, Jörg (1992). Autobiographien, Memoiren. In: Rusinek, Bernd-A.; Ackermann, Volker; Engelbrecht, Jörg (Hg.). Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt Neuzeit. Paderborn, 27–43.

Gonschor, Marcus (2014). Die USA und der Umbruch in Mittel- und Osteuropa 1989/90. Eine Analyse der autobiographischen Darstellungen von Ronald Reagan, Helmut Kohl und George H. W. Bush/Brent Scowcroft. In: Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.) (2014). Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich. Wien/Köln/Weimar, 163–183.

Gonschor, Marcus (erscheint 2015). Politik der Feder. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis 1990 im Spiegel der Erinnerungen von US-Präsidenten und Bundeskanzlern (Historische Europa-Studien – Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft 19). Hildesheim.

Görtemaker, Manfred (2004). Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Hacke, Christian (2001). Die USA und die deutsche Frage. In: Junker, Detlef (Hg.). Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990 in zwei Bänden, Bd. II: 1968–1990. Stuttgart/München, 35–45.

Jones, Christopher (2009). Gorbačevs Militärdoktrin und das Ende des Warschauer Paktes. In: Diedrich, Torsten; Heinemann, Winfried; Ostermann, Christian F. (Hg.). Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991. Bonn, 245–271.

Kohl, Helmut (2004). Erinnerungen 1930–1982. München.

Kohl, Helmut (2005). Erinnerungen 1982–1990. München.

Kohl, Helmut (2007). Erinnerungen 1990–1994. München.

Kohl, Helmut (2009). Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen. München.

Neumann, Bernd (1970). *Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie*. Frankfurt am Main.

Ostermann, Christian (2001). In Bonns Schatten: Die Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin. In: Junker, Detlef (Hg.). *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990* in zwei Bänden, Bd. II: 1968–1990. Stuttgart/München, 152–162.

Ostermann, Christian F. (1997). Im Schatten der Bundesrepublik: Die DDR im Kalkül der amerikanischen Deutschlandpolitik 1949–1989/90. In: Larres Klaus; Oppelland, Torsten (Hg.). *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*. Darmstadt, 230–255.

Paterson, Thomas G.; Clifford, J. Garry; Maddock, Shane J.; Kisatsky, Deborah; Hagan, Kenneth J. (2010). *American Foreign Relations. Volume 2. A History Since 1895*. Boston.

Reagan, Ronald (1990). *An American Life. The Autobiography*. New York/Toronto/London/Sydney.

Schwabe, Klaus (2011). *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte, 3. ergänzte und erweiterte Auflage*. Paderborn.

Wagner-Egelhaaf, Martina (2000). *Autobiographie*. Stuttgart/Weimar.

Weidenfeld, Werner (1998). *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*. Stuttgart.

Wirsching, Andreas (2008). 1989. Die Mauer fällt. Das Ende des doppelten Deutschlands. In: Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hg.). *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*. Bonn, 357–374.

Wolfrum, Edgar (2007). *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Bonn.

Zelikow, Philip; Rice, Condoleeza (1997). *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*. Berlin.

Fachdidaktischer Teil

Unterrichtsbeispiele

Umbrüche und Grenzöffnungen 1989 im Unterricht

Andrea Brait, Alfred Germ, Lisa Mayer, Andreas Pudlat, Rebecca Schumnig

1. Konzeptive Überlegungen zur Gestaltung didaktischer Szenarien

Die Bedeutung der Umbrüche, die 1989 ihren Ausgang genommen haben, ist allgemein anerkannt. Sie veränderten die Staatenwelt nachhaltig: Das Ende des bipolaren Systems mit zwei sich gegenüberstehenden politischen und wirtschaftlichen Ideologien war besiegelt und die Regime in den sogenannten „Ostblockstaaten“ konnten sich nicht mehr halten. 25 Jahre später erscheint der Begriff „Kalter Krieg“ als Schreckgespenst, insbesondere im Zuge der Debatten um den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland seit 2014. (u.a. Fischer 2014)

Obwohl Österreich seit 1955 neutral und damit in keine der Machtblöcke offiziell eingebunden ist, haben sich die Veränderungen auch hier ausgewirkt. Der Staat verstand sich als „*Makler zwischen den Blöcken*“ (Fröhlich-Steffen 2003, 189) und auch die Bevölkerung assoziierte mit Österreich eine „*Brücke zwischen Ost und West*“, wie Meinungsumfragen in den Jahren 1964, 1980 und 1987 ergaben (Bruckmüller 1994, 133). Die Veränderungen der Staatenkonstellation führten zu einer Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik. Gleichsam wurden die Bestrebungen um einen EG-Beitritt Österreichs und eine damit verbundene Orientierung nach Westen deutlich: Im Juli 1989 überreichte der damalige Außenminister Alois Mock dem Präsidenten des EG-Minister Rates Roland Dumas den berühmten „Brief nach Brüssel“, in dem Österreich einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellte, womit eine Orientierung nach Westen deutlich gemacht wurde. (u.a. Gehler 2005, 638–656)

Die Umbrüche des Jahres 1989 und das Ende des Kalten Krieges sind zentrale Themen für die Geschichts- und Politikdidaktik, die auch in vielen österreichischen Schulbüchern thematisiert werden. Das 2014 neu erschienene Werk „GO! Geschichte Oberstufe 8“ (Melichar, Plattner & Rauegger-Fischer 2014b) widmet sich in einem eigenen Kapitel „Das Jahr 1989 und seine Folgen“ dem Ende des Kalten Krieges und den Auswirkungen auf die weltpolitischen Konstellationen⁷⁷ und

⁷⁷ Die Unterkapitel heißen „Das Ende des Kalten Krieges“, „USA – Anspruch und Last internationaler Führung“, „Al-Qaida – Aufstieg eines Terrornetzwerkes“, „Change – Barack Obama“ sowie „Die UNO nach dem Ende der bipolaren Ordnung“. (Melichar et al. 2014b) Bereits in „GO! Geschichte Oberstufe 7“ findet sich das Kapitel „Letzter Höhepunkt und Ende des Kalten Krieges“, in dem auch das berühmte Bild von Alois Mock und Gyula Horn zu sehen ist, als sie in einer symbolischen Geste den Eisernen Vorhang zerschneiden. (Melichar et al. 2014a, 88)

auch im 2012 neu aufgelegten Buch „Zeitbilder 7/8“ findet sich ein Kapitel mit dem Titel „Entwicklung und Ende des ‚Kalten Krieges‘“. (Staudinger, Scheucher, Ebenhoch & Scheipl 2012) Ähnlich verhält es sich in Schulbüchern für die Unterstufe: In „netzwerk geschichte@politik 4“ (Hofer & Paireder 2012) wird das letzte Großkapitel des Buches mit „Die Zeit von 1989 bis heute“ betitelt, wodurch die Zäsur im Jahre 1989 sichtbar gemacht wird. Seiten mit den Titeln „Wie kam es zur Zweiteilung Europas?“ (Hofer et al. 2012, 97) und „Ost und West: wiedervereinigtes Europa“ (Hofer et al. 2012, 101) stellen die Umbrüche des Jahres 1989 und deren Vorgeschichte überblicksartig vor.

Die Abläufe des Jahres 1989 werden selten minutiös rekonstruiert,⁷⁸ doch die langfristigen Folgen der Umbrüche werden deutlich herausgearbeitet. Den Auswirkungen auf Österreich wird in den Schulbüchern allerdings kaum Raum gegeben; das Jahr 1989 dient, wie Christoph Kühberger bereits in einer Untersuchung zeigen konnte, nicht als Periodisierungsgrenze für die Geschichte der Zweiten Republik. (Kühberger 2014, 475 f.)

Im Unterschied zu Deutschland (Handro 2009, 12) kommt dem Jahr 1989 in Österreich kaum eine identifikatorische Bedeutung zu. Dennoch ist festzuhalten, dass sich der Themenkomplex der sogenannten „Ostöffnung“ sowie der Auswirkungen des Endes des Kalten Krieges auf Österreich besonders gut eignen, um zentrale didaktische Prinzipien historisch-politischer Bildung zur Anwendung zu bringen. Sie passen für den historisch-politisch bildenden Unterricht sowohl in der Sekundarstufe I und II der AHS, als auch für die entsprechenden Fächer an den BHS. Multiperspektivität, Kontroversität, Gegenwartsbezug, Handlungsorientierung, Prozessorientierung, konzeptuelles Lernen und Möglichkeiten des Transfers bilden dabei die zentralen didaktischen Prinzipien, die bei der Gestaltung von methodischen Settings zum Epochenjahr 1989 als Leitprinzipien dienen. Das Prinzip des konzeptuellen Lernens (Hellmuth 2014) lässt sich am Begriff Europa besonders gut realisieren. Durch das Arbeiten mit „mental maps“ können unterschiedliche Europavorstellungen transparent gemacht werden. Dazu gehören geografische Abgrenzungsversuche genauso wie historische Konstellationen durch den Eisernen Vorhang, kulturell-religiöse Konnotationen im Sinne eines „christlichen Abendlandes“ oder die institutionelle Vorstellung von

⁷⁸ Eine Ausnahme stellt etwa das Buch „geschichte.aktuell 2. AHS-Oberstufe, 7./8. Klasse“ dar, in dem die Abläufe in den einzelnen Staaten überblicksartig geschildert werden. (Gutschner 2012, 132 f.)

EU-Europa. Grenzen und Grenzvorstellungen haben einen sehr konstruktiven Charakter und existieren oft ohne reale Erfahrungswerte.

Die „Grenzen in den Köpfen“ können dabei sehr vielfältig sein und speisen sich nicht selten durch patriotisch-nationalistische, ausländerfeindliche und abwertende Vorurteile. Konzeptive Überlegungen zur Etablierung von Lehr- und Lernsettings für den schulischen Unterricht können sich an Leitbildern der Geopolitik anlehnen. Im deutschsprachigen Raum sind vor allem die Ansätze von Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer mit den Konzepten zu einer neuen kritischen Politischen Geografie bedeutsam geworden. (Reuber & Wolkersdorfer 2002) Die Radical Geography und Kritische Geografie gehen thematisch über den staatlichen Rahmen hinaus und beleuchten Hierarchien aus politökonomischer Sicht von Macht. Handlungsorientierte Politische Geografie stellt die Rollen von Akteuren in den Mittelpunkt von Analysen und wird damit zur geografischen Konfliktforschung. Die Teildisziplin der Critical Geopolitics widmet sich der Analyse von geopolitischen Leitbildern und setzt dabei vor allem auf deren Dekonstruktion. Der poststrukturalistische Zugang einer Politischen Geografie sieht Wahrnehmungen als Resultate kollektiver Deutungsschemata bzw. hegemonialer Diskussionen und widmet sich der Analyse ihrer sprachlichen Diskurse. (Reuber 2012, 97–218) Themen dieser neuen Politischen Geografie haben auch wieder Eingang in die Geografiedidaktik gefunden. Politische Geografie wird dabei nicht als „Zulieferer“ für andere wichtige Disziplinen verstanden, sondern als interdisziplinäres und integratives Bindeglied zwischen Politikwissenschaft, Geografie und anderen Disziplinen wie eben Geschichte. Darin spiegelt sich die gegenwärtige Tendenz der Fächerintegration im Bereich der Gesellschaftswissenschaften wider.⁷⁹

Das Thema der Ostöffnung bietet sich hervorragend für fächerübergreifenden Unterricht an. Grenzen, Grenzziehungen und Grenzöffnungen zeigen ein dichotomes Verhältnis von „Wir“ und „den Anderen“. Nicht selten werden derartige Grenzziehungen von nationalistischen und populistischen Gruppen und Parteien für deren politische Zwecke instrumentalisiert. Gerade diese Dimension eignet sich besonders gut für die Entwicklung politischer Mündigkeit, Kritik- und Urteilsfähigkeit bei Schülerinnen/Schülern im Rahmen historisch-politischer Sinnbildung. (Lange 2009, 67–94).

2. Implementierung des Kompetenzmodells

Die Entwicklung historisch-politischer Kompetenzen setzt stets eine inhaltliche Fundierung voraus. Schüler/innen benötigen historisch-politische Grundkenntnisse zum Kalten Krieg und zum europäischen Integrationsprozess, um sich mit der Themenstellung „Österreich und die Ostöffnung“ auseinandersetzen zu können.

Historisch-politische Sachkompetenz kann an den Konzepten Krieg und Frieden, Transformation, Revolution, Konflikt, Ideologien und Geopolitik entwickelt werden. (Dubski, Germ, Part & Schwanninger 2014, 319)

Historische Fragekompetenz lässt sich etwa durch methodische Settings von Oral History (Straßenbefragung, Zeitzeug/inn/engespräche) fördern. Rekonstruktionen historischer Ereignisse rund um das Epochenjahr 1989 lassen sich durch das Erstellen von Tagebüchern oder Radiobeiträgen durch Schüler/innen bewerkstelligen. Die Kompetenz zur Dekonstruktion kann im Zuge der Analyse von Bildikonen sowie Sekundärtexten zum Fall des Eisernen Vorhangs oder im Zuge eines Vergleich zur medialen Darstellung der Erinnerungskultur an die Ereignisse und Bedeutung rund um das Jahr 1989 entwickelt werden. Historische Orientierungskompetenz und politische Urteilskompetenz lassen sich an Lernsettings wie „Streiten lernen“ oder „Szenariotechnik“ trainieren.

Ebenso bedeutsam ist die Entwicklung von Politischer Handlungskompetenz: Im Zusammenhang mit den Revolutionen von 1989 geht es darum, bei den Lernenden Einsichten zu fördern, welche Situationen in der Gegenwart oder Zukunft zu einer Revolution führen und wie eine Beteiligung daran aussehen könnte. Im Zuge der Analyse der Protestformen (insbesondere Transparente und politische Parolen) kann Politikbezogene Methodenkompetenz, durch das Nachstellen historischer Ereignisse und Abläufe rund um den Fall des Eisernen Vorhangs Empathiefähigkeit gefördert werden. Die didaktischen Prinzipien Kontroversität, Multiperspektivität, Handlungs- und Prozessorientierung bilden auch bei dieser Aufgabenstellung das Fundament eines guten Unterrichts, der als dynamisch, ergebnisoffen, fragmentarisch und als nicht abgeschlossen verstanden werden muss. (Hellmuth 2013, 43–45)

⁷⁹ Vgl. dazu insbesondere: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 1/5 (2014).

3. Lernziele

- Die Schüler/innen können die Auswirkungen der historischen Umbrüche für aktuelle politische Konstellationen beschreiben.
- Die Schüler/innen verstehen die Zusammenhänge zwischen den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen, die 1989 ihren Ausgang genommen haben.
- Die Schüler/innen erkennen Grenzen als Konsequenz/Ergebnis/Folge historischer Entscheidungen.
- Die Schüler/innen können Ursachen für und Folgen von Grenzziehungen benennen; sie sind insbesondere mit den Schengener Übereinkommen vertraut.
- Den Schülerinnen/Schülern werden die Dimensionen von „Grenzen in den Köpfen“ bewusst und sie kennen Möglichkeiten zu ihrer Dekonstruktion.
- Die Schüler/innen erkennen Möglichkeiten und Grenzen, Barrieren über Kulturkontakte zu überwinden.
- Die Schüler/innen entwickeln einen kritischen Blick zur Gedenkkultur von historischen Prozessen und wirtschaftlichen Veränderungen.

4. Lehrplanbezug

Grundsatzrlass zur Politischen Bildung für alle Schultypen und Unterrichtsfächer Sekundarstufe I und II

- **AHS/KMS/NMS: 4. Klasse**
 - Der Zweite Weltkrieg und die internationale Politik nach 1945 – Kalter Krieg, Blockbildung und Entspannung, das Ende der bipolaren Welt
 - Österreich – die Zweite Republik: politisches System, außenpolitische Orientierung
 - Europa und die EU
- **AHS: 7./8. Klasse**
 - das bipolare Weltsystem 1945–1990, sein Zusammenbruch und die Transformation des europäischen Systems ([...] Ost-West-Konflikt; Bündnissysteme und internationale Organisationen; [...] Zerfall der Sowjetunion; Entwicklung neuer Demokratien)
 - die Entwicklung der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, Integrations- und Zerfallsprozesse ([...] Wirtschaftssysteme nach 1945)

- Österreich als Teil der europäischen und globalen Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert
- das politische und rechtliche System Österreichs und der Europäischen Union sowie politische Systeme im internationalen Vergleich
- **HTL: IV. Jahrgang**
 - bipolares Weltsystem; Transformationen und neue Strukturen der Weltpolitik
- **HAK: II. Jahrgang – 3. Semester / Kompetenzmodul 3**
 - politische Willensbildung, Grund- und Freiheitsrechte, Bürgerrechte, Wertevorstellungen und Wertekonflikte, politische Differenzierung und Meinungsbildung
- **HAK: II. Jahrgang – 4. Semester / Kompetenzmodul 4**
 - Österreich als Mitglied der europäischen Gemeinschaft
- **HAK: IV. Jahrgang – 8. Semester / Kompetenzmodul 8**
 - Bipolare Welt: Supermächte, Kalter Krieg, Wettrüsten und Abrüstung
 - Politische Transformationen in Europa
- **HAK: V. Jahrgang – 10. Semester / Kompetenzmodul 10 (Fach „Internationale Wirtschafts- und Kulturräume)**
 - Konfliktfelder in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und ihre historischen Wurzeln

U Wovon sprechen wir? Oder: Prag liegt westlicher als Wien⁸⁰

01

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	„mental map“, Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch, Präsentation, Diskussion
Materialien	A4-Papier, Bleistift, Karte zu Mitteleuropa ⁸¹ via Beamer (oder Atlas)
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Durch den Vergleich ergibt sich einerseits eine Dekonstruktion des gängigen Bildes von Ost und West, andererseits bringt die Reflexion Einsichten über die Bedeutung von Sozialisationsprozessen (Eltern, Medien, Reisen) auf historisch-geografische Raumvorstellungen und eventuell damit verbundenen (Vor-)Urteilen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung „Mental maps“ (Karten in den Köpfen) sind die Basis für eine historisch-räumliche Orientierung. Sie sind subjektiv und verändern sich im Laufe eines Lebens. Durch das Erstellen von „mental maps“ können diese Raumvorstellungen sichtbar gemacht werden. Das Beispiel eignet sich als Einstieg in das Thema.</p> <p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch In einem Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch werden Vorstellungen von Nähe und Distanz zu anderen Staaten in Europa besprochen. Es kann auch angesprochen werden, welche Staaten die Schüler/innen bereits bereist haben.</p> <p>Erstellen von „mental maps“ Die Schüler/innen zeichnen in Einzelarbeit eine „mental map“ zum Begriff „Europa“. Dabei sollen sie Folgendes einzeichnen: Außengrenze von Europa, Grenze zwischen West- und Osteuropa, Zentraleuropa, die Städte Berlin, Bratislava, Budapest, Prag, Warschau, Wien.</p> <p>Präsentation der „mental maps“ Die Karten werden im Klassenraum aufgehängt und die Schüler/innen bekommen die Möglichkeit ihre Karte vorzustellen. Dabei wird vergleichend auf unterschiedliche Wahrnehmungen und Bewertungen eingegangen.</p> <p>Abschlussdiskussion / Ertragssicherung Ausgehend von den Ergebnissen der Schüler/innenarbeiten wird in der Klasse über mögliche historische Ursachen verschiedener geografischer Verortungen diskutiert. (Beispiel: Warum wurde die Stadt Prag östlicher als Wien verortet?) Die Ergebnisse (z.B. Europabegriff) werden im Heft notiert.</p>

⁸⁰ Der Titel lehnt sich an jenen des Textes von Ernst Bruckmüller im Sammelband „Grenzöffnung 1989“ an.

⁸¹ Eine solche ist zum Beispiel über Google Maps verfügbar.

U Von der Zeitleiste zum Spiel: Die Revolutionen von 1989

02

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe I
Kompetenzen	historische Orientierungskompetenz
Methoden	Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch, Internetrecherche, Lernspiel
Materialien	Kopiervorlage M01, Internetzugang, PCs mit Drucker, Scheren, Beamer
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Auswahl der Ereignisse sowie der Bilder für das Lernspiel lässt Rückschlüsse zu, welche Relevanz bestimmte Themen für die Schüler/innen haben.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch Die Schüler/innen erhalten die Zeitleiste „Daten und Fakten zum Kalten Krieg“ (Kopiervorlage M01), mit deren Hilfe die zentralen Ereignisse der Umbrüche des Jahres 1989 erklärt werden. Tipp: Dieses Unterrichtsbeispiel eignet sich als Einstieg bzw. inhaltliche Vorentlastung.</p> <p>Gruppenarbeit Die Schüler/innen sind dazu aufgefordert in Teams das Lernspiel „Paare finden“ zu erstellen. Die Lehrkraft hat beratende Funktion und achtet darauf, dass die ausgewählten Bilder eindeutig zu identifizieren sind.</p> <p>A Arbeitsauftrag Findet euch in Kleingruppen (zirka vier Schüler/innen pro Gruppe) zusammen. Sucht zu mindestens acht der auf der Zeitleiste benannten Ereignisse je ein aussagekräftiges und unverwechselbares Bild. Achtet zum Beispiel auf Sehenswürdigkeiten oder historische Personen, die abgebildet sind. Versucht die Revolutionen in den verschiedenen Staaten so gleichmäßig wie möglich abzudecken. Erstellt anschließend eine PowerPoint-Präsentation: Auf eine Folie kommt das Bild und auf die nächste Folie kommt in Schriftgröße 32pt ein kurzer Erklärungstext, der das genaue Datum der Aufnahme, den Ort und die abgebildeten Persönlichkeiten nennt. Druckt diese PowerPoint-Präsentation aus (6 Folien pro Seite!) und schneidet die Kästchen aus. Euer Spiel ist fertig! Zu jedem Bild gibt es einen passenden Text. Bildet neue Gruppen und spielt „Paare finden“. Die Schülerin/Der Schüler, die/der das Spiel zur Verfügung stellt, nimmt die Rolle der Schiedsrichterin/des Schiedsrichters ein und hilft der Gruppe weiter.</p> <p>Ertragssicherung Exemplarisch werden zwei möglichst unterschiedliche Präsentationen im Plenum angesehen. Dabei können einerseits die Ereignisse gefestigt, andererseits die unterschiedliche Auswahl an Ereignissen und Bildern reflektiert werden.</p>

U Der Fall des Eisernen Vorhangs: Fotoanalyse

03

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Fotoanalyse, Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch
Materialien	Kopiervorlage M02, Foto „Alois Mock und Gyula Horn durchschneiden den ‚Eisernen Vorhang‘“ ⁸² , Projektionsmöglichkeit, Internetzugang
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Im Abschlussgespräch wird klar, ob die Schüler/innen die Medieninszenierung als solche wahrgenommen und Möglichkeiten der Dekonstruktion erkannt haben.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Bildbeschreibung</p> <p>Das Foto des österreichischen Außenministers Alois Mock und seines ungarischen Amtskollegen Gyula Horn beim Durchschneiden des Eisernen Vorhangs am 27. Juni 1989 wird projiziert. Die Schüler/innen sollen möglichst viele Details des Fotos beschreiben und die abgebildeten Personen benennen.</p> <p>Partner/innenarbeit: Fotoanalyse</p> <p>Die Schüler/innen erhalten das Arbeitsblatt „Der Fall des Eisernen Vorhangs – Fotoanalyse“ (Kopiervorlage M02 – 1. Teil). Entlang dieses Leitfadens analysieren sie das projizierte Foto. Dabei recherchieren sie die notwendigen Informationen im Internet (Smartphone, Tablet, Computer) und diskutieren ihre Stellungnahmen.</p> <p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch / Ertragssicherung</p> <p>Die Ergebnisse werden im Klassenplenum verglichen und besprochen. Dazu steht der Lösungsvorschlag „Der Fall des Eisernen Vorhangs – Fotoanalyse“ (Kopiervorlage M02 – 2. Teil) zur Verfügung. Im Zuge der Diskussion soll insbesondere auf die symbolhafte Inszenierung von Geschichte hingewiesen werden. Die Schüler/innen ergänzen das Arbeitsblatt und fügen es zu ihren Unterrichtsmaterialien hinzu.</p>

⁸² Z.B. zu finden unter <http://www.shz.de/schleswig-holstein/panorama/vom-gulaschkommunismus-zur-ausgehandelten-revolution-id874841.html> (01/01/2015).



Tableau Vivant zum Paneuropäischen Picknick

Dauer	1 Unterrichtsstunde
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz, historische Orientierungskompetenz
Methoden	Tableau Vivant ⁸³ , Reflexionsgespräch
Materialien	Internetzugang, Digitalkamera/Smartphone
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Im Gespräch über die Nachstellung des Fotos zeigen die Schüler/innen ihre Empathiefähigkeit. Nähe und Distanz zwischen den Geschehnissen des Sommers 1989 und der Lebenswelt der Schüler/innen werden deutlich. Das Reflexionspapier zeigt der Lehrerin/dem Lehrer, welche Überlegungen die Schüler/innen beschäftigen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbereitung des Tableau Vivant</p> <p>Die Schüler/innen recherchieren zunächst im Internet (Smartphone, Tablet, Computer) zum „Paneuropäischen Picknick“, im Zuge dessen am 19. August 1989 hunderte Bürger/innen der DDR über die österreichisch-ungarische Grenze in den Westen flohen. Sie suchen sich ein Foto aus⁸⁴, das sie gerne nachstellen wollen.</p> <p>Tableau Vivant</p> <p>Die Schüler/innen rekonstruieren das Bild so genau wie möglich (Klasse, Aula, Schulhof). Sobald alle Schüler/innen ihre Position im Tableau Vivant eingenommen haben, fertigt die Lehrkraft ein Foto davon an. Einzelne Schüler/innen werden aufgefordert zu beschreiben, wie sie sich in der dargestellten Position fühlen.</p> <p>Reflexionsgespräch</p> <p>Nach der Auflösung des Tableau Vivant wird im Klassenverband einerseits über das historische Bild und die abgebildeten Personen (die unfreiwillig zu Ikonen der Fluchtbewegung aus der DDR geworden sind) und andererseits über die Methode des Tableau Vivant gesprochen.</p> <p>Tipp: Das Foto könnte projiziert und mit dem Originalbild verglichen werden.</p> <p>Ertragssicherung</p> <p>Die Schüler/innen verfassen eine kurze Reflexion zu ihren Wahrnehmungen.</p>

⁸³ Bei einem Tableau Vivant handelt es sich um eine Nachstellung eines Kunstwerks durch Personen, vgl. u.a. Folie & Glasmeier 2002: Tableaux Vivants. Lebende Bilder und Attitüden in Fotografie, Film und Video, (Ausstellungskatalog) Kunsthalles Wien, 24. Mai–25. August 2002.

⁸⁴ Ein gut geeignetes Bild findet sich z.B. unter http://www.tagesschau.de/ausland/paneuropaeisches-picknick-101~magnifier_pos-0.html (03/01/2015).

U Worldcafé: Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa

05

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz, historische Orientierungs- und Fragekompetenz
Methoden	Worldcafé, Präsentation, Reflexionsgespräch
Materialien	Stifte, Plakate, Scheren, Klebstoff, Schulbücher, Informationsmaterial für die Recherche, Internetzugang
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Im Reflexionsgespräch zeigt sich, ob die Schüler/innen die verschiedenen Ereignisse verknüpfen können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbereitung</p> <p>Die Klasse wird in Form eines „Kaffeehauses“ organisiert: Tische zusammenstellen, Plakatpapier als „Tischtuch“, Stifte und Materialien (Schulbücher, Texte, Zeitungsberichte, Lexika, Bilder usw.) bereitlegen, für die Sekundarstufe II pro Tisch einen Internetzugang (Tablet, Notebook) schaffen.</p> <p>Tipp: Einen guten Überblick über die verschiedenen Umsturzbewegungen bietet der Text von Michael Gehler in diesem Heft S. 7–14 oder jener unter http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umsturz-bewegungen-1989 (10/06/2015)</p> <p>Durchführung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Jeder Tisch erhält ein eigenes Thema (Umsturzbewegung in Ungarn, in der DDR, in der ČSSR und in Rumänien) – die Klasse wird hierzu in vier Gruppen eingeteilt. 2) Die Schüler/innen arbeiten mithilfe der Materialien Inhalte zu den Umsturz-bewegungen im jeweiligen Land heraus und schreiben die Ergebnisse in beliebiger Form auf das Plakat. 3) Nach dieser Sequenz rotieren die Schüler/innen zum nächsten Tisch, wobei immer eine Schülerin/ein Schüler an dem ursprünglichen Tisch als Expertin/Experte verbleibt. In jeder Runde soll das Thema des Tisches diskutiert und das Plakat ergänzt werden. Idealerweise werden Fragestellungen ausgeweitet oder hinzugefügt. Das passiert so lange, bis alle Gruppen an jedem Tisch waren. <p>Die Lehrkraft hilft den einzelnen Gruppen, indem sie auf Aspekte hinweist, die noch genauer recherchiert werden könnten.</p> <p>Präsentation und Reflexionsgespräch / Ertragssicherung</p> <p>Die Plakate werden im Plenum präsentiert, offene Fragen werden geklärt, der Zusammenhang zwischen den Ereignissen von 1989 und den Vorkommnissen in den jeweiligen Ländern soll deutlich werden.</p> <p>Tipp: Die Ergebnisse auf den Plakaten können für die Arbeitsunterlagen der Schüler/innen abfotografiert werden.</p>



Tagebuch zur „Wende“

Dauer	1 Unterrichtseinheit (+Vorbereitungszeit)
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Perspektiventraining anhand eines Tagebucheintrages, Mindmapping, Textproduktion
Materialien	Kopiervorlage M03, Internetzugang, Plakat oder Projektionsmöglichkeit
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Im Reflexionsgespräch wird ersichtlich, ob die Schüler/innen einerseits ein Bewusstsein für die Perspektivität von Geschichte entwickeln und andererseits individuelle Berichte kontextualisieren können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einzelarbeit: Tagebucheintrag Die Schüler/innen erhalten das Arbeitsblatt „Verfassen eines Tagebucheintrags“ (Kopiervorlage M03). Sie recherchieren zu einer Person, die die „Wende“ 1989 miterlebt hat und verfassen aus dieser Perspektive einen Tagebucheintrag. Zur Auswahl stehen folgende Personen: Michail Gorbatschow, Ronald Reagan, Alois Mock, ein DDR-Flüchtling, eine burgenländische Bäuerin, ein Mitarbeiter des burgenländischen Roten Kreuzes. Tipp: Fächerübergreifendes Arbeiten mit dem Sprachunterricht (Deutsch oder z.B. Englisch in bilingualen Klassen) ist möglich.</p> <p>Gruppenarbeit: Evaluierung der Tagebucheinträge Die Schüler/innen bilden Gruppen zu je fünf bis sechs Personen. Sie lesen sich die Tagebucheinträge gegenseitig vor und stellen im Gespräch Überlegungen zu folgenden Punkten an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • sprachliche Kriterien (Lebendigkeit, Verständlichkeit etc.) • inhaltliche Kriterien (Unterscheidung Tatsachen – subjektive Wahrnehmungen) • Belegbarkeit der Erlebnisse • Kontextualisierung <p>Reflexionsgespräch / Ertragssicherung Im Klassenplenum diskutieren die Schüler/innen die verschiedenen Erlebnisse und Wahrnehmungen der ausgewählten Personen während der „Wende“. Dabei ist darauf zu achten, dass Zusammenhänge oder Widersprüche zwischen subjektiven Darstellungen bzw. individuellen Wahrnehmungen in den Tagebucheinträgen und historisch-strukturellen Beschreibungen der Ereignisse in der Fachliteratur hergestellt werden. Entsprechende Notizen werden den Arbeitsmaterialien hinzugefügt.</p>

U Werbung für eine fiktive Ausstellung: „Akteure 1989“ 07

Dauer	3 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz, historische Methodenkompetenz
Methoden	Recherche, Brainstorming, Kreativarbeit, Präsentation
Materialien	Kopiervorlage M04, Internetzugang, Plakate, Papier in verschiedenen Farben und Größen, Stifte, Klebstoff, Scheren
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Präsentation der Werbemittel für die fiktive Ausstellung „Akteure 1989“ gibt Aufschluss über die politische Urteilskompetenz der Schüler/innen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einheit I: inhaltliche Vorbereitung In der ersten Stunde erarbeiten die Schüler/innen die Biografien von wichtigen Akteuren von 1989 (Ronald Reagan, Michail Gorbatschow, Margaret Thatcher, Helmut Kohl) anhand des Arbeitsblattes „Zitate zu Akteuren des Umbruchjahres 1989“ (Kopiervorlage M04).</p> <p>Einheit II: Gestaltung der Werbung In der zweiten und dritten Einheit gestalten die Schüler/innen eine Werbung für eine fiktive Ausstellung mit dem Titel „Akteure 1989“. Um den Schülerinnen/Schülern mögliche Formen ins Gedächtnis zu rufen, werden in einem kurzen Brainstorming Beispiele von Werbungen für Ausstellungen gesammelt. In der Gestaltung der eigenen Werbung sind die Schüler/innen grundsätzlich frei. Möglich wäre ein Plakat oder Flugblatt, ein Radiobeitrag, ein kurzer Film oder Trailer, das Erstellen einer Facebook Seite etc. Dabei sollen die Schüler/innen die Ergebnisse ihrer Recherche und einige Zitate einbauen, umformulieren und ergänzen.</p> <p>Einheit III: Präsentation und Evaluierung Die Werbungen werden präsentiert und diskutiert. Die Schüler/innen sollen explizit darauf hinweisen, welche Zitate/Textausschnitte sie verwendet/ergänzt haben und dies begründen.</p> <p>Ertragssicherung Werbebeiträge sowie schriftliche Reflexion der Erarbeitungsphase</p>



Oral History-Projekt zum Fall des Eisernen Vorhangs

Dauer	3 Unterrichtseinheiten + Befragung
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz, historische Fragekompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Oral History, Mindmapping, Projektpräsentation
Materialien	Kopiervorlage M05, Internetzugang, Aufnahmegerät, Präsentationsmedien
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Schüler/innen erhalten (subjektive) Eindrücke zum Fall des Eisernen Vorhangs und lernen Vor- und Nachteile dieser Forschungsmethode kennen. Im Zuge der Evaluierung wird der Rekonstruktionscharakter von historischen Ereignissen, die Perspektivität von Geschichte und die Dimension der Beurteilung von Geschichte anhand einer bewussten oder auch unbewussten Werteskala deutlich.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbereitung</p> <p>Die Schüler/innen erhalten die Projektanleitung „Oral History-Projekt zum Fall des Eisernen Vorhangs“ (Kopiervorlage M05), mit deren Hilfe sie die Zeitzeuginnen-/Zeitzeugenbefragung vorbereiten, durchführen und auswerten.</p> <p>1. Schritt: Oral History</p> <p>Die Schüler/innen setzen sich mit der Methode von Oral History auseinander und recherchieren anhand vorgegebener Leitfragen im Internet.</p> <p>2. Schritt: Zeitzeuginnen-/Zeitzeugenbefragung</p> <p>1) Die Befragung muss im Unterricht gut vorbereitet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kriterien für die Auswahl der Zeitzeuginnen/Zeitzeugen festlegen • Leitfragen für das Zeitzeuginnen-/Zeitzeugengespräch ausarbeiten • Verhaltensweisen für die Gesprächsführung festlegen <p>2) Die Schüler/innen führen die Befragungen durch, nehmen die Gespräche auf (z.B. mit dem Smartphone) und fassen die Antworten zusammen.</p> <p>3. Schritt: Auswertung und Präsentation</p> <p>Die Schüler/innen werten ihre Ergebnisse aus. Sinnvoll ist dabei eine Gruppenzusammensetzung nach Gemeinsamkeiten der befragten Zeitzeuginnen/Zeitzeugen (ähnliche Altersgruppe, Wohnorte, Beruf etc.). Anschließend präsentieren die Schüler/innen ihre Ergebnisse vor der Klasse.</p> <p>4. Schritt: Projektevaluierung</p> <p>Das Projekt wird hinsichtlich der Methode und der praktischen Durchführung nachbesprochen.</p> <p>Ertragssicherung</p> <p>Öffentliche Projektpräsentation (z.B. Elternabend, Schulhomepage, Plakate für die Aula)</p>

U Motive von Kulturkontakten
09

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch, Redeanalyse, Textproduktion
Materialien	Kopiervorlage M06, A4-Papier oder PC-Raum mit Druckfunktion
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Briefe der Schüler/innen zeigen, inwiefern sie einen kritischen Blick auf die in den Medien und vom Außenministerium stets als positiv und „völkerverbindend“ beschriebenen Kulturkontakte entwickelt haben und ein eigenständiges Urteil zu diesem politischen Bereich formulieren können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch: Redeanalyse</p> <p>1) Die Schüler/innen erhalten die Lesevorlage „Rede von Alois Mock im Nationalrat“ (Kopiervorlage M06). Die Rede, die Alois Mock am 30. Jänner 1990 im Nationalrat gehalten hat, wird zunächst im Klassenverband gelesen.</p> <p>2) Anschließend wird der Text in einem Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch dekonstruiert, indem folgende Punkte herausgearbeitet und kritisch betrachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bedeutung, die der Auslandskulturpolitik in Österreich im Vergleich zu anderen Bereichen beigemessen wird • der laut Mock entscheidende Faktor der erfolgreichen Auslandskulturpolitik • die Entwicklung der kulturellen Beziehungen Österreichs zu seinen östlichen Nachbarn sowie die dafür geplanten Maßnahmen • die Motive für das kulturelle Engagement <p>Transfer: Schreibauftrag</p> <p>Die Schüler/innen finden sich in Kleingruppen zusammen und verfassen einen Brief (rund 150 Wörter) an eine Leiterin/einen Leiter eines österreichischen Kulturforums in den östlichen Nachbarstaaten Österreichs. Sie fragen dabei nach der Ausgestaltung der österreichischen Auslandskulturpolitik an ihrem/seinem Standort. Außerdem sind sie aufgefordert, zu den Interessen der österreichischen Auslandskulturpolitik kritisch Stellung zu nehmen.</p> <p>Tipp: Eine Übersicht zu den österreichischen Kulturforen findet sich unter: http://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/auslandskultur/kulturforen (01/06/2015)</p> <p>Ertragssicherung</p> <p>Die Schüler/innen lesen ihre Briefe im Klassenverband vor und diskutieren die darin formulierten Urteile zur Auslandskulturpolitik.</p>



Ostöffnung – Zurück zur Monarchie?

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, historische Orientierungskompetenz
Methoden	Internetrecherche, Analyse und Gestaltung eines Magazincovers
Materialien	Kopiervorlage M07
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	In einem One-Minute Paper fassen die Schüler/innen ihre Erkenntnisse aus dieser Einheit zusammen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung Die Ergebnisse dieses Unterrichtsbeispiels eignen sich für einen Vergleich mit jenen des Unterrichtsbeispiels 09 „Motive von Kulturkontakten“ in diesem Heft.</p> <p>Recherche und Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch Die Schüler/innen recherchieren ein paar Minuten im Internet zum Begriff „Ostöffnung“. In einem Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch werden die Ergebnisse ausgetauscht und die Schüler/innen erhalten Basisinformationen zum wirtschaftlichen Engagement von österreichischen Unternehmen im ehemaligen Ostblock.</p> <p>Analyse eines Magazincovers</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schüler/innen erhalten das Arbeitsblatt „Cover des Magazins ‚Cash-Flow‘“ (Kopiervorlage 07), das sie in Partner/innenarbeit analysieren. Dabei gilt es eine der zentralen Argumentationslinien für das Engagement von Institutionen im ehemaligen „Ostblock“ herauszuarbeiten. 2) Die Ergebnisse werden im Klassenverband diskutiert. <p>Tipp: Das Cover kann zusätzlich über Beamer projiziert werden, der Link findet sich unter http://www.cash-flow.net/about/coverarchiv/1990-2 (16/07/2015).</p> <p>Gestalten eines Magazincovers</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schüler/innen lesen den Zeitungsartikel „Österreich in Osteuropa: Zum Erfolg verdammt“, online abrufbar unter http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3833063/Osterreich-in-Osteuropa_Zum-Erfolg-verdammt (10/06/2015) und arbeiten die zentralen Informationen heraus. 2) In Partner/innenarbeit gestalten die Schüler/innen ein eigenes Cover für ein Wirtschaftsmagazin. Dieses soll sich auf die aktuelle Situation von österreichischen Firmen in Osteuropa beziehen. Der Zeitungsartikel bietet dazu passende Hintergrundinformationen. <p>Ausstellung / Ertragssicherung Die Cover werden im Klassenraum ausgestellt. Die Schüler/innen überlegen, welche Cover die politischen Botschaften besonders klar transportieren.</p>



Podiumsdiskussion: Grenzüberwindung über Kultur?

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz, historische Fragekompetenz, historische Orientierungskompetenz
Methoden	Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch, Mindmapping, Videoanalyse, Podiumsdiskussion
Materialien	Internetzugang, Beamer, Lautsprecher
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Im Abschlussgespräch wird klar, ob die Schüler/innen einen kritischen Zugang zu den Möglichkeiten und Grenzen von Kulturpolitik entwickeln konnten.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch zum Begriff „Kultur“ Ein Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch dient dazu, den Begriff „Kultur“ zu definieren. Die Schüler/innen sammeln ihre Ideen in Form einer Mindmap und nennen Beispiele von grenzüberschreitenden Kulturkontakten.</p> <p>Videoanalyse 1) Das knapp neunminütige Video „euronews the network – Europäische Krise und gemeinsame Kultur“ https://www.youtube.com/watch?v=w_4kZcxhK-0 (01/06/2015) wird im Klassenplenum vorgespielt (eventuell zweimal), die Schüler/innen machen sich Notizen zu den Kernaussagen. 2) Die Ergebnisse werden im Plenum verglichen, wobei die Schüler/innen Gelegenheit haben, ihre Notizen zu ergänzen.</p> <p>Podiumsdiskussion Es folgt eine Podiumsdiskussion zum Thema „Grenzüberwindung durch Kultur?“.</p> <p>A Arbeitsauftrag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildet fünf Gruppen: Zwei Gruppen suchen Argumente, wie über Kulturkontakte Grenzen überwunden werden können; zwei Gruppen suchen Argumente und Beispiele, welche Probleme dabei entstehen; eine Gruppe bereitet Fragen vor, die von der Moderatorin/vom Moderator gestellt werden können. • Wählt in der Gruppe jeweils eine Person, die an der Podiumsdiskussion teilnehmen wird. • Führt die Podiumsdiskussion durch, indem die Moderatorin/der Moderator nach einer kurzen Vorstellung des Rahmenthemas und der Diskutierenden offene Fragen stellt, zu denen möglichst alle am Podium zu Wort kommen sollen. Auch das Publikum kann Fragen stellen und Argumente vorbringen. <p>Reflexionsgespräch / Ertragssicherung Die Schüler/innen überlegen, welche gesellschaftlichen Gruppierungen aus welchen Gründen Kulturkontakte ablehnen oder befürworten. Sie formulieren eine Zusammenfassung der Diskussions- und Reflexionsergebnisse.</p>

U Wirtschaftliche Eroberung des Ostens

12

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	historische Orientierungskompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch, Brainstorming, Internetrecherche, Präsentation, Diskussion
Materialien	Internetzugang, Präsentationsmöglichkeit
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Diskussion im Plenum zeigt, inwiefern sich die Schüler/innen ein Urteil über das „Ostengagement“ österreichischer Konzerne bilden können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch: Brainstorming Die Schüler/innen werden in einem Brainstorming an das Thema „Ostöffnung“ herangeführt. Sie benennen österreichische Firmen, die im ehemaligen Ostblock unternehmerisch tätig sind und es werden mögliche Motive erarbeitet, die diese Firmen dazu bewegen haben, in diesen Staaten zu investieren.</p> <p>Gruppenarbeit: Unternehmensprofile Die Schüler/innen bilden Gruppen zu je drei bis vier Personen und erstellen ein Unternehmensprofil zu einem ausgewählten österreichischen Unternehmen mit einem Schwerpunkt in Osteuropa (z.B. Erste Group, EVN, OMV, Raiffeisen Bank International, Spar, Telekom Austria). Sie recherchieren dazu auf der Homepage des Unternehmens sowie in den Medien und erstellen eine PowerPoint-Präsentation, in der das Unternehmen vorgestellt wird.</p> <p>Mögliche Strukturierungspunkte für die Präsentation:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Merkmale des Unternehmens (Rechtsform, Sitz, Zahl der Mitarbeiter/innen im In- und Ausland, Produkte bzw. Dienstleistungen etc.) • Zahlen zur Unternehmensentwicklung in den letzten Jahren (Bilanzen), die in Bezug zu einer Expansion nach Osteuropa stehen • Erwartungen und Ziele des Unternehmens, die mit seiner Tätigkeit in Osteuropa verbunden sind • Beurteilung des Erfolgs des Unternehmens hinsichtlich seines Engagements in Osteuropa <p>Präsentation / Plenumsgespräch / Ertragssicherung Die Schüler/innen präsentieren das ausgewählte Unternehmen vor der Klasse. Unterschiede und Parallelen zwischen den Strategien der einzelnen Unternehmen werden herausgearbeitet und die längerfristigen Folgen der Ostöffnung für österreichische Unternehmen zusammengefasst.</p>

Projekt: Ausstellung zum Thema „1989“

Dauer	4 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz, historische Methodenkompetenz, historische Orientierungskompetenz
Methoden	Gruppenarbeit, Konzeptentwicklung, Präsentation
Materialien	Internetzugang, Plakate, Papier in verschiedenen Farben und Größen, Stifte, Klebstoff, Scheren, Beamer/Overheadprojektor (Präsentationsmittel)
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Schüler/innen führen während der Projektlaufzeit in ihren Gruppen ein Lerntagebuch, in dem die wesentlichen Lernschritte und Reflexionen zum Arbeitsprozess festgehalten werden. Dabei wird die Dekonstruktion der Ursachen, Ereignisse und Folgen von 1989 sowie die Rekonstruktion dieser Inhalte sichtbar.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einheit I+II: inhaltliche Vorbereitung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) In den ersten beiden Einheiten erarbeiten die Schüler/innen in Gruppen (ca. 5 Schüler/innen pro Gruppe) Inhalte und wichtige Aspekte zu 1989. Dabei sollen sowohl Vorgeschichte und Ursachen als auch die Folgen des Endes der Blockteilung in Europa Beachtung finden. 2) Am Ende der zweiten Einheit wird im Klassenverband über erste Ideen zur Ausstellung diskutiert. Hierbei ist es wichtig, dass die Möglichkeiten und Grenzen des Mediums historische Ausstellung besprochen werden. <p>Einheit III: Konzeptentwicklung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) In der dritten Einheit ist es Aufgabe der Schüler/innen ein grobes Konzept zu erstellen und eine Vorauswahl an Objekten für die Ausstellung zum Thema „1989“ zu treffen: Dies können bildliche oder filmische Quellen, Textquellen oder auch reale Objekte sein, wenn es solche zufällig im Familien- oder Bekanntenkreis gibt. Die Gestaltung der Ausstellung und die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sind den Schüler/innen überlassen. <ul style="list-style-type: none"> • Die Klasse ist dazu aufgefordert, ein gemeinsames Rahmenthema sowie Unterthemen zu definieren, die von den Kleingruppen ausgearbeitet werden. • Die Schüler/innen sind angehalten, vergleichende Elemente sowie Unterschiede zu finden. Dabei soll die Vielfalt an Möglichkeiten ersichtlich werden, wie Geschichte präsentiert werden kann, wie unterschiedlich Themen ausgewählt werden und welche Interessensgruppen welche Inhalte zum Teil eines kollektiven Gedächtnisses machen möchten. 2) Am Ende der dritten Einheit präsentieren die Gruppen ihre Konzepte mit visueller Unterstützung anhand von Plakaten, PowerPoint- bzw. Overheadfolien, Handouts etc. Es ist sinnvoll, Verständnisfragen während der Präsentationen zuzulassen, eine Diskussion der einzelnen Konzepte sollte allerdings erst nach Ende aller Präsentationen erfolgen.



Projekt: Ausstellung zum Thema „1989“

A Arbeitsauftrag

- Entwickelt in der Gesamtgruppe ein grobes Konzept für eine Ausstellung zu „1989“. Diskutiert dazu die Möglichkeiten und Grenzen des Mediums Ausstellung. Überlegt euch einen geeigneten Ort, die zentralen Inhalte und Objekte zu präsentieren. Legt einen Titel für die Ausstellung sowie eine grobe Gliederung fest und verteilt Subthemen auf die einzelnen Gruppen. Überlegt anschließend, wie ihr die Informationen präsentieren wollt, denkt an visuelle Unterstützung, Videos, Audiobotschaften, interaktive Modelle etc. Legt auch einen Rundgang (eine Storyline) fest und tragt anschließend Eure Ergebnisse ins Lerntagebuch ein.
- Denkt bei der Planung daran, dass Ausstellungen das Produkt von Erinnerungskulturen sind. Diskutiert in der Gruppe, welche Inhalte ihr auswählen wollt und warum. Beachtet verschiedene „Aspekte einer Theorie der Erinnerung“ (nach Kühberger & Sedmak 2005): Wer sind die Subjekte der Erinnerung, an welche Individuen bzw. Gruppen wollt ihr erinnern? Wer sind die Adressatinnen/ Adressaten der Erinnerung, wer ist das Zielpublikum? Erläutert den Grund oder die Gründe für das Erinnern und begründet eure Präsentation der Erinnerung. Tragt eure Ergebnisse ins Lerntagebuch ein.
- Erstellt in den Gruppen Konzepte eures Ausstellungsteiles und präsentiert die Ideen vor der Klasse. Begründet dabei inhaltliche und gestalterische Kriterien, die bei der Planung der Ausstellung ausschlaggebend gewesen sind.
- Vergleicht die Präsentationen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, in Bezug auf ausgewählte Inhalte, verwendete Quellen und Gesamteindruck. Nennt unterschiedliche Darstellungen von Geschichte und überlegt, wie Geschichte konstruiert wird und warum manche Thematiken Eingang in das gemeinsame Gedächtnis finden und andere nicht. Bewertet unterschiedliche Zugänge zu Geschichte hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in der Geschichtsdarstellung im öffentlichen Raum.

Einheit IV: Ausstellung

- 1) In der vierten Einheit setzen die Schüler/innen ihre Ideen in Form einer Ausstellung um: Es werden „Objekte“ (Bilder, Filme, Texte usw.) ausgewählt und dazu Texte verfasst. Die Gruppen sind dazu angehalten, Rücksprache mit den anderen Gruppen zu halten.
- 2) Parallel dazu entwickeln die Schüler/innen zur Ausstellung passende Materialien für Schüler/innen der Sekundarstufe I und eine Infobroschüre für Jugendliche der Sekundarstufe II bzw. für Erwachsene.

Ertragssicherung

- Schüler/innen der Sekundarstufe I werden durch die Ausstellung geführt. Dafür werden auch didaktische Materialien entwickelt (z.B. Rätselralley).
- Schüler/innen der Sekundarstufe II werden durch die Ausstellung geführt. Dafür wird eine Infobroschüre vorbereitet.

Tipp: Die Schüler/innen, die die Ausstellung besuchen, geben in Form einer Ausstellungskritik Rückmeldung.

- Die Ausstellung wird an einem Elternabend präsentiert. Nach Erläuterungen zum Arbeitsprozess führen die Schüler/innen die Eltern durch die Ausstellung.

U 14 **Reden analysieren: Michail Gorbatschow zum 10. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer**

Dauer	1 Unterrichtsstunde
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Redeanalyse, Gespräch
Materialien	Kopiervorlagen M08 und M09, Kärtchen, eventuell Internetzugang (Smartphones)
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Durch die abschließende Übung, bestimmte Gedanken oder Zitate aus der Rede begründet auszuwählen, wird klar, ob die Schüler/innen die Rede kritisch beurteilen können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einzelarbeit: sinnverstehendes Lesen Die Schüler/innen erhalten die Lesevorlage „Rede von Michail Gorbatschow“ (Kopiervorlage M08) und lesen die Rede in Einzelarbeit. Begriffe oder Inhalte, die sie nicht verstanden haben, recherchieren sie mittels Smartphone.</p> <p>Partner/innenarbeit: Redeanalyse Gemeinsam mit einer Partnerin/einem Partner analysieren die Schüler/innen die formalen und inhaltlichen Aspekte der Rede, ermitteln den historischen Kontext und beurteilen die Rede. Dazu erhalten sie das Arbeitsblatt „Analyseraster für politische Reden“ (Kopiervorlage 09). Tipp: fächerübergreifende Arbeit mit dem Fach Deutsch (Textsorte „Meinungsrede“)</p> <p>Gruppengespräch Je drei Schüler/innenpaare finden sich zu einer Sechsergruppe zusammen und vergleichen ihre Ergebnisse.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ergänzungen werden – wenn notwendig – durchgeführt. • Unterschiedliche Antworten werden besprochen. • Die Bedeutung von „politischen Reden“ wird diskutiert. <p>Ertragssicherung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Jedes Schüler/innenpaar wählt begründet einen Gedanken oder ein Zitat aus der Rede aus und schreibt ihn/es auf ein Kärtchen. Auswahlkriterien könnten sein: subjektive Bedeutung, Diskussionspotential, interessanter Aspekt o.Ä. 2) Die Kärtchen werden an die Pinnwand geheftet. Dabei treten jeweils die beiden Schüler/innen vor und erklären, warum sie diesen Gedanken/dieses Zitat ausgewählt haben.



Radiobeitrag zum Fall des Eisernen Vorhangs

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe I
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz
Methoden	Gestaltung eines Radiobeitrags, Lernportfolio, Sandwichfeedback
Materialien	Internetzugang, Tool zur Gestaltung von Audiobeiträgen (z.B. audacity), Lautsprecher
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Schüler/innen verfassen ein Protokoll, in dem sie die wichtigsten Arbeitsschritte und den Ablauf der Erstellung des Radiobeitrags dokumentieren und reflektieren. Außerdem erhalten sie unmittelbares Feedback auf die Beiträge nach der Präsentation. Die Beiträge zeigen ihre Kompetenz, historische Ereignisse zu rekonstruieren sowie das Medium Radio nutzen zu können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einstieg Die Schüler/innen hören sich im Klassenverband einen aktuellen Beitrag der Reihe „Betrifft Geschichte“ an⁸⁵. Im Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch werden die wesentlichen Merkmale von Radiobeiträgen erarbeitet.</p> <p>Durchführung Die Schüler/innen gestalten auf Basis ihres Vorwissens zu den Umbrüchen von 1989 sowie zusätzlicher Recherchen im Internet einen eigenen Radiobeitrag zum Thema „Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989“ für die Reihe „Betrifft Geschichte“, den sie mit einem geeigneten Audiotool (z.B. audacity) bearbeiten. Der Beitrag soll eine Länge von 4 Minuten 50 Sekunden aufweisen, muss selbst getextet und gesprochen sein und kann mit Musik oder Soundelementen versehen werden. Der Einbau von realen oder auch fiktiven Interviews ist erwünscht.</p> <p>Die Themen zur Sendereihe lauten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gründe und Ursachen für den Fall des Eisernen Vorhangs • Herausragende Ereignisse im „annus mirabilis“ 1989 • Bedeutende Persönlichkeiten der Umbrüche 1989 • Die Folgen des Falls des Eisernen Vorhangs • Deutschland nach der Wiedervereinigung <p>Evaluierung / Ertragssicherung Die Radiobeiträge werden in der Klasse angehört. Dabei notieren sich die Schüler/innen die inhaltlichen Punkte, die in dem Radiobeitrag genannt werden. Anschließend geben sie sich nach der Sandwichmethode gegenseitig Feedback (positiver Aspekt – Kritik und Verbesserungsmöglichkeiten – weiterer positiver Aspekt).</p>

⁸⁵ Ö1 Sendungen können 7 Tage lang nachgehört werden. Klicken Sie dazu den entsprechenden Button auf <http://oe1.orf.at/programm> an.



Grenze – Was ist das?

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politische Sachkompetenz
Methoden	Mindmapping, Diskussion
Materialien	Kärtchen, eventuell Beamer
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Das Vorwissen der Schüler/innen hinsichtlich des Begriffs „Grenze“ wird sichtbar. Dieses wird über Gruppenarbeit weiterentwickelt. Die Definitionen der Schüler/innen zeigen, inwiefern sich ihr Verständnis von Grenze verändert hat.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Einstieg / Brainstorming</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schüler/innen überlegen, was sie über den Begriff „Grenze“ wissen und machen sich dazu Notizen. Als Hilfestellung kann auch der Satzanfang „Wenn ich an Grenze denke...“ benutzt werden. 2) Daraufhin werden folgende Überlegungen der Schüler/innen in einem Klassengespräch zusammengetragen: Welche Grenzen kennen die Schüler/innen? Warum gibt es Grenzen? Wer braucht Grenzen bzw. errichtet sie? Welche Symbole markieren Grenzen? <p>Diskussion</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Anschließend diskutieren die Schüler/innen in Kleingruppen, welche positiven und welche negativen Assoziationen mit dem Begriff „Grenze“ verbunden sind. 2) Die Diskussionsbeiträge werden im Plenum vorgestellt, dazu kann an der Tafel oder am Computer (über den Beamer) eine Tabelle mit positiven und mit negativen Assoziationen angelegt werden. <p>Ertragssicherung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schüler/innen verfassen eine eigene Definition zum Begriff „Grenze“. Dabei berücksichtigen sie auch Ergebnisse aus den Gesprächen und den Aufgaben. 2) Je zwei Schüler/innen gestalten zu den Themen „Grenze“ und „Grenzen überbrücken“ eine One-Minute-Sculpture⁸⁶, indem sie dafür ihre Körper und Alltagsgegenstände aus dem Klassenzimmer nutzen und fotografieren. 3) Die Definitionen werden auf Kärtchen geschrieben und an der Pinnwand gesammelt. Die Fotos der One-Minute-Sculptures werden dazugepinnt. <p>Follow Up</p> <p>Ein Follow-Up-Beispiel, in dem Zeitzeuginnen-/Zeitzeugeninterviews zum Thema „Grenzen in der Geschichte“ vorgeschlagen werden, findet sich unter: www.didactics.eu/index.php?id=2909 (22/07/2015)</p>

⁸⁶ Beim Konzept der One-Minute-Sculpture nach Erwin Wurm bilden Alltagsgegenstände und der menschliche Körper auf skurrile Weise eine Minute lang eine gemeinsame Skulptur. Diese wird fotografiert und dann wieder aufgelöst. Mit Hilfe des Suchbegriffs One-Minute-Skulptur finden die Schüler/innen in der Google-Rubrik Bilder passende Impulse.

Schengener Übereinkommen

17

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	historische Orientierungskompetenz
Methoden	Thesenbildung, Kartenarbeit, Diskussion
Materialien	Kopiervorlage M10
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Gesprächs- und Diskussionsbeiträge zeigen die Überlegungen der Schüler/innen zum Schengener Übereinkommen anhand ihres Lebens bzw. Lebensraums.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbereitung Die Schüler/innen erhalten das Arbeitsblatt „Schengener Übereinkommen“ (Kopiervorlage M10). Der Lehrperson steht das Lösungsblatt „Schengener Übereinkommen“ online unter www.didactics.eu/index.php?id=2960 (22/07/2015) zur Verfügung. Tipp: Informationen zur Vorbereitung finden sich im Werbefilm der EU-Kommission, abrufbar unter https://www.youtube.com/watch?v=-_aN0AzllGY (04/06/2015), siehe dazu auch Unterrichtsbeispiel U18.</p> <p>Vorübung Die Definition im Infokasten (Kopiervorlage M10) wird gemeinsam gelesen. Die Schüler/innen bearbeiten in Einzel- oder Partner/innenarbeit die leere Europakarte (Kopiervorlage M10, Arbeitsauftrag 1), die anschließend besprochen wird. Das Augenmerk wird dabei vor allem auf jene EU-Staaten gerichtet, die nicht Schengen-Mitglied sind.</p> <p>Thesenbildung / Thesenüberprüfung Die Schüler/innen stellen in einem Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch Thesen auf, warum es „Schengen“ gibt. Diese werden dann mit einigen Grundsätzen des Schengener Übereinkommens verglichen (Kopiervorlage M10, Infokasten) und auf Beispiele aus ihrem Alltag übertragen (Kopiervorlage M10, Arbeitsaufträge 2 und 3). Zudem sollen mögliche Probleme diskutiert werden (Kopiervorlage M10, Arbeitsauftrag 4).</p> <p>Transfer in die eigene Lebenswelt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Variante 1 (Sekundarstufe I): Die Schüler/innen schreiben für sich auf, wie das Schengener Übereinkommen ihr eigenes Leben beeinflusst. Die Ergebnisse werden im Klassenplenum diskutiert. • Variante 2 (Sekundarstufe II): Ausgehend von zwei Zeitungsartikeln diskutieren die Schüler/innen über das Thema „Reisefreiheit“ (Kopiervorlage M10, Arbeitsauftrag 5). Die Diskussionsergebnisse werden im Plenum vorgestellt. <p>Ertragssicherung Das ausgefüllte Arbeitsblatt, die Notizen sowie die Diskussionsergebnisse werden zu den Arbeitsunterlagen hinzugefügt.</p>

U Dekonstruktion eines Werbefilms zu Schengen

18

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Filmanalyse, Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch
Materialien	Internetzugang, Beamer
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Das Abschlussgespräch zeigt, inwiefern die Schüler/innen in der Lage sind, die politischen Botschaften des Films zu entschlüsseln.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Medienanalytische Vorkenntnisse sind für die Durchführung des Unterrichtsbeispiels von Vorteil. • Die Schüler/innen benötigen Vorwissen zum Thema „Schengen“; das Unterrichtsbeispiel 17 „Schengener Übereinkommen“ könnte dazu dienen, dieses zu erarbeiten. <p>Filmvorführung</p> <p>Der Werbefilm der EU-Kommission zum Thema „Schengen“ https://www.youtube.com/watch?v=-_aN0AzlIGY (04/06/2015) wird im Klassenplenum zweimal gezeigt: Das erste Vorspielen dient einer allgemeinen Orientierung, beim zweiten Vorspielen machen die Schüler/innen Notizen zu folgenden Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zentrale Szenen und Themen • Einsatz von Musik • Formen der Präsentation des Inhalts <p>Gruppenarbeit: Filmanalyse</p> <p>In Kleingruppen zu vier Personen analysieren die Schüler/innen anhand ihrer Notizen den Film.</p> <p>A Arbeitsauftrag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Benennt die Grundsätze des Schengener Übereinkommens, die genannt und jene, die nicht genannt werden. • Erörtert hierfür mögliche Gründe. • Ermittelt mögliche politische Ziele des Film-Auftraggebers. • Benennt Zielgruppen, für die der Film gedacht sein könnte. • Dekonstruiert den Einsatz der Musik und die Art der Darstellung des Inhalts. <p>Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch / Ertragssicherung</p> <p>Im Plenum werden die Diskussionsergebnisse aus den Kleingruppen zusammengetragen und jene Botschaften, die die EU-Kommission eventuell mit dem Werbefilm transportieren will, herausgearbeitet. Die wesentlichen Ergebnisse aus der Filmanalyse werden festgehalten.</p>

U Schengen in der Karikatur

19

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Karikaturenanalyse, Zeichnung
Materialien	Kopiervorlagen M11 und M12
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Arbeit der Schüler/innen zeigt, wie sie mit dieser Kunstform umgehen und die dargestellten historischen Themen kritisch beurteilen können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Partner/innenarbeit: Karikaturenanalyse</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schüler/innen erhalten das Arbeitsblatt „Schengen in der Karikatur“ (Kopiervorlage M11) und analysieren in Partner/innenarbeit anhand des vorgegebenen Analyserasters die Karikatur. 2) Jeweils zwei Teams vergleichen ihre Antworten. Bei Unsicherheiten kann in den bei der LehrerIn/dem Lehrer aufliegenden Lösungsvorschlag „Schengen in der Karikatur“ (Kopiervorlage M12) Einsicht genommen werden. <p>Kreativarbeit</p> <p>Die Schüler/innen gestalten in Kleingruppen Karikaturen zum Thema „Schengen“. Es bleibt offen, wie viele Karikaturen entstehen sollen, sodass die Schüler/innen ihre individuellen inhaltlichen und kreativen Stärken bündeln können.</p> <p>A Arbeitsauftrag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildet Kleingruppen und tauscht eure Meinungen zum Schengener Übereinkommen aus. • Einigt euch auf mindestens eine Position, die ihr in Form einer Karikatur ausdrückt. Es bleibt eurer Gruppe überlassen, wie viele Karikaturen ihr anfertigen möchtet und wie viele Personen sich an den Zeichnungen beteiligen. <p>Präsentation / Ertragssicherung</p> <p>Die Schüler/innen präsentieren und interpretieren dabei ihre Karikaturen, die in der Klasse bzw. im Schulgebäude aufgehängt werden.</p>

U Österreich – Mittel-/Ost- und Südosteuropa

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz
Methoden	Mindmapping, Galerierundgang, Diskussion
Materialien	Kopiervorlage M13, Internetzugang, Plakate, Schere, Stifte, Klebstoff, Post-Its
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Durch die Präsentationen wird klar, ob die Schüler/innen Vor(aus)urteile als solche wahrnehmen, die Themen sachlich behandeln und die Merkmale trennender und gemeinsamer Elemente der Politik erkennen können.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Gruppenarbeit: Plakatgestaltung</p> <p>Die Schüler/innen recherchieren in Kleingruppenarbeit zu gängigen Vor(aus)urteilen verschiedener Staaten Mittel-, Ost und Südosteuropas. Sie wählen dazu acht passende Zitate aus mindestens vier verschiedenen österreichischen Medien (z.B. Internetseiten von Tageszeitungen oder Wochenmagazinen) aus. Diese Zitate werden auf einem Plakat gesammelt und die jeweilige Quelle sowie das Datum der Veröffentlichung der Texte angegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bulgarien: Urlaub am Schwarzen Meer • Kroatien: EU-Beitritt • Polen: „Von Billigarbeitern und Putzfrauen“ • Rumänien: Organisiertes Betteln und Hauskrankenpflege • Slowakei: Twin City Liner • Slowenien: Ortstafeln in Kärnten • Tschechische Republik: Temelin <p>Galerierundgang</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Gruppen positionieren ihre Plakate in Form einer Galerie, jeweils eine Expertin/ein Experte präsentiert das Plakat. 2) Die Schülerinnen/Schüler halten kritische Statements bzw. Gegenargumente zu den in den Medien verbreiteten Diskursen auf Post-Its fest, die sie auf den jeweiligen Plakaten hinterlassen. 3) Anschließend finden sich die Schüler/innen wieder in ihren Stammgruppen zusammen und diskutieren die Aussagen auf den Post-Its auf ihrem Plakat. Sie recherchieren zu den in den Vor(aus)urteilen genannten Themen und formulieren dazu eine sachliche Darstellung, die sie in das Arbeitsblatt „Aus Vor(aus)urteilen werden Urteile“ (Kopiervorlage M13) eintragen. <p>Präsentation / Ertragssicherung</p> <p>Die Schüler/innen präsentieren ihr Arbeitsblatt und befestigen dieses auf ihrem Plakat. Die Vor(aus)urteile werden durch Argumente und Gegenargumente zu begründeten Urteilen.</p>

U From the Iron Curtain to the European Green Belt

21

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politikbezogene Methodenkompetenz, historische Orientierungskompetenz, politische Urteilskompetenz
Methoden	Website-Analyse, Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch
Materialien	Internetzugang, Schulbuch, Papier, Stifte
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Sowohl die Fact Sheets als auch die Abschlussdiskussion geben Aufschluss über das Bewusstsein von Grenzen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung</p> <p>Dieses Unterrichtsbeispiel eignet sich für eine fächerübergreifende Arbeit mit dem Fach Englisch. Es ist den Schülerinnen/Schülern freigestellt, ob sie ihre Ausarbeitungen in englischer oder deutscher Sprache produzieren. Es ist zielführend, historisches Fachvokabular zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Analyse einer Website</p> <p>Die Schüler/innen informieren sich auf der Website http://www.europeangreenbelt.org (03/06/2015) über den „Green Belt“ und lesen das Fact Sheet, das auf der Website zu finden ist. Anschließend analysieren sie zu zweit die Homepage entlang vorgegebener Arbeitsaufträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Describe the organisational structure of the website (usually to be found in “about us”). • Identify the contributors to it (institutions, experts, guests, the general public). • Speculate about the target groups the website has been created for. • Describe the visual appearance of the website (layouts, links, pictures, advertising ...). • Name and characterize other features (blogs, news ...). • Determine the types of articles presented. • Discuss the focus of the website. <p>Gruppenarbeit: Fact Sheet</p> <p>Die Zweiertteams formieren sich zu Vierergruppen und vergleichen ihre Analyseergebnisse. Unterschiede werden besprochen, Fragen geklärt. Als Nächstes recherchieren die Schüler/innen in ihrem Schulbuch über den Eisernen Vorhang und erstellen dazu ein Fact Sheet „The Iron Curtain“ analog zu jenem über den „Green Belt“. Die Fact Sheets werden der Lehrerin/dem Lehrer abgegeben.</p> <p>Abschlussgespräch</p> <p>Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem „Iron Curtain“ und dem „Green Belt“ werden besprochen, auf die unterschiedliche Bedeutung von ökologischen und politischen Grenzen wird eingegangen.</p>



Der Fall des Eisernen Vorhangs in Dokumentationen auf Youtube

Dauer	3 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz, politische Urteilskompetenz, historische Fragekompetenz
Methoden	Filmanalyse, Präsentation
Materialien	Internet, Plakate (oder andere Präsentationsmöglichkeit)
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Rückkoppelung ergibt sich durch die ausgewählten Dokumentationen, den dazu gestalteten Präsentationen und die dafür entwickelten Fragebögen sowie deren Antworten.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Filmauswahl Die Schüler/innen finden sich in Kleingruppen zusammen und recherchieren auf Youtube nach kurzen Filmbeiträgen zum Thema „Fall des Eisernen Vorhangs“. Gemeinsam wählen sie einen aus.</p> <p>Filmanalyse Die Schüler/innen analysieren den Film nach folgenden Gesichtspunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • allgemeine Informationen: Name der Dokumentation, Auftraggeber/in, Ausstrahlungsdatum • inhaltliche Informationen: zeitlicher Rahmen, Inhalte/historische Ereignisse, Personen, Schwerpunktsetzungen • Metaebene/persönliche Bemerkungen: Unverständliches, eigene Meinung zur Machart, Wirkung, mögliche Absichten der Dokumentation, Widersprüchliches (sofern erkennbar) <p>Vorbereitung der Filmpräsentation</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Gruppen bereiten eine Präsentation für ihre Mitschüler/innen vor. Diese soll folgende Punkte beinhalten: <ul style="list-style-type: none"> • Fakten zum Film (Akteurinnen/Akteure, Drehdatum, Regie usw.) • Zusammenfassung des Inhalts • Ergebnisse der Analyse • Begründung für die Auswahl • einen oder mehrere kurze Filmausschnitte (insgesamt 2–5 Min.) 2) Außerdem stellen die Schüler/innen einen Fragebogen zu der Präsentation zusammen. Darin sollte sowohl nach Fakten zum Film gefragt als auch Meinungen ergründet werden. <p>Präsentation / Ertragssicherung Die Schüler/innen präsentieren ihre Filme und besprechen mit ihren Mitschüler/innen die Ergebnisse aus dem Fragebogen.</p>



Analyse von Sekundärtexten

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz
Methoden	dialogische Textanalyse, Reflexionsgespräch
Materialien	Kopiervorlagen M14, M15, M16
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Das Gespräch im Klassenverband zeigt, inwiefern die Schüler/innen in der Lage sind, Thesen, Belege etc. herauszuarbeiten und mit dem historischen Kontext in Verbindung zu bringen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung Dieses Unterrichtsbeispiel eignet sich als Vorübung für die Vorwissenschaftliche Arbeit und kann fächerübergreifend mit dem Fach Deutsch durchgeführt werden.</p> <p>Lektüre wissenschaftlicher Texte Jeweils zwei Schüler/innen lesen arbeitsteilig zwei Texte durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schüler/in A erhält den Text von Horst Teltschik: Lesevorlage „Bewertungen von 1989 – Zeitzeuge vs. Historiker / Text 1“ (Kopiervorlage M14). • Schüler/in B erhält den Text von Michael Gehler: Lesevorlage „Bewertungen von 1989 – Zeitzeuge vs. Historiker / Text 2“ (Kopiervorlage M15). <p>Textanalyse Die Schüler/innen erhalten gemeinsam eine Kopie des Arbeitsblattes „Analyse-raster Sekundärtexte“ (Kopiervorlage M16). Im Gespräch arbeiten sie Punkt für Punkt durch und füllen das Analyseblatt aus. Dabei erklären sie sich gegenseitig ihre Texte und stellen diese gegenüber.</p> <p>Reflexionsgespräch / Ertragssicherung Anschließend werden die Ergebnisse im Klassenverband verglichen, die Notizen gegebenenfalls ergänzt. Der Lehrperson steht dafür das Lösungsblatt „Analyse-raster Sekundärtexte“ online unter www.didactics.eu/index.php?id=2961 (22/07/2015) zur Verfügung. Die Unterschiede zwischen den Textsorten sowie die Notwendigkeit, sie vergleichend zu bearbeiten, sollten dabei ebenso angesprochen werden.</p>



Gedenkkulturen zum Fall des Eisernen Vorhangs

Dauer	2 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	historische Methodenkompetenz
Methoden	Recherche, Dekonstruktion von Zeitungsartikeln
Materialien	Internetzugang
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die schriftlichen Ergebnisnotizen zeigen, inwiefern die Schüler/innen in der Lage sind, nationale Merkmale der Gedenkkulturen zum Fall des Eisernen Vorhangs herauszuarbeiten.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Vorbemerkung Die Gedenkkultur zum Fall des Eisernen Vorhangs ist nicht einheitlich. Auch in der medialen Darstellung sind Unterschiede vorhanden. Die Schüler/innen erwerben anhand des Vergleichs aktueller unterschiedlicher Berichte in den Tageszeitungen die Kompetenz zur Dekonstruktion.</p> <p>Recherche Die Schüler/innen recherchieren in Teams (zu je zwei bis drei Personen) auf den Online-Seiten österreichischer und deutscher Tageszeitungen Berichte zu den Feiern anlässlich des Jahrestages „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ (pro Staat mindestens drei verschiedene Zeitungen). Tipp: Es sollten keine Agenturmeldungen (apa bzw. dpa) verwendet werden.</p> <p>Dekonstruktion der Darstellungen Die Schüler/innen vergleichen die Texte, indem sie eine Überblickstabelle mit folgenden Spalten zusammenstellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Form der Feier • angesprochene historische Ereignisse • angesprochene historische Persönlichkeiten • beteiligte aktuelle Politiker/innen <p>Evaluierung / Ertragssicherung Die Schüler/innen vergleichen ihre Ergebnisse mit jenen eines anderen Teams und benennen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Gedenkkultur. So werden beispielsweise die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in deutschen und in österreichischen Zeitungen auffallen. Hier ist auch Raum für persönliche Einschätzungen zu den Formen des Gedenkens. Die Schüler/innen fassen ihre Besprechungsergebnisse schriftlich zusammen.</p>

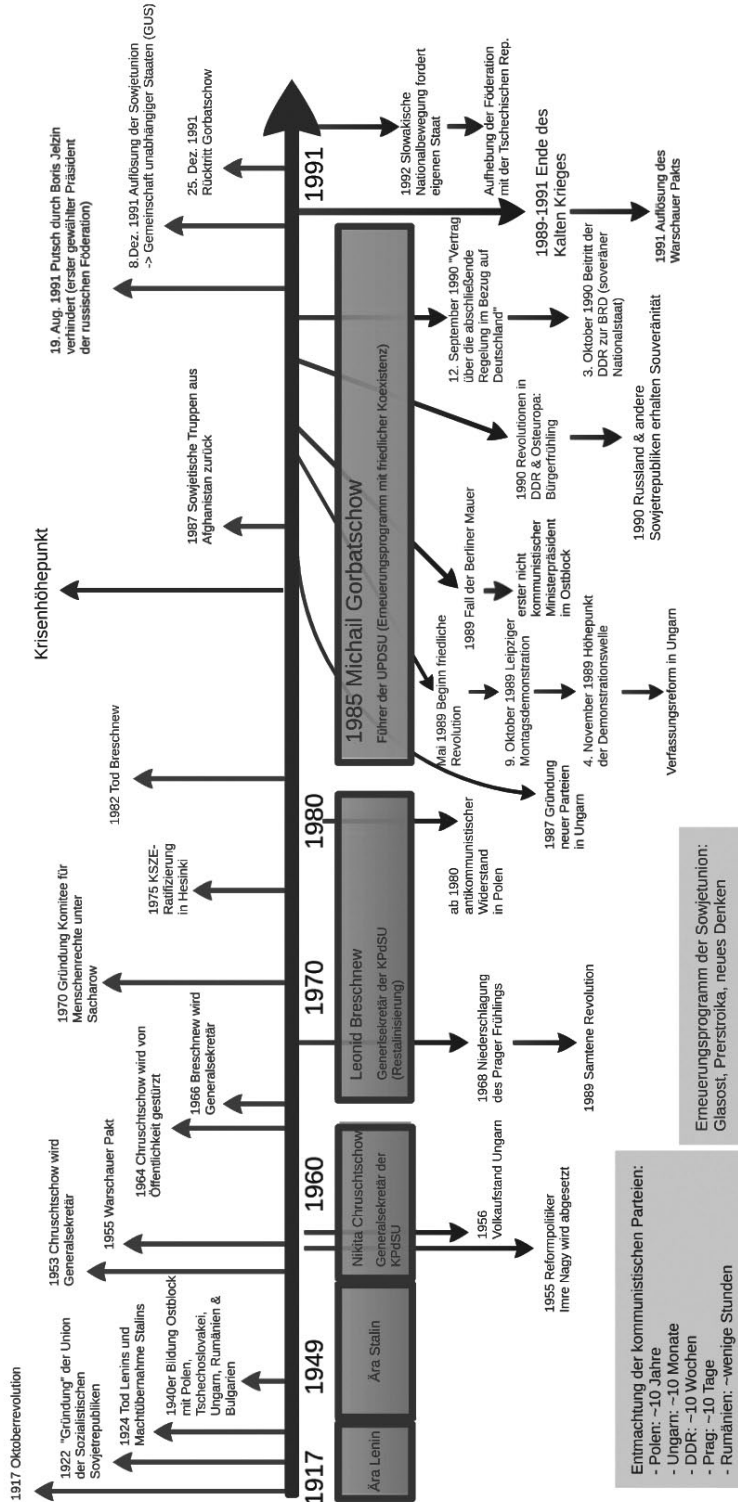


Europa 2025

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Zielgruppe	Sekundarstufe II
Kompetenzen	politische Urteilskompetenz
Methoden	Szenariotechnik, Präsentation, Diskussion
Materialien	Kopiervorlage M17, Internetzugang
Feedback/Rückkoppelung der Adressat/innen	Die Qualität der entwickelten Szenarien lässt Rückschlüsse auf die Lernfortschritte zu. Die Reflexion zeigt, wie sich die Schüler/innen von der Entwicklung des geografischen Raumes Europa betroffen fühlen.
Prozesshafte Beschreibung des Ablaufs	<p>Internetrecherche / Entwicklung der Szenarien</p> <p>1) Die Klasse wird in zwei Gruppen geteilt, die für den Raum Europa im Jahre 2025 zwei unterschiedliche Szenarien entwickeln: ein positives und ein negatives. Dazu steht ihnen das Arbeitsblatt „Veränderungen in Europa“ (Kopiervorlage M17) zur Verfügung. Notwendige Informationen beziehen die Schüler/innen aus dem Internet (Smartphone, Tablet, Computerstation). Folgende Bereiche sollen Berücksichtigung finden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • territoriale Veränderungen • europäische Institutionen • Wirtschaft • Bildung • Gesellschaft • Ökologie • Regionalpolitik <p>2) Die Szenarien werden in der Klasse präsentiert. Die Schüler/innen ergänzen ihr Arbeitsblatt.</p> <p>Gruppenarbeit: Maßnahmenkatalog</p> <p>Anschließend werden zu den einzelnen Themenbereichen Arbeitsgruppen gebildet. Die Schüler/innen erarbeiten Vorschläge für Änderungen, die zum Erreichen des positiven Szenarios notwendig sind. Außerdem arbeiten sie heraus, inwiefern mit Schwierigkeiten und Widerstand zu rechnen ist. Es sollen gesellschaftliche Gruppen genannt werden, die die Vorschläge befürworten oder ablehnen könnten.</p> <p>Ertragssicherung: Präsentation und Plenumsdiskussion</p> <p>Die Arbeitsgruppen präsentieren ihre Ergebnisse, die Zuhörer/innen ergänzen ihr Arbeitsblatt. Es folgt eine Diskussion über die vorgeschlagenen Maßnahmen. Letztlich geht es darum, Strategien zu erkennen, die notwendig sind, um das positive Szenario zu erreichen.</p>

Material
Kopiervorlagen
Lösungsvorschläge

M 01 **Daten und Fakten zum Kalten Krieg**⁸⁷
Zeitleiste



14) Zeitleiste zum Kalten Krieg

⁸⁷ <https://prezi.com/lhtrulud1ogr/zeitstrahl-kalter-krieg/> (07/04/2015)

M **Der Fall des Eisernen Vorhangs – Fotoanalyse**
 02 1. Teil – Arbeitsblatt

Analysiere das in der Klasse projizierte Foto anhand der folgenden Schritte. Recherchiere bei Bedarf auch im Internet.

- Fotograf
- Entstehungszeitpunkt und -ort
- Bildtechnik (z.B. Perspektive)
- Thema des Bildes
- genaue Beschreibung aller abgebildeten Elemente
- historischer Kontext
- mögliche Intention des Fotografen, erzielte Wirkung(en)
- Bewertung aus heutiger Sicht

M **Der Fall des Eisernen Vorhangs – Fotoanalyse**
 02 2. Teil – Lösungsvorschlag

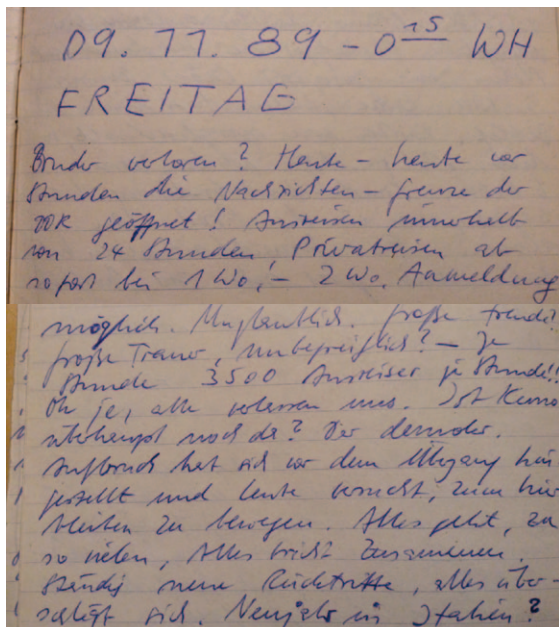
Fotograf	Bernhard J. Holzner (Rechteinhaber: HOPI-MEDIA)
Entstehungszeitpunkt und -ort	27. Juni 1989 bei Sopron (Ödenburg)/Klingenbach
Bildtechnik	Fotografie: Der Fotograf steht leicht erhöht und nah am Geschehen; zeigt die Personen von den Knien aufwärts und will deren Handlung betonen.
Thema des Bildes	Die symbolische Durchtrennung des Eisernen Vorhangs zwischen Österreich und Ungarn durch die beiden Außenminister Alois Mock und Gyula Horn.
genaue Beschreibung aller abgebildeten Elemente	Die Außenminister Alois Mock und Gyula Horn durchtrennen mit überdimensionierten Bolzenschneidern Teile des Eisernen Vorhangs. Sie sind von Menschen umgeben, deren Identität unklar ist.
historischer Kontext	Revolutionen in Mittel- und Osteuropa; Abbau des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze; Ende des Kalten Krieges
mögliche Intention des Fotografen	Dokumentation des Abbaus des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze; Herstellung von Authentizität; Produktion von starken Bildern zum Fall des Eisernen Vorhangs
erzielte Wirkung(en)	Einfangen eines Ereignisses von besonderer historischer Bedeutung; Schaffung eines Schlüsselbildes
Bewertung aus heutiger Sicht	Das Bild ist eine nachgestellte Szene, da zu diesem Zeitpunkt der Großteil des Eisernen Vorhangs bereits beseitigt gewesen ist. Daher handelt es sich um eine politische Inszenierung. Die Bedeutung der beiden Außenminister für den historischen Prozess wird betont.



Verfassen eines Tagebucheintrags Arbeitsblatt

1) Einzelarbeit

- Wähle aus der Linkliste eine der angeführten Personen aus und schreibe einen fiktiven Tagebucheintrag aus ihrem Leben im Jahr 1989.
- Als Anregung dient dir der Text von Anke Domscheit-Berg, der auf folgender Website zu finden ist: <http://ankedomscheit-berg.de/?p=2162> (13/06/2015)



09.11.89 – 0.¹⁵ WH
FREITAG

Bruder verloren? Heute – heute vor Stunden die Nachrichten – Grenze der DDR geöffnet! Ausreisen innerhalb von 24 Stunden, Privatreisen ab sofort bei 1 Wo – 2 Wo. Anmeldung möglich. Unglaublich. Große Freude? Große Trauer, unbegreiflich? – Je Stunde 3.500 Ausreisende, je Stunde!! Oh je, alle verlassen uns. Ist Kuno [=Bruder] überhaupt noch da? Der demokr. Aufbruch hat sich vor dem Übergang hingestellt und Leute versucht, zum bleiben zu bewegen. Alles geht, zu so vielen, alles bricht zusammen. Ständig neue Rücktritte, alles überschlägt sich. Neujahr in Italien? [...]
Anke

15 und 16) Tagebucheintragung von Anke Domscheit-Berg

Linkliste

- Michail Gorbatschow: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/michail-gorbatschow.html> (15/06/2015)
- Ronald Reagan: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/ronald-reagan.html> (15/06/2015)
- Alois Mock: <http://www.alois-mock.at/AloisMock-Leben.html> (15/06/2015)
- ein DDR-Flüchtling: <http://www.hdg.de/lemo/zeitzeugen/helmut-beschke-flucht-aus-der-ddr-1953.html> (15/06/2015)
- eine burgenländische Bäuerin: http://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Kultur/Online-Verlag/Das_Burgenland_und_der_Fall_des_Eisernen_Vorhangs.pdf (15/06/2015)
- ein Mitarbeiter des burgenländischen Roten Kreuzes: <http://www.rotekreuz.at/bgl/dienststellen/guessing/die-bezirksstelle/die-geschichte/1989-bis-1997> (15/06/2015)

2) Gruppenarbeit

- Setzt euch in Gruppen zusammen – je nachdem, welche Person ihr für euren Tagebucheintrag gewählt habt.
- Lest euch gegenseitig die Tagebucheinträge vor und besprecht sie nach folgenden Kriterien:
 - sprachliche Kriterien (Lebendigkeit, Verständlichkeit usw.)
 - inhaltliche Kriterien (Unterscheidung Tatsachen – subjektive Wahrnehmungen)
 - Belegbarkeit der Erlebnisse
 - Einordnung der Schilderungen in den historischen Kontext
- Überlegt gemeinsam, mit welchen Quellen ihr eure Einträge belegen könnt. Notiert die Ergebnisse unterhalb der Tagebuchtexte.
- Diskutiert die Ergebnisse anschließend im Klassenverband und lest pro Gruppe den gelungensten Eintrag vor.

Zitate zu Akteuren des Umbruchsjahres 1989

Arbeitsblatt

Ihr findet hier berühmte Zitate, Zeitungsausschnitte und biografische Einträge zu Politiker/innen, die im Zuge der „Wende“ 1989 eine große Rolle gespielt haben.

- Findet mittels Internetrecherche heraus, um welche Personen (Akteure) es sich handelt.
- Vervollständigt dort, wo ihr es für nötig haltet, die Biografien der Akteure.

„Die Amtszeit des konservativen Politikers von 1981 bis 1989 war geprägt von der Schlussphase des Kalten Kriegs mit einer starken Ausweitung der Rüstungsausgaben, Kürzungen bei den Sozialausgaben und einem weit gehenden Abbau staatlicher Wirtschaftsregulierung.“ *Sueddeutsche.de, 05.02.2014*

„Während seiner zweiten Amtszeit gelang es Reagan, eine Politik der Kooperation mit der Sowjetunion zu etablieren. Hatte er die UdSSR noch vor einigen Jahren als „Reich des Bösen“ bezeichnet, besiegelt er nun mit Michail Gorbatschow den ersten echten Abrüstungsvertrag über die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen.“ *Sueddeutsche.de, 05.02.2014*

„16 Jahre regierte Helmut Kohl die Bundesrepublik – länger als jeder andere Bundeskanzler. Die einen verbinden mit der Kohl-Ära Stillstand und Enge, die anderen feiern den Oggersheimer vor allem als ‚Kanzler der Einheit‘.“ *Der Spiegel Online, 04. Februar 2014*

„Sein Engagement zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und seine Vision eines freien und vereinten Europas halfen die Voraussetzungen für eine Entwicklung zu schaffen, in der schließlich auch die Wiederherstellung der deutschen Einheit möglich wurde.“ *Gerhard Schröder in seinem Beileidsschreiben zum Tod Reagans an US-Präsident George W. Bush, Der Spiegel Online, 6. Juni 2004*

„Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“ *Ronald Reagan, Rede vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987*

„Nicht die Perestroika hat die Sowjetunion zerstört, sondern ihre Gegner.“ – *Michail Gorbatschow, Internetzeitschrift, aktuell.ru, 24. März 2005*

„Es ist doch klar: Ihr Deutschen wollt nicht Deutschland in Europa verankern. Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern.“ *Der Spiegel 47/1993 S. 175*

„Anders als die britische Regierung stand die US-Administration einer Wiedervereinigung Deutschlands positiv gegenüber. ‚Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!‘, hatte der damalige US-Präsident Ronald Reagan bereits im Juni 1987 in einer Rede an der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor gefordert. Sein Amtsnachfolger George Bush Senior gab dann 1990 wichtige diplomatische Schützenhilfe für die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands.“ *Der Spiegel online am 05. Februar 2014*

„Er ist der Mann, der Ost und West zusammenführte. Der ‚Kanzler der Einheit‘ Helmut Kohl prägte die Bundesrepublik Deutschland wie kaum ein zweiter.“ *Die Welt Online, 05. Februar 2014*

„Gorbatschow kann in den Jahren 1990/91 davon ausgehen, dass kaum ein führender Politiker im Westen seine Rolle bei den blutigen Auseinandersetzungen mit den um ihre Unabhängigkeit ringenden Völkern der Sowjetunion hinterfragt. Amerikanern wie Westeuropäern geht es in diesen Wochen allein darum, dass sich die Sowjets tatsächlich aus Osteuropa zurückziehen. Und so lassen sie sich von Gorbatschow direkt belügen - zum Beispiel als Moskau versucht, im letzten Moment die baltische Unabhängigkeitsbewegung zu stoppen.“ *Der Spiegel Online, 05. April 2012*

„Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ *Michail Gorbatschow gegenüber Journalisten am 7. Oktober 1989 bei seinem Besuch anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung.*



Oral History-Projekt zum Fall des Eisernen Vorhangs

Projektanleitung

1. Schritt: Oral History

- 1) Bildet Gruppen mit drei bis vier Personen und recherchiert im Internet zur Methode der Oral History. Bearbeitet die folgenden Aufgabenstellungen:
 - Erklärt den Begriff „Oral History“.
 - Benennt Vorteile und Gefahren, die mit dieser Methode historischen Forschens verbunden sind.
 - Diskutiert Probleme, auf die bei der Auswertung der Ergebnisse besonders zu achten ist.
 - Gebt die Internetquellen an, die ihr zur Beantwortung dieser Fragen verwendet habt.
- 2) Gestaltet eine Mindmap zum Begriff „Oral History“.
- 3) Vergleicht eure Ergebnisse mit jenen der anderen Gruppen und ergänzt dabei eure Mindmap.

2. Schritt: Zeitzeuginnen-/Zeitzeugenbefragung

- 1) Sucht in eurem Familien- oder Bekanntenkreis eine Person, die im Jahr 1989 mindestens 18 Jahre alt gewesen ist und stellt sicher, dass sie die Geschehnisse zu der Zeit auch verfolgt hat (z.B. über die Medien). Fragt diese Person, ob sie zu einem kurzen Gespräch zu den Umbrüchen 1989 bereit ist.
- 2) Klärt folgende Fragen:
 - Wann und wo soll das Gespräch stattfinden?
 - Welche technischen Hilfsmittel sind notwendig?
- 3) Stellt Vorüberlegungen zu diesen Punkten an:
 - Was will ich wissen?
 - Welche Leitfragen strukturieren das Gespräch?
 - Wie verhalte ich mich gegenüber Zeitzeuginnen/Zeitzeugen?
 - Wie dokumentiere ich das Gespräch und wie werte ich es anschließend aus?
 - Wie kann ich die Erzählungen durch andere Quellen überprüfen?
- 3) Führt die Befragung der Zeitzeugin/des Zeitzeugen durch und nehmt das Gespräch auf (z.B. mit dem Smartphone).
- 4) Fasst die Antworten im Anschluss daran so ausführlich wie möglich zusammen.

3. Schritt: Auswertung

- 1) Findet euch in der Klasse in Kleingruppen zusammen. Achtet bei der Gruppenzusammensetzung darauf, dass die befragten Personen einen ähnlichen Erfahrungsschatz aufweisen (gleiche Altersgruppe, Wohnorte, Beruf etc.).
- 2) Wertet die Ergebnisse in den Gruppen aus: Arbeitet dazu Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erinnerungen der Zeitzeuginnen/Zeitzeugen heraus und haltet diese in Form einer Tabelle fest.
- 3) Präsentiert die Ergebnisse in der Klasse.
- 4) Überlegt euch eine öffentliche Projektpräsentation: Einladen anderer Klassen, Organisieren eines Elternabends, Veröffentlichlichen der Ergebnisse auf der Schulhomepage, Gestalten einer Posterpräsentation für die Aula usw.



Rede von Alois Mock im Nationalrat

Lesevorlage

„Hohes Haus!

Ich möchte [...] sagen, daß gerade ich als zuständiger Ressortchef es mir natürlich sehr wünschen würde, daß das Thema ‚kulturelle Außenbeziehungen‘ hier ausführlicher behandelt werden könnte. [...]

Ich darf natürlich von vornherein daran erinnern [...], daß die finanzielle Dotierung in keiner Weise dem Gewicht entspricht, das Außenkulturbeziehungen gerade im österreichischen Fall haben, auch wenn eine Aufstockung von 23 auf 33 Millionen erfolgt ist. Man zögert, die Dotation auszusprechen, Hohes Haus, weil ich Ihnen ein durchschnittliches Theater nennen könnte, das vom Bund und vom zuständigen Land jährlich in einem höheren Ausmaß subventioniert wird, als mir insgesamt an operativen Mitteln für die Außenkulturbeziehungen zur Verfügung steht. [...] Ich vertrete persönlich letztlich folgende Auffassung: Es hat sich gezeigt – und ich hatte die Möglichkeit, aufgrund meiner eigenen beruflichen Laufbahn das etwas zu verfolgen –, daß letztlich die Persönlichkeit der verantwortlichen Beamten entscheidend ist. [...]

Meine heutige Erfahrung ist, daß ein Berufsdiplomat wie Botschafter Schallenberg, aber später wieder ein Ministerialbeamter, der aus der Kulturarbeit kommt, wie Sektionsleiter Stillfried, ebenso hervorragende Arbeit leisten, und ich mich gelegentlich als Ressortchef wundere, was sie mit 30 Millionen Schilling zustande bringen. [...]

Wie auch von den Rednern betont wurde, lege ich im Bereich Kultur, Wissenschaft und Erziehung großen Wert auf die Beziehungen mit den Reformländern in Osteuropa. Ich habe die zusätzlichen Mittel in diesem Budget ausschließlich, soweit nicht bereits Renovierungsarbeiten vor meiner Amtsübernahme eingeleitet waren, für den Bereich Warschau, Krakau, Prag, Budapest, Laibach, Triest, in dieser Region, reserviert, um dort einen regionalen Schwerpunkt zu setzen.

Wir werden auch bemüht sein, aus dem Neubau in einer zentralen Lage in Prag ein Kulturinstitut zu machen, das uns nicht nur entsprechend repräsentiert, sondern das auch hoffentlich von der Architektur her ein Zeugnis ablegt von dem Potential, das Österreich in diesem Bereich aufzuweisen hat. Ich möchte gerade hier einen Schwerpunkt nennen, für dessen Vorbereitung ich im Jahr 1989 als Übergangslösung eine eigene Kulturabteilung an der Botschaft in Prag eingerichtet habe, und zwar für die Vorbereitung des Mozartjahres 1991. Prag hat ja mindestens einen genauso starken Bezug zur Persönlichkeit Mozarts wie Salzburg. In Zusammenarbeit mit der Stadt Salzburg, mit dem Land Salzburg, mit der Stadt Wien und anderen Bundes- und Landesstellen wird hier ein Schwerpunkt gesetzt.

Ich werde dem Generalkonsulat in Preßburg einen Kulturattaché zuweisen, weil wir nicht nur auf die Tatsache Rücksicht nehmen müssen, daß die Kultur autonom von den beiden Landesteilen Slowakei und Tschechei verwaltet wird, sondern auch darauf, daß natürlich die Slowakei mit ihrer kulturellen Vergangenheit ein spezifisches Profil aufweist.

Unter all den Problemen, die ich bei der Kürze meiner Ausführungen nicht alle darlegen kann, ist vor allem die große Nachfrage nach Deutschlehrern hervorzuheben. Das Wissenschaftsministerium unter Dr. Busek hat in einer sehr raschen Aktion 40 Lektoren gefunden, die in Ungarn tätig sein werden. Wir haben in diesem Bereich Einzelprojekte in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium organisiert. [...]

Wir werden in diesem Jahr österreichische Leseräume einrichten, aus denen wir später Kulturinstitute machen wollen, vor allem in Preßburg, Brünn, Szeged, Szombathely, Krakau – dort gibt es ihn bereits – und Marburg.

Es besteht die Absicht, in Krakau ein Österreichisches Kulturinstitut einzurichten. Ich habe mit Polen bereits verhandelt. Ich hoffe, auch noch einen Dienstposten zu finden, um einen Kulturattaché an das Generalkonsulat in Slowenien, in Laibach, entsenden zu können.

Insgesamt sind für diesen Bereich derzeit, aufgrund der neuen Entwicklungen in Osteuropa, 244 Millionen Schilling notwendig, wovon 164 Millionen Schilling vom Wissenschaftsministerium, 60 Millionen vom Unterrichtsministerium und 20 Millionen Schilling von meinem Ministerium aufgebracht werden.

Ich glaube, daß vor allem drei Motive für unser kulturelles Engagement sprechen: Wir fördern die kulturelle und damit auch die politische Öffnung dieser Staaten sowie den Reformprozeß, der dort eingesetzt hat.

Wir machen mit dieser Arbeit das gemeinsame kulturelle Erbe Europas bewußt, das heißt, es wird europäische Gemeinsamkeit geschaffen.

Drittens: Ich glaube, daß wir damit einer spezifischen österreichischen Verantwortung nachkommen. [...]

Auszug aus dem Stenografischen Protokoll des Nationalrates, 25. Jänner 1990⁸⁹

⁸⁹ Stenografische Protokolle der XVII. GP, 130. Sitzung vom 25. 1. 1990, S. 15388–15390.



Cover des Magazins „Cash-Flow“ Arbeitsblatt

- 1) Analysiert in Partner/innenarbeit das Cover des Wirtschaftsmagazins „Cash-Flow“ vom 4. April 1990 und fertigt dazu Notizen an:
 - Beschreibt das Cover so ausführlich wie möglich.
 - Benennt das zentrale Thema des Covers.
 - Bewertet den Bezug zur Habsburgermonarchie in Zusammenhang mit der sogenannten „Ostöffnung“ der österreichischen Wirtschaft.
 - Nennt wichtige Merkmale eines aussagekräftigen Covers anhand dieses Beispiels.
- 2) Diskutiert die Ergebnisse im Klassenverband.
- 3) Lest den Zeitungsartikel „Österreich in Osteuropa: Zum Erfolg verdammt“, der am 5. Juli 2014 im WirtschaftsBlatt erschienen ist, online unter http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3833063/Osterreich-in-Osteuropa_Zum-Erfolg-verdammt (10/06/2015). Arbeitet die zentralen Informationen heraus.
- 4) Gestaltet am PC oder mit der Hand ein einprägsames Cover für ein Wirtschaftsmagazin. (Den Namen könnt ihr erfinden.) Bezieht euch dabei auf die aktuelle Situation von österreichischen Firmen in Osteuropa.



17) Cash-Flow-Cover vom 4. April 1990



Rede von Michail Gorbatschow⁹⁰

Lesevorlage

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Parlamentsabgeordnete!

Ich bin schon früher in Berlin gewesen und das nicht nur einmal; ich sprach bei verschiedenen Anlässen. Diesmal ergreife ich das Wort vor den Abgeordneten des gesamtdeutschen Parlaments, und zwar im Gebäude des Reichstages, das in einer bestimmten Zeit für viele eine Konzentration des Bösen darstellte und dessen Fall als Triumph des Guten erschien.

Sehr vieles musste sich verändern, damit das heutige Ereignis stattfinden konnte, damit ich, wie auch Präsident Bush, vor Ihnen, die Sie das vereinigte, demokratische Deutschland vertreten, sprechen können.

Heute feiern nicht nur die Deutschen, sondern alle Europäer, ja die ganze Welt feiert den zehnten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Und dies ist verständlich, denn die Berliner Mauer ist ein bedeutsames Symbol. Sie war das Ergebnis eines tiefen Einschnitts in der Weltentwicklung auf dem Scheitelpunkt globaler Prozesse und Widersprüche. Ihre Zerstörung ist das Ergebnis grundlegender Veränderungen in Europa und in der Welt, Veränderungen, die die Interessen und Schicksale des überwiegenden Teils der Menschheit betrafen. Der Weg zu ihrem Fall war lang und qualvoll. Daher habe hier mit großem Interesse und großer Aufmerksamkeit die Reden der Vertreter des vereinten Deutschlands gehört, insbesondere die Reden derjenigen, die diese Ereignisse in der DDR, in Ostdeutschland, erlebt haben.

Heute, aus einem gewissen geschichtlichen Abstand, sind die Ursachen für den Fall der Mauer offenkundiger. Es mussten vor allem in der Sowjetunion, die den Weg zur Freiheit und Demokratie eingeschlagen hatte, grundlegende Veränderungen stattfinden. 1989 haben die sowjetischen Menschen zum ersten Mal in ihrer tausendjährigen Geschichte ihr Recht auf freie Selbstbestimmung verwirklicht. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten von Amerika mussten sich grundlegend ändern. Dies verdanken wir den unvergleichlichen Bemühungen, der erwiesenen Weitsicht und der Verantwortung sowohl seitens der sowjetischen Führung als auch seitens der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan und George Bush. Es mussten demokratische Revolutionen in den Staaten Ost- und Mitteleuropas stattfinden, in deren Verlauf die Völker dieser Staaten ihr Recht auf freie Selbstbestimmung verwirklicht haben.

Zwei Prozesse entwickelten sich gleichzeitig und beeinflussten sich gegenseitig. Zum einen wurde die Konfrontation durch Dialog und Vertrauen ersetzt; zum anderen wurden die Völker, die ihr Selbstbestimmungsrecht erlangten, tätig.

Für die Deutschen bedeutete die Verwirklichung der freien Selbstbestimmung die nationale Einigung. Bei den Deutschen auf beiden Seiten der Mauer war der Drang zur Vereinigung beispiellos. Die Entscheidung der Geschichte, Deutschland nach dem Krieg zu teilen, wurde revidiert. Und damit konnte kein Politiker rechnen, am allerwenigsten einer, der das neue Denken zum Grundsatz seines Handelns gemacht hatte. Aber die Tatsache, dass die Wiedervereinigung gerade damals und gerade auf diese Art und Weise stattgefunden hat, ist ein Verdienst der Völker selbst.

Die Deutschen in Westdeutschland haben Konsequenzen aus der nationalen Katastrophe gezogen, die der Nationalsozialismus und der Krieg gebracht hatten. Sie veränderten sich selbst, ließen sich durch ihre Herzen und Seelen leiten und verwandelten die Bundesrepublik Deutschland in einen demokratischen und friedliebenden Staat. Die westdeutschen Politiker bereiteten konsequent den Boden für die Beseitigung der Folgen des Krieges in den Beziehungen zur Sowjetunion und anderen Ländern.

Die Deutschen in der DDR nutzten nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf kultureller Ebene die Möglichkeiten zur Wiederherstellung der guten Beziehungen mit unserem Volk. Dies spielte eine äußerst wichtige Rolle bei der Beseitigung von Misshandlung und Feindseligkeit und all den Belastungen und Missständen, die uns der Krieg hinterlassen hatte. Zwischen Tausenden und Abertausenden Deutschen und Russen gestalteten sich wahrhaft freundschaftliche Beziehungen. Das russische Volk ist seinerseits dem Bestreben der Deutschen nach guten Beziehungen mit offenem Herzen entgegengekommen. Es hatte Verständnis für ihren Willen, in einem vereinten Deutschland zu leben. Die Völker der Sowjetunion haben all diese ruhig aufgenommen, als normalen Vorgang, verbunden mit der Hoffnung auf die einmalige Chance beiderseits nützlicher russisch-deutscher Beziehungen.

Hätte es diese grundlegenden Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, den Willen ihrer Bürger zur Einheit, den mächtigen Drang zur Einheit in der DDR nicht gegeben, hätten die Politiker nichts ausrichten können. Und wenn ich gefragt werde, wer der größte Held der deutschen Wiedervereinigung sei: Bush, Kohl, Gorbatschow oder sonst jemand, dann sage ich, in Anerkennung unserer gewissen Verdienste, dass die größten Helden das deutsche Volk und das russische Volk waren.

⁹⁰ <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/gorbatschow/rede/247408> (09/09/2014)

Und dennoch möchte ich hier einige Worte über die Generation der Politiker sprechen, die unmittelbar in alle komplizierten und gefährlichen Wechselfälle der Vereinigung mit einbezogen waren. [...]

Ich bin zutiefst davon überzeugt ..., dass die Rolle von George Bush und James Baker unverzichtbar und groß war. Sie haben der Welt gezeigt, wie Amerika seine nationalen Interessen, seine Macht und seine Autorität zum Wohle der internationalen Interessen einsetzen kann und soll. Ich begrüße heute Herrn Präsident George Bush. [...]

In Camp David sagte Präsident Bush, als er unsere Position kritisierte, derzufolge das vereinigte Deutschland neutral werden und keinem Bündnis angehören sollte: „Vertrauen Sie Deutschland etwa nicht? Es ist doch ein neues Deutschland?“. Darauf antwortete ich: „Erlauben Sie bitte: Sie wollen das neue Deutschland in der Umarmung der NATO halten. Also vertrauen Sie Deutschland nicht.“ So haben wir die Probleme oft hart diskutiert. Und dann gelangten wir zu dem einzig richtigen Schluss: die Deutschen vereinigen sich, sie sind ein souveränes Volk und bestimmen selbst, wo sie stehen, mit wem sie befreundet sind und welche Beziehungen sie unterhalten möchten. Ich denke, dies war richtig, es war ein richtiger Ansatz, der Früchte trägt.

Schließlich möchte ich Folgendes sagen: die Wiedervereinigung Deutschlands eröffnete vor dem Hintergrund der allgemeinen weltweiten Veränderungen eine Perspektive für den Übergang der Weltgemeinschaft zu einer neuen, friedlichen Etappe der Weltgeschichte. Im November 1990 wurden in Paris die berühmte Pariser Charta und das Wiener Abrüstungsabkommen unterzeichnet. George Bush warf damals die Frage einer neuen Weltordnung auf. Mich hat diese Idee beeindruckt; ich teile allerdings sie auch heute noch. Meines Erachtens verspielen wir gegenwärtig diese Chance. In der Tat wurde in den zwei Jahren nach dem Mauerfall auf den Grundsätzen des Vertrauens, der gemeinsamen Suche nach Lösungen und des gemeinsamen Handelns einiges Konkretes und Grundlegendes getan. Und diese Grundsätze wurden in einer so schwierigen Situation wie der Krise am Persischen Golf bereits erprobt. Im Grunde war dies ein Test für die neuen Beziehungen.

Allerdings wurde dieser Prozess durch den Zerfall der Sowjetunion auf tragische Weise unterbrochen. Danach hat man über unser Erbe, denke ich, nicht auf beste Art und Weise verfügt. Ich sehe den Hauptgrund dafür einerseits darin, dass im Westen die Auffassung vertreten wurde, den Kalten Krieg gewonnen zu haben, mit all den daraus resultierenden Folgen, einschließlich der Politik, der Realpolitik. Andererseits lag es daran, dass Russland aus unterschiedlichen Gründen – darüber können wir heute nicht ausführlich sprechen – in der Weltpolitik nicht jene Rolle spielen konnte, die die Sowjetunion zu Zeiten der Perestrojka zu spielen begonnen hatte.

Man kann viel über das Deutschland unserer Tage sagen, aber nicht hier und heute. Den Deutschen fallen die Schritte zur Erfüllung der Wiedervereinigung mit neuen Inhalten nicht leicht. 1992 traf ich mich mit Helmut Kohl, wir saßen mit unseren Ehefrauen in freundschaftlicher Atmosphäre an einem Tisch und unterhielten uns. Er sagte: „Weißt Du, Michail, mit der Wirtschaft ist es schwierig, aber wir werden es, wie es scheint, Schritt für Schritt schaffen.“ In der Tat waren dafür größere Anstrengungen erforderlich als erwartet. Nun ja, Sie wissen, Politik ist schließlich kein Zugfahrplan. Vielmehr haben wir es mit einer Vision, einer Orientierung, einer Wahl zu tun; und der Schaffensprozess selbst gibt manchmal die Antwort darauf, was zu tun ist. Was das Volk anbelangt, so sagte Helmut Kohl, dass die vierzig Jahre der Trennung große Bedeutung hätten: „...denn als wir wieder zusammenkamen, sprachen wir zwar eine Sprache, waren ein Volk, aber wir verstanden einander oft nicht.“ Es wird also eine, vielleicht zwei Generationen dauern, bis die Probleme des neuen, vereinten Deutschlands harmonisch gelöst werden können.

Auch in dieser schwierigen Aufgabe möchte ich Sie unterstützen, Ihren Mut stärken. Als ich gestern Abend mit einigen Deutschen sprach, sagte ich: „Ich weiß, Sie haben viele Probleme“, und sie antworteten: „Ja, ja, ja!“ Ich erwiderte: „Darf ich Ihnen eine Möglichkeit anbieten, die Sie sofort beruhigen wird – Tauschen Sie Ihre Probleme gegen die russischen Probleme.“ Alle riefen sogleich: „Nein, nein, nein! Lösen Sie nur Ihre Probleme, wir lösen die unseren.“

Ich denke, dass die Deutschen den größten Teil des Weges schon gegangen sind und auch den Rest bewältigen werden. Ich möchte Ihnen allen, meine lieben Freunde – denn das Parlament repräsentiert das ganze Volk – viel Erfolg bei Ihrer Arbeit wünschen. Ich sehe, wie schwierig sich die Beziehungen innerhalb des nun vereinigten Deutschlands gestalten. Aber so ist das Leben nun einmal. In vielen Fällen bedarf es der Zeit. Wahrscheinlich wird die Lösung der Übergangsprobleme einige Generationen dauern. [...]

Abschließend möchte ich sagen, dass das Bild, welches das festliche Berlin unserer Tage bietet, mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass wir in den schwierigen Monaten der Jahre 1989 und 1990, als es um die Wiedervereinigung Deutschlands ging, im Großen und Ganzen richtig gehandelt haben. Dies gibt uns Hoffnung für die Zukunft. Danke schön.

M **Analyseraster für politische Reden**
 09 **Arbeitsblatt**

Formale Aspekte:

Name und Funktion der Rednerin / des Redners

Zeit und Ort der Rede

Art/Funktion der Rede

Publikum

Inhaltliche Aspekte:

Themen der Rede

wesentliche Aussagen

inhaltliche und politische Position
 der Rednerin/des Redners

sprachliche Mittel

Historischer Kontext:

Anlass für die Rede

Adressatenkreis

historische Ereignisse, auf die Bezug genommen wird

Reaktionen bzw. historische Folgen

Beurteilung:

Standpunkt und Argumente der Rednerin/des Redners

erkennbare Absichten der Rede

Widersprüchlichkeiten, wenn erkennbar

Wirkung in der aktuellen Gegenwart

Schengener Übereinkommen

10

Arbeitsblatt

Definition „Schengener Übereinkommen“

Das Übereinkommen von 1985 ist ein Vertrag, der zum Wegfall von Grenzkontrollen zwischen allen Mitgliedstaaten (Schengen-Raum) geführt hat. Es gibt aber Regeln (Grundsätze), damit die Sicherheit und Ordnung im Schengen-Raum erhalten bleibt. Viele, aber nicht alle Mitgliedstaaten gehören zur EU.

Arbeitsauftrag 1⁹¹

Markiert in der Europakarte die Mitgliedstaaten des Schengener Übereinkommens (rot). Um sichtbar zu machen, welche EU-Staaten auch Mitglied beim Schengener Übereinkommen sind, schraffiert deren Staatsgebiet mit schwarzen Linien.
Hilfsmittel: Karten im Atlas oder Internetrecherche



18) Schengen-Raum

⁹¹ http://www.mygeo.info/landkarten/europa/landkarte_europa_umrisse.png, Ausschnitt (02/01/2015)

Schengen-Regeln:

- keine Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten
- starke Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raumes
- Flüge und Schifffahrten innerhalb des Schengen-Raumes bleiben ohne Grenzkontrolle
- Erteilung von einheitlichen Visa für den Schengen-Raum und ein gemeinsamen Visa-Informationssystem (VIS)
- eine gemeinsame Fahndungsdatei (Schengener Informationssystem: SIS)

Arbeitsauftrag 2

Verbindet die Grundsätze mit den richtigen Beispielen:

Keine Grenzkontrolle zwischen den Mitgliedstaaten.

Ein Bürger der USA will durch den Schengen-Raum reisen. Er muss nur noch ein Visum beantragen.

Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen des Schengener Gebiets nach gemeinsamen Standards

Beim Grenzübertritt zwischen Mitgliedstaaten musst du keinen Pass mehr vorzeigen.

Erteilung von Visa für das gemeinsame Schengen-Gebiet

Die Polizei verschiedener Länder arbeitet bei der Bekämpfung von bestimmten Verbrechen zusammen.

Eine gemeinsame Fahndungsdatei (SIS) und ein gemeinsames Visa-Informationssystem (VIS)

Es ist festgelegt worden, wie die Außengrenzen überwacht werden – egal in welchem Land.

Arbeitsauftrag 3

Überlegt in der Gruppe, welcher dieser Grundsätze eine konkrete Auswirkung auf euer Leben hat und markiert ihn farbig. Notiert Beispiele aus eurem Leben.

Arbeitsauftrag 4

Diskutiert in der Gruppe Probleme, die durch das Schengener Übereinkommen entstanden sind. Denkt dabei auch an die Drittländer, die nicht Mitglied sind.

Arbeitsauftrag 5

1) Lest im Internet zwei Artikel zur Schengen-Reform durch.

Artikel 1: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/eu_fuer_mich/89768_Schengener-Abkommen.html (03/01/2015)

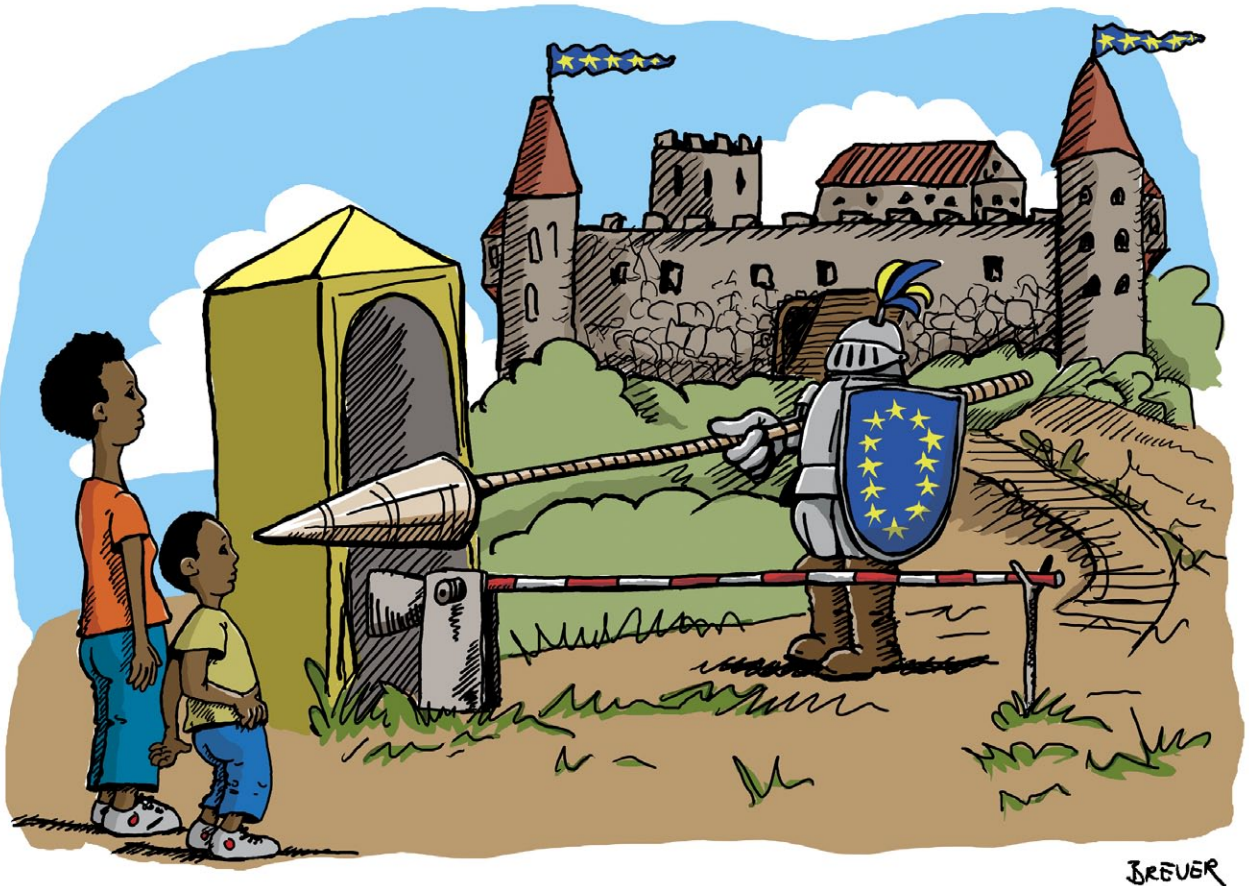
Artikel 2: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schengen-reform-eu-laender-duerfen-grenzen-zwei-jahre-lang-dicht-machen-a-902890.html> (03/01/2015).

2) Diskutiert in Gruppen, ob die Schließung von Grenzen in Notfallsituationen ein Rückschritt der Reisefreiheit bzw. des Schengener Übereinkommens ist. Fasst eure Diskussionsergebnisse auf einem Blatt zusammen.



Schengen in der Karikatur

Arbeitsblatt



BREUER

19) Festung Europa

Betrachtet das Bild genau und analysiert die Karikatur, indem ihr die Antworten zu den folgenden Punkten in euer Heft/in eure Mappe schreibt. Recherchiert bei Bedarf auch im Internet.

- Karikaturist
- Entstehungszeitpunkt und -ort
- genaue Beschreibung
- Thema der Karikatur
- mögliche Zwecke
- historischer Kontext
- mögliche Intention des Karikaturisten
- erzielte Wirkung(en)
- Bewertung aus heutiger Sicht

M Schengen in der Karikatur

12 Lösungsvorschlag

Karikaturist	Martin Breuer
Entstehungszeitpunkt und -ort	unbekannt (vor 2015)
genaue Beschreibung/Interpretation	Man sieht eine mittelalterliche Burg, auf der zwei EU-Flaggen wehen, die in der Farbe und mit den Sternen an die EU-Flagge erinnern. Davor befindet sich ein Weg, der in die Burg hineinführt, wenn die Tore nicht geschlossen wären. Am Anfang des Weges steht ein Ritter in Rüstung. Auf seinem Schild befindet sich ein EU-Symbol: zwölf Sterne kreisförmig auf blauem Grund. Neben ihm befindet sich ein Grenzhäuschen mit einem heruntergelassenen Schlagbaum. Vor dieser Grenze stehen zwei Kinder/Jugendliche, die eine dunkle Hautfarbe haben und den Ritter anschauen. Dieser streckt ihnen jedoch seine Lanze entgegen, sodass sie nicht hinein können.
Thema der Karikatur	Verteidigung von Grenzen
mögliche Zwecke	Diskussionsanregung zum Thema Grenzen in der EU
historischer Kontext	Diskussionen um die „Sicherung“ der Schengen-Grenzen, Flüchtlingsströme nach EU-Europa
mögliche Intention des Karikaturisten	Der Karikaturist zeigt, dass nicht alle Menschen in der „Burg“ Europa willkommen sind. Die Kinder/Jugendlichen stehen für Drittländer, die nicht zu den Schengen-Staaten zählen. Sie kommen nicht ohne Grenzkontrollen hinein bzw. können auch abgewiesen werden. Die Kinder/Jugendlichen wollen in die EU, der Ritter hält sie davon ab.
erzielte Wirkung(en)	Irritation, Nachdenken ...
Bewertung aus heutiger Sicht	Die Schengen-Staaten haben die Außengrenzen so gesichert, dass manche von einer Festung sprechen, in die Menschen nicht ohne Grenzkontrollen hineinkommen und aus der Flüchtlinge zum Teil ausgewiesen werden.

Bewertungen von 1989 – Zeitzeuge vs. Historiker / Text 1 Lesevorlage

Horst Teltschik: Europa – ein Kontinent, der seine Ziele verrät

1990 sind den Europäern unwiederbringliche Chancen eröffnet worden, in Freiheit und Sicherheit leben zu können. Russland galt als Schlüsselland. Was ist daraus geworden? Derzeit sind die Beziehungen zwischen Ost und West ein politischer Scherbenhaufen.

Es begann vor 25 Jahren. Im August 1989 wählte Polen seine erste demokratische Regierung. Im September öffnete Ungarn alle seine Grenzen. Im November fiel die Mauer in Berlin. Das war der Anfang einer friedlichen Revolution. Sie veränderte Deutschland, Europa und die Welt, ohne dass ein Schuss gefallen ist.

Deutschland wurde geeint. Alle Nachbarstaaten, einschließlich der UdSSR, haben zugestimmt. Bundeskanzler Helmut Kohl konnte damals im Bundestag sagen, dass Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte keine Feinde mehr hat. Er fügte aber auch hinzu, was die gegenwärtige politische Debatte in Deutschland bestimmt: dass das größere Deutschland zukünftig mehr internationale Verantwortung übernehmen müsse, nicht militärisch, sondern politisch und wirtschaftlich. Es war erst die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, die die Bundeswehr erstmals in militärischen Konflikten außerhalb des Nato-Gebietes – im Kosovo und in Afghanistan – einsetzte.

Europa war nicht länger geteilt. Der Warschauer Pakt löste sich friedlich auf. 500.000 sowjetische Soldaten kehrten aus Mitteleuropa nach Russland zurück. 1991 zerfiel die UdSSR in fünfzehn souveräne Republiken. Der Kalte Krieg war zu Ende.

Das bipolare Weltsystem der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion mit ihren jeweiligen Bündnissystemen Nato und Warschauer Pakt und ihren antagonistischen Gesellschaftssystemen beherrschte nicht länger die internationale Politik. Präsident George Bush senior forderte zu einer neuen Weltordnung auf.

Kein Wunder, dass die Bürger in Europa nach dieser friedlichen Revolution eine Friedensdividende erwarteten. Sie wurde ihnen auch in Aussicht gestellt. Im November 1990 trafen sich alle 35 Staats- und Regierungschefs der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Paris und unterzeichneten eine „Charta für ein neues Europa“. Sie wollten eine Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok schaffen, das „gemeinsame europäische Haus“, von dem Michail Gorbatschow immer gesprochen hatte. Mit der Pariser Charta sollte „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ eingeleitet werden. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen.

Gemeinsame Leitlinien wurden vereinbart, nach denen das neue Europa gestaltet werden sollte. Mit der KSZE, der heutigen OSZE, sollte ein Mechanismus entwickelt werden, um Konfrontationen zu vermeiden, Krisen zu beherrschen und Konflikte friedlich zu beenden. Vorgesehen waren z.B. ein jährliches Außenminister-Treffen und die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums.

Welch eine Vision! 1990 ist uns Europäern zum ersten Mal in der Geschichte die vielleicht unwiederbringliche Chance eröffnet worden, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, in dem jedem Mitglied Freiheit und Sicherheit garantiert werden sollte.

Heute – 24 Jahre später – müssen sich alle OSZE-Staaten fragen, was sie aus dieser Perspektive gemacht haben. Die OSZE ist mehr oder weniger zu einem Wahlbeobachtungsverein verkümmert. Angesichts der aktuellen Ukraine-Krise wird bisher vergeblich versucht, die OSZE als Kriseninstrument wiederzubeleben. Im Grunde stehen wir im Augenblick in den Ost-West-Beziehungen vor einem politischen Scherbenhaufen. Er wäre sicherlich vermeidbar gewesen, wenn alle Seiten aufeinander zugegangen wären.

Den politischen Verantwortlichen von 1989/90 war klar, dass die Entwicklung der Beziehungen zu Russland der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden war. So hat die Bundesregierung von Helmut Kohl 1990 insgesamt 22 Verträge und Abkommen mit der UdSSR abgeschlossen, darunter den bedeutenden Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Dieser Vertrag enthält wichtige sicherheitspolitische Vereinbarungen. Auf diese Weise wollte die Bundesregierung den russischen Sicherheitsinteressen bewusst Rechnung tragen.

Das ist eine wichtige Erfahrung. Die russischen Sicherheitsinteressen waren und sind häufig maßlos übertrieben, aber wir müssen sie ernst nehmen. Die Perzeption von Politik ist häufig wichtiger als die Realität. Aus diesem Grund haben Helmut Kohl sowie Gerhard Schröder versucht, ein enges Vertrauensverhältnis zu ihren russischen Partnern aufzubauen. Präsident Clinton hat mit seiner Initiative der „Partnerschaft für den Frieden“ vertrauensbildende Maßnahmen eingeleitet und gegenüber Präsident Jelzin sogar von der Möglichkeit gesprochen, dass Russland in der Zukunft Mitglied in der Nato werden könnte. Selbst der polnische Außenminister Sigorski hatte das nicht ausgeschlossen.

Im Mai 1997 unterzeichneten Russland und die Nato eine „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“, in der es ausdrücklich heißt: „Die Nato und Russland betrachten einander nicht als Gegner.“ 2002 wurde der Nato-Russland-Rat gegründet. 2007 erklärte Bundeskanzlerin Merkel, dass darüber hinaus die Beziehungen zwischen der Nato und Russland weiterentwickelt werden sollten.

Die EU schloss 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland, das 2007 auslief und seitdem der Erneuerung harret. Eine gesamteuropäische Freihandelszone – ein Vorschlag von Kommissionspräsident Prodi – ist selbst nach dem Beitritt Russlands zur WTO nie in Angriff genommen worden. Präsident Putin sollte Recht behalten, als er 2001 im Bundestag sagte: „Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen.“

Vieles hat auch er zu verantworten: Den Georgienkrieg 2008, die eingefrorenen Konflikte in Transnistrien/Republik Moldau, um Nagorny Karabach, die Auseinandersetzungen um Syrien und jetzt den Konflikt in der Ukraine. Wenn Moskau nicht aktiv und schnell zur Befriedung in der Ostukraine beiträgt, wird das Vertrauen in Russland für eine nicht absehbare Zeit zerstört, und die Vision einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung wird erst einmal verspielt sein. Die Verantwortung dafür trägt dann vor allem Russland und die Folgen die russischen Bürger.

Der Standard, 6. 9. 2014, S. 47

Horst Teltschik, geboren 1940 im damaligen Sudetenland, war der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Er war maßgeblich an den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung beteiligt. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz.

M **Bewertungen von 1989 – Zeitzeuge vs. Historiker / Text 2**

15

Lesevorlage

Michael Gehler: Kein Ende der Geschichte: Das Epochenjahr 1989

Wenn es auch nicht ein „Ende der Geschichte“ gegeben hat, so doch das Ende der Bipolarität, verbunden mit der Einsicht in eine multipolare Weltordnung.

Die politischen Umwälzungen erreichten 1989 in der Mitte und im Südosten Europas einen Höhepunkt. Die sozialistischen Systeme mussten ihr Machtmonopol aufgeben und lösten sich nacheinander auf. Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand meinte in seiner Neujahrsansprache 1990, die Ereignisse überträfen in ihrer Bedeutung alles, was man seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt habe. Gorbatschow und Bush senior erklärten vor Malta den Kalten Krieg für beendet. Der US-Politologe Francis Fukuyama sprach missverständlich vom „Ende der Geschichte“ - gemeint waren der Sieg der liberalen Demokratie und das Verschwinden der Ideologien. Rasche Freiheitserfolge blieben aber aus. Die Erfüllung der Gleichheitsforderung ebenso. Diese doppelte Enttäuschung führte viele in den postsozialistischen Gesellschaften in neue politische Gleichgültigkeit.

1989 brachte scheinbar eine Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Vorgängen unterschiedliche Strukturen und ihre Brüche Ausdruck. Die friteusenhafte Demokratisierung reichte nicht aus, um die im „real existierenden Sozialismus“ entwickelten Gewohnheiten sofort abzulegen und gewachsene Mentalitäten einfach per Knopfdruck zu überwinden, Legitimation für neu geschaffene Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten, so wie man sich das im triumphierenden Westen vorgestellt hatte. Konsolidierungs- und Identitätskrisen in den mittel- und osteuropäischen Ländern folgten. Der Glanz der „Revolutionen“ verblasste rasch. Ihre Mythologisierung ist daher fehl am Platze: Es waren weder gewaltsame Umbruchbewegungen noch gab es substanziellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte kein zwingender Elitenwechsel. Doch blieb auch „weißer Terror“ aus. Es waren Umwälzungen und die sich daraus ergebenden Folgen erst revolutionär.

Erosion der Staatenordnung

Nach 1989 waren die neuen Staatsformen gezwungen, die Entwicklungen westlicher Demokratien nachzuvollziehen und solcherart eigene Traditionen wiederzubeleben. Die Umbrüche und das Ende der poststalinistischen Systeme 1989/90 stellten das europäische Einigungsprojekt vor gänzlich neue Herausforderungen wie auch die Erosion der mittel- und südosteuropäischen Staatenordnung (die Sezession in Tschechien und der Slowakei sowie der einsetzende Zerfall Jugoslawiens deuteten darauf hin). EU und Nato standen nach Bewältigung der deutschen Einigung vor einer neuerlichen Stabilisierungsaufgabe.

Der zweifache Rat des Westens an den Osten zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft war problematisch. Die Transformation war von einem ökonomischen Niedergang begleitet. Dem „annus mirabilis“ 1989 folgten „anni miserabiles“ (Ivan Berend). Demokratie und Marktwirtschaft liefen nun selbst Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren und aufgrund schleppender Umsetzung fragwürdig zu werden. Die Folgen von 1989 führten daher auch zur Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee (Ludger Kühnhardt).

Gemeinsamer Erinnerungsort?

So fragt sich nicht nur, ob 1989 ein Wendejahr gewesen ist, sondern darüber hinaus, ob es als europäisches Ereignis auch einen gemeinsamen Erinnerungsort hat, zumal die damit verbundenen Assoziationen sehr unterschiedlich waren und sind. Ängste vor einem wieder erstarkten Deutschland waren weit verbreitet - auch unter österreichischen Intellektuellen, wobei sich die Frage aufdrängt, ob „1989“ überhaupt diese Bedeutung zukommt. Eher scheinen die 1990er-Jahre als Schlüsseljahre

für die Entwicklung Europas und die Welt entscheidend. Ist 1989 daher ein Transformationsjahr? Hat eine tief greifende Auseinandersetzung mit dem Kommunismus je stattgefunden? Existieren ein gemeinsames Gedächtnis und eine übereinstimmende Deutung von 1989? Ergibt es einen Sinn, sich auf dieses Jahr so zu konzentrieren und darum eine europäische Erinnerung aufzubauen?

Wer diese Fragen verneint, könnte zum Schluss kommen, statt Aufbruch in eine bessere Zukunft habe eher eine Rückkehr in verstaubte Geschichte mit Nostalgie stattgefunden. Als Historiker muss man jedoch diese Einschätzung nicht teilen, denn geschichtliche Ereignisse – v. a. revolutionäre – lassen sich nie eindeutig, einheitlich und übereinstimmend interpretieren.

Für die (äußerste) Linke war und bleibt 1989 sehr ambivalent, weil ihre Ideologie an den Realitäten zerbrochen ist und seither schweren Schaden genommen hat. Daher tut sich dieses politische Spektrum heute noch mit dem Eingeständnis schwer, dass 1989 ein historisches Epochenjahr war. Allerdings ist auch die (konservative) Rechte fern davon, in nicht enden wollenden Jubel auszubrechen. 1989 bewirkte auch für ihr Lager Fragwürdigkeit bestimmter Gewissheiten und lieb gewonnener Traditionen. Trotz unterschiedlicher Einschätzungen sowie der Frage, ob es sich um klassische Revolutionen gehandelt hat, dürfte feststehen: 1989 ist nicht nur ein europahistorisches Wendejahr, sondern auch ein weltgeschichtliches Epochenjahr gewesen. [...]

Parallele mit Bastille-Sturm

1989 ist vergleichbar mit 1789: War mit dem legendären Sturm auf die Bastille die Französische Revolution noch nicht vollzogen, so bedeutete die symbolische Öffnung der Mauer in Berlin noch nicht das Ende der kommunistischen Regime. Der sich im Sommer und Herbst 1989 auf breiter Basis in mehreren Ländern des sogenannten „Ostblocks“ massenhaft artikulierende Bürgerprotest und Freiheitswille, der Zusammenbruch der real existierenden sozialistischen Herrschaftssysteme in der Mitte und im Osten Europas, das Ende ihrer Einparteienregime, die Einführung der kapitalistischen Privatwirtschaft sowie die Erosion der Warschauer Vertragsorganisation und der folgende Kollaps der UdSSR stehen paradigmatisch für die revolutionären Folgen dieses Epochenjahres.

Danzig, Budapest, Sopron und Prag waren zweifelsohne wichtige Stationen der Umsturzbewegungen. Was für Berlin aber als europäischen Erinnerungsort spricht: Die ehemalige Frontstadt des Kalten Kriegs stand nicht nur für die Spaltung Deutschlands, sondern auch für die Teilung Europas, die nur von dort überwunden werden konnte. Im Übrigen waren es ostdeutsche Arbeiter, die am 17. Juni 1953 als Erste hinter dem Eisernen Vorhang den Aufstand gegen ein von Moskaus Gnaden eingesetztes kommunistisches Regime probten. Aufstände und Unruhen wie 1956, 1968 und 1981 folgten erst später. Dass sich am symbolhaftesten „die Wende“ 1989 in der ehemaligen Reichshauptstadt von Deutschland vollzog, das ein neues Deutschland wurde und ein europäisches Deutschland in einem neuen, am Multilateralismus orientierten Europa blieb, unterstreicht die historische Dimension dieses Jahres. Wenn es auch nicht ein „Ende der Geschichte“ gegeben hat, so doch das Ende der Bipolarität, verbunden mit der Einsicht in eine multipolare Weltordnung.

Die Presse, 30. 9. 2009, S. 30

Michael Gehler, geboren 1962 in Innsbruck, ist ein österreichischer Historiker, Professor für Geschichte an der Universität Hildesheim und Inhaber der „Jean-Monnet Chairs“ für Europäische Geschichte sowie Leiter des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien.

M **Analyseraster Sekundärtexte**
16 **Arbeitsblatt**

	Zeitzeuge	Historiker
Publikationszeitpunkt und -ort		
historischer Kontext der Publikation		
Textsorte		
Themen		
zentrale Thesen		
Begründungen bzw. Belege		
ausgeblendete Inhalte		
Fachbegriffe		
mögliche Intentionen des Autors		
Zielgruppen		
erzielte Wirkung(en)		
Bewertung aus heutiger Sicht		



Veränderungen in Europa

Arbeitsblatt

Bereich	nötige Änderungen	zu erwartender Widerstand	mögliche Maßnahmen
territoriale Veränderungen			
europäische Institutionen			
Wirtschaft			
Bildung			
Gesellschaft			
Ökologie			
Regionalpolitik			

LITERATUR

Bruckmüller, Ernst (1994). Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren, Wien.

Fischer, Sebastian (2014). USA und Russland in der Ukraine-Krise. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-gegen-russland-das-gere-de-vom-kalten-krieg-a-961406.html> (01/01/2015)

Folie, Sabine; Glasmeier, Michael (2002). Tableaux vivants. Lebende Bilder und Attitüden in Fotografie, Film und Video, (Ausstellungskatalog) Kunsthalle Wien, 24. Mai–25. August 2002.

Fröhlich-Steffen, Susanne (2003). Die österreichische Identität im Wandel, Wien.

Gehler, Michael (2005). Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck/Wien.

Gehler, Michael (2009). Kein Ende der Geschichte: Das Epochenjahr 1989, Die Presse, 30. 9. 2009, S. 30.

Handro, Saskia (2009). 1989 und wir. Geschichtsdidaktische Reflexionen. In: Geschichte für heute 2/2 (2009), S. 5–14.

Hellmuth, Thomas (2013). Von den „Mühen der Gebirge“. Kompetenzorientierte Politische Bildung in der universitären Aus- und Fortbildung von Lehrer/innen. In: Wirtitsch, Manfred (Hg.). Kompetenzorientierung. Eine Herausforderung für die Lehrerbildung (Wiener Beiträge zur Politischen Bildung 2), Schwalbach/Ts., S. 29–48.

Hellmuth, Thomas (2014). Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte – Geschichtsdidaktik – politische Bildung, Schwalbach/Ts.

Kühberger, Christoph (2014). 1989 im österreichischen Geschichtsunterricht. Über Zeitpunkte und Ikonen. In: Brait, Andrea; Gehler, Michael (Hg.) (2014). Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich. Wien/Köln/Weimar, S. 467–481.

Kühberger, Christoph; Sedmak, Clemens (2005). Bausteine einer Ethik der Erinnerung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11/53 (2005), S. 981–999.

Lange, Dirk (2009). Historisch-politische Didaktik. Zur Begründung historisch-politischen Lernens, Schwalbach/Ts.

Reuber, Paul (2012). Politische Geografie, Paderborn.

Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2002) (Hg.). Politische Geografie – Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics, Heidelberg.

Teltschik, Horst (2014). Europa – ein Kontinent, der seine Ziele verrät. In: Der Standard, 6. 9. 2014, S. 47.

SCHULBÜCHER

Dubski, Rainald; Germ, Alfred; Part, Florian Benjamin; Schwanninger, Florian (2014). Hotspots 2. Geschichte und Politische Bildung, Linz.

Gutschner, Peter (2012). geschichte.aktuell 2. AHS-Oberstufe, 7./8. Klasse, Linz.

Hofer, Jutta; Paireder, Bettina (2012). netzwerk geschichte@politik 4, Linz.

Melichar, Fritz; Plattner, Irmgard; Rauegger-Fischer, Claudia (2014a). GO! Geschichte Oberstufe 7, Wien.

Melichar, Fritz; Plattner, Irmgard; Rauegger-Fischer, Claudia (2014b). GO! Geschichte Oberstufe 8, Wien.

Staudinger, Eduard; Scheucher, Alois; Ebenhoch, Ulrike; Scheipl, Josef (2012). Zeitbilder 7&8. Geschichte und Sozialkunde. Politische Bildung. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart, Wien.

LINKS

<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/gorbatschow/rede/247408> (03/01/2014)

<http://www.europeangreenbelt.org/> (03/01/2014)

http://www.mygeo.info/landkarten/europa/landkarte_europa_umrisse.png (03/01/2014)

<http://www.shz.de/schleswig-holstein/panorama/vom-gulaschkommunismus-zur-ausgehandelten-revolution-id874841.html> (01/01/2015)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/schengen-reform-eu-laender-duerfen-grenzen-zwei-jahre-lang-dicht-machen-a-902890.html> (03/01/2014)

http://www.tagesschau.de/ausland/paneuropaeisches-picknick-101-magnifier_pos-0.html (03/01/2014)

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/eu_fuer_mich/89768_Schengener-Abkommen.html (03/01/2014)

http://www.youtube.com/watch?v=w_4kZcxhK-0 (03/01/2014)

<http://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/auslandskultur/kulturforen> (01/06/2015)

<http://www.cash-flow.net/about/coverarchiv/1990-2> (16/07/2015)

http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3833063/Osterreich-in-Osteuropa_Zum-Erfolg-verdammt (10/06/2015)

www.didactics.eu/index.php?id=2909 (22/07/2015)

www.didactics.eu/index.php?id=2960 (22/07/2015)

https://www.youtube.com/watch?v=-_aNOAzllGY (04/06/2015)

[www.didactics.eu/index.php?id=\)2961](http://www.didactics.eu/index.php?id=)2961) (22/07/2015)

<http://ankedomscheitberg.de/?p=2162> (13/06/2015)

<http://www.hdg.de/lemo/biografie/michail-gorbatschow.html> (15/06/2015)

<http://www.hdg.de/lemo/biografie/ronald-reagan.html> (15/06/2015)

<http://www.alois-mock.at/AloisMock-Leben.html> (15/06/2015)

<http://www.hdg.de/lemo/zeitzeugen/helmut-beschke-flucht-aus-der-ddr-1953.html> (15/06/2015)

http://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Kultur/Online-Verlag/Das_Burgenland_und_der_Fall_des_Eisernen_Vorhangs.pdf (15/06/2015)

<http://www.rotekreuz.at/bgl/dienststellen/guessing/die-bezirksstelle/die-geschichte/1989-bis-1997> (15/06/2015)

AUTORINNEN UND AUTOREN

Andrea Brait



MMag. Dr. phil., Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Wien; Lektorin am Institut für Geschichte der Universität Wien, an der PH Wien und am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim; Lehrkraft für Deutsch, Deutsch als Zweitsprache, Geschichte und Sozialkunde sowie Internationale Wirtschafts- und Kulturräume in Wien; zahlreiche Vorträge, Lehrveranstaltungen und Publikationen zu den Themen Gedächtnispolitik und Musealisierung im deutschsprachigen Raum, zu den Beziehungen Österreichs mit seinen Nachbarstaaten (insbesondere seit den Revolutionen von 1989) und im Bereich Geschichtsdidaktik.

Michael Gehler



Mag. Dr. phil. habil., Inhaber des Jean Monnet Chairs für Vergleichende europäische Zeitgeschichte und für die Geschichte der europäischen Integration, Leiter des Instituts für Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim und Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; spezialisiert auf deutsche, österreichische und europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert sowie die internationalen Beziehungen nach 1945.

Alfred Germ



Lehramtsstudium GSPB und GWK (Mag.phil.), Politikwissenschaft (Mag.phil.), Politische Bildung (MA). AHS- und BHS-Lehrer für die Fächer GSPB, GWK, VOW, RECHT. Betreuungslehrer im Schul- und Unterrichtspraktikum. Hochschuldozent an der HAUP. Lektor an der PH Wien. Universitätslektor für Geschichts-/Politikdidaktik und allgemeine Didaktik an der Universität Wien und Salzburg. Lehrer/innen- und Erwachsenenbilder, Schulbuchautor.

Marcus Gonschor



B.Sc. M.Ed. Dr. phil., Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Ökonomie und Pädagogik in Hildesheim; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim; Lehrkraft für Geschichte, Wirtschaft, Erdkunde und Politik in Einbeck; Vorträge, Lehrveranstaltungen und Publikationen zu den Themen deutsch-amerikanische Beziehungen, Wirtschaftsgeschichte, transnationale Parteienkooperation christlich-demokratischer und konservativer Parteien Europas sowie zum Umgang mit Memoiren und Autobiografien in der Geschichtswissenschaft.

Oliver Kühschelm



Mag. Dr. phil., postdoc-Assistent am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Konsumierens und der Werbung; Nation und Nationalismus; Bürgertum und Mittelklassen; Wirtschaftsgeschichte der Ostöffnung; methodologische Interessen: Historische Diskursanalyse, Bild-Sprache-Kommunikation.

Lisa Mayer



Mag. phil., Lehramtsstudium Englisch und Geschichte/Sozialkunde/PB an der Universität Wien, AHS-Lehrerin am Albertus Magnus Gymnasium

Andreas Pudlat



Dr. phil. M.A., stellvertretender Leiter/LfbA des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Fachnetzkoordinator Geschichte im Studiengang Master of Education. Expertentätigkeit für das Projekt „Strategische und konzeptionelle Weiterentwicklung des Zweiten Bildungsweges in Niedersachsen – Vorbereitungskurse auf den nachträglichen Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen“. Mitarbeit im Projekt „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten“ (gefördert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich). Forschungsschwerpunkte: Schengen in polizeiwissenschaftlicher und historischer Perspektive, Vergangenheitsbewirtschaftung, Professionalisierung von Geschichtslehrkräften.

Rebecca Schumnig



Realschullehrerin an einer Ober- und Integrierten Gesamtschule für die Unterrichtsfächer Geschichte, Erdkunde und Politik (GSW), Deutsch, Werte und Normen sowie Wirtschaft. Fachbereichsleitung Gesellschaftslehre/GSW sowie Fachleitung Werte und Normen. Seit dem Wintersemester 2013/14 fachdidaktische Lehrbeauftragte an der Stiftung Universität Hildesheim im Studiengang Master of Education (Fach Geschichte). Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Medien im Geschichtsunterricht (v.a. Schulbuch) und fachfremdes Unterrichten.

Anhang
Glossar
Bildverzeichnis

GLOSSAR

Berliner Mauer: In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 haben Grenzpolizisten der DDR damit begonnen, in Berliner Straßen das Pflaster aufzureißen, Barrikaden aus den Steinen zu errichten und quer durch die Stadt Stacheldraht zu ziehen. Sie bauten rund um West-Berlin eine drei Meter hohe, unüberwindliche Mauer. Dadurch wurde der westliche Teil Berlins von der DDR und Ostberlin abgetrennt. Obwohl die Mauer als unüberwindbar galt, versuchten dennoch viele Menschen, aus der DDR zu fliehen und riskierten dabei ihr Leben. 136 Menschen starben zwischen 1961 und 1989 an der Berliner Mauer.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/160876/berliner-mauer> (03/01/2015)

Breschnew-Doktrin: Von L. I. Breschnew im November 1968 in Warschau verkündete Doktrin einer beschränkten Souveränität der Staaten des „sozialistischen Lagers“. Sie diente der (nachträglichen) Rechtfertigung des Einmarsches von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR (1968) zur Unterdrückung des reformsozialistischen Kurses, kam aber nach 1968 nicht mehr zur Anwendung. Nach dem Machtantritt Michail Gorbatschows (1985) rückte die UdSSR durch die Betonung der Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Länder endgültig von ihr ab. <https://uni-vienna.brockhaus-wissensservice.com/brockhaus/breschnew-doktrin> (03/01/2015)

DDR: Die DDR (Deutsche Demokratische Republik) wurde am 7.10.1949 auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland errichtet. Sie umfasste das Gebiet der heutigen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der Staat endete mit deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Die DDR verstand sich als sozialistischer Staat und bezeichnete sich selbst als Arbeiter- und Bauernstaat. Die politische Macht lag alleine bei einer Partei, der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/160955/ddr> (03/01/2015) <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16393/ddr> (03/01/2015)

Eiserner Vorhang: Der konservative britische Oppositionsführer Winston Churchill sagte in einer Rede am 5.3.1946 in Fulton, Missouri, dass sich ein „eiserner Vorhang über den europäischen Kontinent gesenkt“ habe – ein Bild für die erkennbare Teilung Europas (und der Welt) im Kalten Krieg. Mittel- und Osteuropa erlebte bald danach kommunistische Machtübernahmen, während die Staaten westlich der Oder-Neiße-Linie libe-

raldemokratische, parlamentarische Demokratien waren. Der Eiserner Vorhang als ideologische Trennlinie wurde aber auch sichtbar in Grenzbefestigungen und kilometerbreiten Sperrzonen, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland nach dem Bau der Berliner Mauer 1961. Im August 1989 öffnete Ungarn als erstes Land des Ostblocks seine Grenze zum Westen. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176814/eiserner-vorhang> (03/01/2015)

Kalter Krieg: Kalter Krieg ist die Bezeichnung für eine Konfrontation zwischen verschiedenen Staaten. Einzelne oder mehrere Staaten stehen sich feindlich gegenüber, doch sie kämpfen nicht mit kriegerischen Mitteln.

Wenn man vom Kalten Krieg spricht, so meint man in der Regel den sogenannten Ost-West-Konflikt ab 1946/47. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren ein westliches Lager unter der Führung der USA und ein östliches unter Führung der Sowjetunion entstanden. Starke Gegensätze zwischen diesen beiden Siegermächten führten zu schweren Spannungen. Erst durch die Umbrüche in Osteuropa und die Auflösung der Sowjetunion (1991) wurde der Kalte Krieg endgültig beendet.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161276/kalter-krieg> (03/01/2015)

Kommunismus: Der Kommunismus hat eine bestimmte Vorstellung von einer idealen menschlichen Gesellschaft: Allen Menschen sollen gemeinsam die Produktionsmittel gehören, die für den Lebensunterhalt notwendig sind. Als politische Lehrmeinung entstand der Kommunismus im 19. Jahrhundert und wurde wesentlich durch Karl Marx und Friedrich Engels geprägt („Das kommunistische Manifest“). Dieser Grundgedanke wurde von anderen Denkern (zum Beispiel Wladimir Iljitsch Lenin) weiterentwickelt und im 20. Jahrhundert Grundlage verschiedener politischer Herrschaftsformen. Nach der sogenannten russischen Oktoberrevolution im Jahr 1917 entstand in der Sowjetunion eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Endziel eine kommunistische Gesellschaft anstrebte. Auf dem Weg zu einer solchen Gesellschaft sollte als Vorstufe der Sozialismus verwirklicht werden. Tatsächlich hat sich aber gezeigt, dass es in Staaten, die den Kommunismus verwirklichen wollten, zu schrecklichen Ungerechtigkeiten und Terror gekommen ist. Mit dem Ende der Sowjetunion (1991) als der größten Macht des Kommunismus ist diese Bewegung weitgehend zum Stillstand gekommen oder ganz verschwunden. Als Lehre wird der Kommunismus heute kaum noch verbreitet. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161319/kommunismus> (03/01/2015)

Marktwirtschaft: Modell einer Wirtschaftsordnung. In ihr soll der Markt – und nicht etwa irgendeine staatliche Behörde – bestimmen, welche Waren hergestellt und zu welchem Preis sie verkauft werden. Die Preise sind nicht starr, sondern richten sich danach, wie groß jeweils das Angebot bzw. die Nachfrage ist. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16495/marktwirtschaft> (03/01/2015)

NATO: Die North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt) wurde 1949 gegründet. Das Verteidigungsbündnis der USA und Kanadas hatte zunächst 10 westeuropäische, heute 26 Mitgliedstaaten (AL, B, BG, CZ, D, DK, E, EST, F, GB, GR, H, HR, I, IS, L, LT, LV, NL, N, P, PL, RO, SK, SLO, TR).

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16505/nato> (03/01/2015)

Ostblockstaaten: Es handelt sich um einen Sammelbegriff für die Staaten des ehemaligen Ostblocks, zu denen bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes neben der Sowjetunion die Staaten Mittel- und Osteuropas (die DDR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) zählten. „Ostblockstaaten“ wurde gelegentlich auch als Sammelbegriff für alle sozialistischen oder kommunistischen Staaten verwendet.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politik-lexikon/17970/ostblockstaaten> (03/01/2015)

Satellitenstaat: Meist kritisch gebrauchte Bezeichnung für einen Staat, der völkerrechtlich zwar unabhängig ist, aber sowohl hinsichtlich seiner außenpolitischen Orientierung als auch hinsichtlich seiner inneren Struktur unter dem beherrschenden Einfluss einer Großmacht steht. – Historisch gesehen gelten z. B. die Staaten als Satellitenstaaten, die im Zweiten Weltkrieg unter dem Einfluss des nationalsozialistischen Deutschland standen (u. a. Kroatien, Slowakei) sowie die Staaten, die 1945–89/90 unter dem Einfluss der UdSSR standen.

<https://uni-vienna.brockhaus-wissensservice.com/brockhaus/satellitenstaat> (03/01/2015)

Schengener Abkommen: Abkommen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden, das am 14. Juni 1985 unterzeichnet wurde, mit dem Ziel die Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen schrittweise zu beseitigen und den freien Personenverkehr aller Staatsangehörigen der Unterzeichnerstaaten, der anderen Staaten der Gemeinschaft und von Drittländern zu regeln. Seit 1990 wurde, nach der Einbeziehung Italiens, die Zahl der Mitglieder um die späteren Beitrittsländer zur EU erweitert, wobei einige Staaten den Besitzstand nur teilweise übernommen und insbesondere die Grenzkontrollen beibehalten haben. Bei Bulgarien, Rumänien und Zypern steht der Beschluss

des Rates zur Abschaffung der Grenzkontrollen noch aus. Vier Drittstaaten gehören dem Schengen-Raum ebenfalls an: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/schengen_agreement_de.htm (29/05/2014)

Tableau Vivant: Bei einem Tableau Vivant handelt es sich um eine Nachstellung eines Kunstwerks durch Personen. Man kennt es bereits seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Sehr beliebt sind Tableaux Vivants bei Straßenkünstlern, die durch plötzliche Bewegungen gerne Touristen verwirren. Darstellungen mit mehreren Personen sind eher die Ausnahme.

Folie, Sabine; Glasmeier, Michael (2002): Tableaux vivants. Lebende Bilder und Attitüden in Fotografie, Film und Video, (Ausstellungskatalog) Kunsthalle Wien, 24. Mai–25. August 2002.

Warschauer Pakt: Der Warschauer Pakt war ein Verteidigungsbündnis der sozialistischen Staaten in Europa und wurde 1955 auf Initiative der Sowjetunion als Reaktion auf den NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufen. Er löste sich am 1.7.1991 nach dem Scheitern des realen Sozialismus in Europa auf. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/177358/warschauer-pakt> (03/01/2015)

Zentralverwaltungswirtschaft: In der Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft) werden alle Wirtschaftsvorgänge zentral von der Regierung durch einen Plan gesteuert. Diese Planstelle muss schätzen, was in der Bevölkerung vermutlich benötigt wird. Sämtliche Güter und Dienstleistungen, auch die Preise und Löhne werden dann von einer Zentrale in einem Gesamtplan festgelegt. Dieser Plan, der viele Einzelpläne enthält, gilt für einen bestimmten Zeitraum. Die Planwirtschaft kann nur sehr langsam auf wirtschaftliche Veränderungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren. Auch im Handel mit anderen Staaten hat sich gezeigt, dass die Planwirtschaft im Vergleich zur Marktwirtschaft nur sehr viel langsamer reagieren kann. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161828/zentralverwaltungswirtschaft> (03/01/2015)

BILDQUELLEN

Bild 1, Seite 9: © Günter Mach, Helmstedt, via Wikimedia Commons

Bild 2, Seite 10: © Denoel Paris and other photographers, via Wikimedia Commons

Bild 3, Seite 11: © GuentherZ, via Wikimedia Commons

Bild 4, Seite 17: © Raiffeisen Bank International AG

Bild 5, Seite 24: © Österreichisches Kulturforum Budapest

Bild 6, Seite 27: © Österreichisches Kulturforum Budapest

Bild 7, Seite 27: © Andrea Brait

Bild 8, Seite 29: © Zinneke, via Wikimedia Commons

Bild 9, Seite 31: © Andrea Brait

Bild 10, Seite 32: rechtefrei, via Wikimedia Commons

Bild 11, Seite 36: © Wik1966total, via Wikimedia Commons

Bild 12, Seite 37: rechtefrei, via Wikimedia Commons

Bild 13, Seite 39: © Assenmacher, via Wikimedia Commons

Bild 14, Seite 73: rechtefrei, via Prezi

Bild 15, Seite 75: © Anke Domscheit-Berg

Bild 16, Seite 75: © Anke Domscheit-Berg

Bild 17, Seite 79: © CASH FLOW/Götz Schrage

Bild 18, Seite 83: rechtefrei, via http://www.my-geo.info/landkarten/europa/landkarte_europa_umrisse.png, Ausschnitt (02/01/15)

Bild 19, Seite 85: © Martin Breuer, <http://www.breuer-cartoon.de>

GRAFIKEN

Grafik 1, Seite 15: Butschek, Felix (2011). Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Wien/Köln/Weimar, 399, 402.

TABELLEN

Tabelle 1, Seite 19: Passweg, Miron (1990). Joint-ventures in Osteuropa. In: Informationen über multinationale Konzerne (4), 17.

Tabelle 2, Seite 33: Andreas Pudlat